Michael Parak / Norbert Böhnke (Hrsg.)

# KOMMUNALE ERINNERUNGSKULTUR UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

## BEISPIELE AUS HALLE BERLIN POTSDAM

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**Michael Parak / Norbert Böhnke (Hrsg.)**

# KOMMUNALE ERINNERUNGSKULTUR UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

## BEISPIELE AUS HALLE BERLIN POTSDAM

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Gefördert durch

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

**Impressum**
1. Auflage
© 2020 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
info@gegen-vergessen.de
www.gegen-vergessen.de

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung und Layout: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck und Herstellung: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

ISBN 978-3-9820589-3-1

**INHALT**


**Vorwort** **5**

**Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in der kommunalen Erinnerungskultur** **8**
Michael Parak

**Städtische Demokratiegeschichte ganz praktisch. Das Format lokale Spurensuche** **36**
Annalena Baasch/Dennis Riffel

**HALLE** **44**
**Wie entsteht das Gedächtnis einer Stadt?**
Aleida Assmann

**Der Hallesche Volkspark und seine Demokratiegeschichte** **53**
Rüdiger Fikentscher

**Die Kommune Halle im 19. Jahrhundert. Orte der Erinnerung demokratischer Entwicklung** **57**
Wolfgang D. Herzfeld

**BERLIN** **70**
**Der Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen in Berlin. Konzeption und Perspektiven**
Susanne Kitschun

**POTSDAM** **80**
**Orte der Potsdamer Demokratiegeschichte als Orte der Erinnerung**
Tobias Büloff

**Autorinnen und Autoren** **92**

**Weitere Publikationen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.** **94**

**Noch mehr Demokratiegeschichte?** **96**

# VORWORT

„Wir sollten aber auch mehr tun, um die Erinnerung an das wachzuhalten, was in unserer Geschichte gelungen ist, was uns vorangebracht hat, worauf wir heute bauen können“[1] – mit diesen Worten setzt sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dafür ein, das Thema Demokratiegeschichte verstärkt zu bearbeiten. Dies ist zweifelslos eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, die in der Bundesrepublik Deutschland angegangen werden sollte. Konkret umgesetzt und damit auch wirksam werden, muss sie aber vor Ort, in den Kommunen des Landes.

Viele Kommunen stellen sich sehr bewusst der Verantwortung für die Erinnerungskultur. Sie unterstützen diese, stellen auch finanzielle Ressourcen bereit. Manche Städte haben sogar eigenes Personal mit der Aufgabe betraut, die kommunale Erinnerungskultur voranzubringen. Aus diesem Kreis heraus ist auch ein loser Verbund entstanden: Die zuständigen Mitarbeitenden der Kommunen für Erinnerungskultur haben sich darauf verständigt, sich bundesweit zum Fachaustausch zu treffen. Eine erste Tagung fand 2018 in Potsdam statt.

Vom 8. bis 10. Oktober 2020 wurde – in der Corona-Pandemie unter strengen Hygieneauflagen – eine zweite Tagung durchgeführt. Gastgeber war die Stadt Halle mit dem dortigen Stadtmuseum. Ein inhaltlicher Schwerpunkt wurde dabei auch auf „Orte kommunaler Demokratiegeschichte“ gelegt. Die nächste, dritte Tagung, wird im Herbst 2021 in Hannover stattfinden.

Der vorliegende Band umfasst überarbeitete Beiträge der Tagung, angereichert durch zusätzliche Inputs aus der Stadt Halle und von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Selbstverständlich kann dies keine umfassende und erschöpfende Bearbeitung des Themas Demokratiegeschichte in der kommunalen Erinnerungskultur sein. Vielmehr möchte der Band erste Anregungen und Ergebnisse zusammentragen. Das Ziel ist, dazu anzuregen, in der kommunalen Erinnerungskultur das Thema Demokratiegeschichte (noch) stärker aufzugreifen.

Die Herausgeber bedanken sich bei allen Teilnehmenden der Tagung und Mitwirkenden der Publikation wie auch bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, durch deren Förderung die Drucklegung überhaupt erst möglich wurde.

Dr. Michael Parak
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Norbert Böhnke
Stadtmuseum Halle

1 Frank-Walter Steinmeier, „Zeigen, auf welchen Traditionen unsere Demokratie beruht“. Zur Einweihung des Robert-Blum-Saals mit Kunst zur deutschen Demokratiegeschichte in Schloss Bellevue am 9. November 2020, Berlin 2020, S. 4.

# DEMOKRATIE GESCHICHTE

# ERINNERUNGSORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE IN DER KOMMUNALEN ERINNERUNGSKULTUR

MICHAEL PARAK

**Demokratie vor Ort. Eine Begriffsklärung**

„Orte der Demokratie", „Orte der Demokratiebildung", „Orte der Demokratiegeschichte" – Demokratie ist offensichtlich kompliziert, auch in der Begrifflichkeit.

Demokratie ist in ihrem Kern eine Verfassung der politischen Freiheit und Selbstregierung. Sie durchdringt aber auch weite Teile der Lebensführung, und die Bürgeridentität ist nicht auf ein enges Segment politischen Handelns zu begrenzen. So kann Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform verstanden werden.[1]

***„Orte der Demokratie"***

sind Räume, in denen Prozesse der Demokratie stattfinden. Dazu zählen Orte der Herrschaftsform wie Regierungssitze, Parlamente, Gerichte, Rathäuser, Gemeindesäle. Dazu gehören aber auch Orte der Lebensform, in denen Interaktion im Sinne der Demokratie auf einer Mikroebene stattfindet, beispielsweise in Stadtteilen, Familien, Schulen oder Vereinen.

***„Orte der Demokratiebildung"***

sind Orte, an denen ein besonderes Augenmerk auf die Vermittlung von Kompetenzen gelegt wird, die hilfreich und wichtig sind, damit sich Menschen als mündige Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie verhalten zu können. Dies können zum Beispiel Schulen, Volkshochschulen oder Gedenkstätten sein. Zielführend wäre es, wenn „Orte der Demokratiebildung" auch „Orte der Demokratie" wären, wenn in ihnen nicht nur Wissen über Demokratie vermittelt, sondern auch Demokratie gelebt würde. Hier gibt es noch einen gewissen Entwicklungsbedarf.

***„Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte"***

beziehen sich in der Zeitdimension nicht wie die vorgenannten Definitionen auf die Gegenwart. Ein legitimer und wichtiger Blickwinkel zur Betrachtung der Vergangenheit ist aber auch die Frage nach der Entwicklung der Demokratie. Dabei wird deutlich, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern erkämpft, etabliert, gestaltet, weiterentwickelt werden muss. Sie kann auch verloren gehen. Zur Demokratiegeschichte gehören Ereignisse, Orte und Personen, die für die Entwicklung der Demokratie wichtig waren. Diese gehören in den „Erinnerungsspeicher" der

Bundesrepublik Deutschland und sind Bestandteil des kulturellen Wissens, über das Bürgerinnen und Bürger verfügen sollten.

Unter „Erinnerungsorten" werden in der Geschichtswissenschaft „Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität" verstanden. Mit diesem Begriff werden nicht nur materielle Orte, sondern auch immaterielle Orte wie historische Ereignisse, Institutionen, Mythen oder Begriffe umfasst.

„Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte" sind demnach zum einen etwa „Freiheit" oder „Recht". Aber auch konkrete geografische Orte, die durch geschichtliche Ereignisse, Prozesse und Strukturen der Demokratieentwicklung geprägt sind, zählen dazu. Solche „Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte" gibt es viele in Deutschland: Gebäude, in denen früher Ereignisse stattfanden, die für die Entwicklung der Demokratie Bedeutung hatten, oder in denen Menschen lebten und agierten, die sich für die Demokratie einsetzten. Durch die Namensgebung von Straßen oder Plätzen wird an Demokratiegeschichte erinnert.

In manchen Fällen entsteht rund um einen solchen „Erinnerungsort der Demokratiegeschichte" eine Bildungseinrichtung mit dem Ziel, die Vermittlung von Demokratiegeschichte als Bildungsauftrag voranzubringen. Dann kann auch von einer „Erinnerungsstätte der Demokratiegeschichte" gesprochen werden.

Diese Begriffsklärung hilft vielleicht, das Folgende besser einordnen zu können. Auf der Basis des Grundgesetzes sollten in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich alle Räume „Orte der Demokratie" und alle Bildungseinrichtungen „Orte der Demokratiebildung" sein. Dies trifft auch auf „Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte" zu. Diese haben aber einen besonderen inhaltlichen Fokus, einen historischen Blickwinkel: Ereignisse, Orte, Personen, Prozesse und Strukturen, die für die Entwicklung der Demokratie wichtig waren.

Der folgende Beitrag versucht darzustellen, wo und wie Demokratiegeschichte in der Erinnerungskultur deutscher Kommunen Berücksichtigung findet. Exemplarisch werden dazu materielle „Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte" auf kommunaler Ebene vorgestellt. Dabei soll anhand vieler Beispiele herausgearbeitet werden, dass sich in jeder Kommune Anknüpfungspunkte finden, an denen sich Demokratiegeschichte thematisieren lässt. Ausgewählt werden niedrigschwellige Formate der Erinnerungskultur wie Gedenktafeln, Straßenschilder oder Namensgebungen, die zeigen, dass eine kommunale Auseinandersetzung mit Aspekten der Demokratiegeschichte nicht in jedem Fall große finanzielle Ressourcen erfordert.

## 1. Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte hat das Potenzial, als zusätzliche Komponente zur schon bestehenden Erinnerungskultur hinzuzutreten. In den Worten des vormaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck stellt dies eine „Paradigmenergänzung", nicht aber einen „Paradigmenwechsel" zur Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und das Unrecht des SED-Staates dar.[2]

Zweifel, dass eine stärkere Thematisierung der Demokratiegeschichte gar als Gegenentwurf zur Beschäftigung mit der Unrechts- und Verbrechensgeschichte von Diktaturen dienen könne, können so schnell entkräftet werden. Schwieriger ist die Auseinandersetzung mit dem Misstrauen, dass die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte in eine unkritische Heldenverehrung münden könne. Insbesondere im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland mehren sich Stimmen, die deutlich machen, dass angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre eine „Meistererzählung" als reine Erfolgsgeschichte nicht angemessen sei.[3]

Der Historiker Paul Nolte rät deshalb, sich mit der Geschichte der Demokratie aus drei Perspektiven zu beschäftigen: als Erfüllungsgeschichte, als Suchbewegung und als Krisengeschichte. Es geht um das Verhältnis von Dauer und Wandel, von Stabilität und Veränderung:

„Die Ideen und Grundprinzipien gleicher Freiheit, freier Regierung und freier Lebensführung haben sich als erstaunlich dauerhaft erwiesen, über allen gesellschaftlichen Wandel hinweg und in sehr unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Trotzdem muss man sich hüten, darin so etwas wie anthropologische Universalien, also Grundbedingungen der menschlichen Existenz überhaupt, zu sehen. Nicht nur sind diese Ideen höchst unterschiedlich interpretiert worden; an vielen Orten und über lange Strecken waren sie auch in der europäischen Geschichte weithin unbekannt. Bemerkenswert ist auch die Stabilität praktischer und institutioneller Arrangements der Volksherrschaft: etwa die Gewaltenteilung oder des Parlamentarismus. Ihre Ablösung oder Neuerfindung ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich – und doch steht der institutionellen Kontinuität eine permanente Herausforderung und Erneuerung durch soziale Bewegungen gegenüber, die nicht erst seit dem späten 20. Jahrhundert ihre Fragen an die ‚etablierte' Demokratie richten."[4]

Unter dieser Prämisse wird deutlich, dass es „die Demokratiegeschichte" so wenig gibt wie „die Demokratie". Im Folgenden sollen einige exemplarische Aspekte der Demokratieentwicklung und ihre Umsetzung in der kommunalen Erinnerungskultur vorgestellt werden:

- der Kampf, für demokratische Vorstellungen auch in einer Autokratie oder Diktatur einzutreten,

- der Übergang von einem unfreien System in ein neues demokratisches, das erst etabliert werden muss,
- der Versuch, Demokratie nicht nur als Verfassungsnorm, sondern als Verfassungsrealität zu begreifen, die gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden muss,
- die Möglichkeit, dass Demokratie auch verloren gehen kann.

Für alle diese Blickwinkel finden sich „Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte" auf lokaler Ebene. Nicht in jeder Kommune sind (bislang) alle Aspekte vertreten. Insgesamt entsteht aber schon jetzt ein dichtes Bild von Demokratiegeschichte in der kommunalen Erinnerungskultur.

## 2. Beispiele kommunaler Erinnerungskultur für unterschiedliche Aspekte der Demokratieentwicklung

### 2.1. Demokratie erkämpfen: Eintreten für Grundrechte und Freiheiten in autoritären Systemen oder Diktaturen

Die Beispiele liegen auf der Straße und finden sich in zahlreichen Orten Deutschlands. Denn die Zeit, in denen das politische System in Deutschland keine Demokratie war, ist länger als die Zeit, in der eine Verfassung Menschenrechte und Mitbestimmung garantiert: Dies gilt für die Staaten des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation und des Deutschen Bundes (1789–1871), das Deutsche Kaiserreich (1871–1918), das NS-Regime (1933–45) sowie die Sowjetische Besatzungszone (1945–49) und die Deutsche Demokratische Republik (1949–89).

Während der Zeit autoritärer Systeme und Diktaturen traten Demokratinnen und Demokraten für Grundrechte und Freiheiten ein. Nicht immer waren ihre Bemühungen erfolgreich. Ihr Engagement zog auch Repressionen nach sich, manche bezahlten es sogar mit ihrem Leben. Kommunal gibt es die unterschiedlichsten Möglichkeiten, diese Aspekte zu thematisieren.

#### *Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49*

In Staufen im Breisgau existiert ein besonderer Erinnerungsort: der Ratssaal des historischen Rathauses. Hier kann der Buchrücken eines Gesetzblattes besichtigt werden, in den eine Gewehrkugel eindrang. Am 24. September 1848 fand in Staufen das entscheidende Gefecht zwischen den Aufständischen der badischen Revolution mit ihrem Anführer Gustav von Struve und den Regierungstruppen statt. Bei den Gefechten in den Straßen bohrte sich die Kugel in den Buchrücken des „Großherzoglich Badischen Regierungsblatts".

„Mit den Geschehnissen der Achtundvierziger-Revolution befasst sich eine Vitrine vor dem Eingang zum Großen Ratssaal, gewissermaßen Rücken an Rücken mit dem hier vorgestellten Erinnerungsstück, das eindringlich daran erinnert, dass das Rathausgebäude selbst Teil der Geschichte der badischen Revolution ist." [5]

Die kommunale Erinnerungskultur beschränkt sich aber nicht auf die museale Präsentation. Es gibt auch ein Beispiel für Reenactment, das heißt die Inszenierung geschichtlicher Ereignisse in möglichst authentischer Form, die „Staufener Zeitreise":

„Die Schauspieler und Freischärler stellten den Einzug von Gustav Struve mit seiner Frau Amalie in die Stadt Staufen dar, wo er vom Bürgermeister die Herausgabe der Stadtkasse forderte. Sie positionierten sich hinter den Barrikaden vor den Stadttoren, um sich der militärischen Konfrontation zu stellen. Die herzoglichen Regierungstruppen, dargestellt durch die Bürgerwehren aus Riedlingen und Gengenbach, stellen sich den Freischärlern und auch die Singener „Revoluzzer" sind in die Handlung eingebaut. Trotz aller Bemühungen kommen die Freischärler nicht um die historischen Fakten herum, das Gefecht geht wie jedes Jahr verloren. Damals standen 4.000 Freischärlern 800 großherzogliche Soldaten gegenüber. Der festgesetzte Struve wurde in der Folge wegen Hochverrats zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sowohl am Samstag wie auch am Sonntag präsentierte die Hecker-Gruppe Singen jeweils bei zwei Auftritten ihren gesanglichen Streifzug durch die Badische Revolution. Die vorgetragenen Freiheits- und Revolutionslieder stellen die wichtigsten Eckpunkte des Lebens von Friedrich Hecker dar. Vom ‚Heckerzug', beginnend mit der Ausrufung der Republik vom Balkon des Bürgerhauses in Konstanz am 13. April 1848, über die Niederlage seiner Mitstreiter auf dem Scheideck-Pass oberhalb von Kandern am 20. April 1848 bis hin zu seiner Emigration über die Schweiz in die Vereinigten Staaten sind diese Ereignisse Bestandteil der Bühnenauftritte. Neben dem Gesang werden die wesentlichen Informationen zu den Geschehnissen und den Freiheitsliedern vermittelt." [6]

Dieses Beispiel der Erinnerung an die badische Revolution verdeutlicht die Vielfalt an Möglichkeiten kommunaler Erinnerung. Zugleich wird deutlich, dass es ein Widerspruch in sich wäre, wenn Demokratiegeschichte in eine unkritische Heldenverehrung führen würde. Protagonisten, Ideen und Konzepte müssen in ihrem Zeitkontext betrachtet werden. Zugleich begründen unsere heutigen Wertmaßstäbe das Interesse, sich mit ihnen zu beschäftigen. Dies kann durchaus zu Dissonanzen führen. So gilt Gustav Struve Kennern seiner Biografie zufolge als Radikaldemokrat. Die AfD gründete 2018 trotzdem eine Gustav-Struve-Stiftung in Baden-Württemberg.[7] Dies weist auf geschichtspolitische Versuche von Rechtspopulisten hin, Demokratiegeschichte für sich zu vereinnahmen.[8]

### *Kampf für Demokratie und Frauenrechte im Kaiserreich*

Der Kampf für Frauenrechte ist mittlerweile ein fester thematischer Bestandteil, wenn in deutschen Kommunen an Demokratiegeschichte erinnert wird. Der Zugang ist zumeist ein personengeschichtlicher. Erinnert wird vor allem an die Frauen, die in der organisierten Form der Frauenbewegung aktiv waren. Dabei werden direkt lokale Bezüge aufgegriffen, wie bei Luise Otto-Peters, der Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF). Sie wurde 1819 in Meißen geboren. Anlässlich ihres 200. Geburtstags wurde eine Gedenktafel in einer Schule enthüllt. Diese ist der Nachfolgebau der Stadtschule, die Luise Otto-Peters besuchte.[9] Vorangebracht und unterstützt wird das Gedenken durch die Initiative „Frauenorte Sachsen". Der Landesfrauenrat Sachsen würdigt damit „Frauenpersönlichkeiten, die außerordentliches Engagement gezeigt und Sachsen auf allen gesellschaftlichen Ebenen mitgeprägt haben"[10]. Im Falle von Luise Otto-Peters gehören die Erinnerungen an Frauen- und an Demokratiegeschichte zusammen.

Eine wichtige Form der Erinnerung an die Aktivistinnen der Frauenbewegung ist die Namensgebung von Schulen. Sie wird auch praktiziert, wenn es keine direkten lebensgeschichtlichen Bezüge zwischen der Namensgeberin und dem Schulort gibt. Diese Verbindung von Bildungsstätten und Frauenbewegung ist durchaus zielführend, gehörte doch die Abschaffung von Restriktionen bei Bildung und Ausbildung zu den wichtigen Zielen der Frauenbewegung.

„Ich musste einfach tiefer in die Dinge hinein und weiter über sie hinaus. Ich konnte da nicht stehen bleiben." Dieses Lebensmotto der Namensgeberin ist Ziel und Programm des Gertrud-Bäumer-Berufskollegs in Duisburg.[11] In der Würdigung der Schule wird klar auf das bildungspolitische Engagement der Schriftstellerin und Pädagogin verwiesen: „Gertrud Bäumer widmete sich früh der Frauen- und Bildungspolitik. Als eine der führenden Vertreterinnen der deutschen Frauenbewegung um die Jahrhundertwende wirkte sie im Jahre 1906 an der Reform der Mädchen- und Frauenbildung in Preußen entscheidend mit."

### *Novemberrevolution 1918*

Ein Beispiel für ein sich veränderndes politisches Umfeld bei Namensgebungen von Gebäuden, Plätzen oder Straßen ist die Gustav-Garbe-Brücke in Kiel. Gustav Garbe spielte eine entscheidende Rolle im Kieler Gewerkschaftsleben und im Matrosenaufstand 1918.[12]

Erstaunlich ist, dass noch zu seinen Lebzeiten – 1865 bis 1935 – im Jahr 1930 eine Brücke nach ihm benannt wurde, die neu gebaute Schiffsbrücke der Freien Turnerschaft Wassersport im Stadtteil Kiel-Wik, was auf eine privatrechtliche Würdigung schließen lässt. 1933 machten die Nationalsozialisten die Benennung rückgängig

und tilgten seinen Namen aus dem Stadtbild.

Auf Betreiben des Arbeitskreises Geschichte der Kieler SPD beschloss die Kieler Ratsversammlung am 10. Dezember 2015, dass die Brücke diesen Namen zurückerhalten solle: „In diesem Jahr wäre Gustav Garbe 150 Jahre alt geworden. Mit der Benennung leisten wir einen Beitrag dazu, die revolutionären Ereignisse im November 1918 in Kiel stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu tragen. Gustav Garbe spielte in dieser Zeit als Vorsitzender des Arbeiterrates und Zivilgouverneur eine wichtige Rolle […] Wir wollen so einem führenden Vertreter der heute fast vergessenen Arbeitersportbewegung gerecht werden."[13]

Die Gustav-Garbe-Brücke wird als eine von elf Stationen in einen Rundgang integriert, mit dem in Kiel zentrale Orte des Matrosenaufstands besichtigt werden können.[14]

### *Verfolgung und Widerstand von Demokratinnen und Demokraten in der Zeit des Nationalsozialismus*

Die Stolpersteine gelten als das größte dezentrale Mahnmal der Welt. Mit den Stolpersteinen soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Die Inschriften auf den Stolpersteinen müssen aus Platzgründen knapp gehalten werden. So steht auf einem Stolperstein in Dresden: „Hier wohnte Julie Salinger. Geb. Braun. Jg. 1863. Deportiert 1942. Theresienstadt. Ermordet 16.9.1942."[15]

Julie Salinger wurde für die liberale DDP als eine der ersten Frauen in den Sächsischen Landtag gewählt. Ihr politisches Engagement galt vor allem dem Ende weiblicher Diskriminierung, aber auch Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor. Für sie blieb die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren nur ein „erster Schritt zur Gleichstellung".[16] Seit 2012 wird in Dresden mit dem Stolperstein an die Abgeordnete gedacht, 2016 wurde zudem eine Straße nach ihr benannt.

In der kommunalen Erinnerungskultur gibt es viele Beispiele für die Beschäftigung mit Personen, die aufgrund ihres Eintretens für die Demokratie verfolgt wurden. Es zeigt sich, dass es zusätzlicher Wege bedarf, um diesen Aspekt stärker zu thematisieren. Dies kann zum Beispiel dadurch geschehen, dass Gedenktafeln oder Ähnliches durch Informationen in multimedialer Form ergänzt werden.

### *Verfolgung und Opposition in der SBZ/DDR, Friedliche Revolution 1989*

Matthias Domaschk ist ein Beispiel dafür, dass auch an Vertreter der Bürgerrechtsbewegung und Opfer der Staatssicherheit erinnert wird. Im Jenaer Stadtteil Lobeda-West ist eine Straße nach ihm benannt. Ein Hörsaal der Friedrich-Schiller-Universität

Jena erhielt 2009 auf Initiative des Studierendenrates seinen Namen. Am 30. Todestag von Matthias Domaschk wurde 2011 auf dem Jenaer Nordfriedhof im Urnenhain IIIa ein Ehrengrab eingeweiht. Zwei aus der DDR-Opposition hervorgegangene Archive, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur verschrieben haben, tragen seinen Namen: das Matthias-Domaschk-Archiv bei der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin und das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk" in Jena.[17]

Ein erfolgreiches Beispiel für eine gelungene Revolution in Deutschland ist die Friedliche Revolution, die 1989 den Unrechtsstaat DDR beendete. Mittlerweile gibt es eine durchaus beachtenswerte Zahl an Erinnerungsorten, die dieses Ereignis der Demokratiegeschichte thematisieren.[18]

Exemplarisch sei der „Platz der Friedlichen Revolution" im sächsischen Görlitz genannt, der seit dem 3. Oktober 2020 so heißt.[19] Die Benennung des Platzes an der Frauenkirche greift die Bedeutung des historischen Ortes auf, wo am 6. Oktober 1989 das erste Görlitzer Friedensgebet stattfand.

Kommunale Erinnerungsinitiativen müssen sich auch in der kommunalpolitischen Diskussion bewähren: „Im Mittelpunkt der Debatte im Stadtrat wie in der Görlitzer Bürgerschaft zuvor stand vielmehr die Frage, ob eine solche Namensgebung in die heutige Zeit passt und ausreichend ist, um das Gedenken an die friedliche Revolution selbst dann wachzuhalten, wenn alle Zeitzeugen gestorben sind. Oder ob es sich nur um politischen Aktionismus handelt, wie es ihn durch die Jahrzehnte und unter verschiedenen Regimen auch gegeben hatte, als der Postplatz zum Hindenburgplatz, später zum Platz der Befreiung und heute wieder zum Postplatz wurde. Erschwerend kam hinzu, dass auch unter den Beteiligten des Herbstes von 1989 die Meinungen auseinandergingen."[20]

Die Hitzigkeit der Debatte wird (hoffentlich) dazu führen, dass sich in Görlitz die Erinnerung an die Friedliche Revolution nicht nur auf ein Straßenschild beschränkt. Geplant ist eine Ausschreibung für Künstler, ein Objekt für den Platz zu gestalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollen dann entscheiden, welches der Kunstobjekte am Ort verbleiben soll. Auch weitere kulturelle Aktionen, etwa eine Stadtrallye, sind angedacht. Dieser Weg kann dafür sorgen, dass lebendige Diskussion und Erinnerung miteinander einhergehen.

### *Kampf gegen Unrechtsregime in anderen Ländern*

Das Thema „Demokratie erkämpfen" bietet auch internationale Anknüpfungspunkte. Natürlich kann in deutschen Kommunen auch daran erinnert werden, welche Bestrebungen zur Abschaffung von Unrechtsregimen und welches Eintreten für Demokratisierung es in anderen Ländern gibt.

Ein des Öfteren verwendeter Weg lokaler Erinnerung an Demokratiegeschichte ist

die Benennung von Schulen nach Nelson Mandela. Die nach ihm benannte Oberschule im Hamburger Stadtteil Kirchdorf weist explizit darauf hin, dass mit der Namensgebung auch eine Verbindung von der Vergangenheit zur Gegenwart geschaffen werden soll:

„Wir wählten Nelson Mandela als Namensgeber, weil er uns ein großes persönliches Vorbild sein kann. Dieser ehemalige Anti-Apartheid-Kämpfer musste 27 Jahre im Gefängnis verbringen und wurde schließlich, von 1994 bis 1999, erster schwarzer Präsident Südafrikas. Durch seinen persönlichen Werdegang, der ohne herausragende menschliche Eigenschaften nicht möglich gewesen wäre, gilt er als einer der wichtigsten Vertreter im Kampf gegen die weltweite Unterdrückung und als Wegbereiter des versöhnlichen Übergangs von der Apartheid zu einem gleichheitsorientierten, demokratischen Südafrika. Hierfür wurde ihm 1993 der Friedensnobelpreis verliehen. Für uns steht Nelson Mandela für Antirassismus, Beharrlichkeit, Überzeugung, Wunsch nach Freiheit, Versöhnung, Toleranz. Diese Werte versuchen wir nicht erst seit 2011 unseren Schülerinnen und Schülern zu vermitteln. Es ist jedoch ermutigend, dass es Menschen wie Nelson Mandela gibt, die dieser Haltung international zum Erfolg verhelfen und die uns durch ihr Vorbild in unserer Arbeit unterstützen."[21]

Das Beispiel Nelson Mandela zeigt, dass komplexe Entwicklungen wie die Lebenswege von bedeutenden Persönlichkeiten häufig verschiedene Aspekte der Demokratieentwicklung tangieren. So kann Nelson Mandela als Freiheitskämpfer, Gestalter des Friedlichen Übergangs wie auch Präsident des neuen Südafrika gewürdigt werden.

Als Erweiterung der lokalen Erinnerungskultur bieten sich aber noch andere Möglichkeiten an. In der Migrationsgesellschaft Deutschland lebt eine Vielzahl von Menschen, die selbst oder von ihren Eltern wissen, was es bedeutet, in einem Land zu leben, in dem Grundrechte nicht garantiert werden. Damit gibt es ein großes Reservoir an Zeitzeugen in der Bevölkerung, die eigene Erinnerungen und Erinnerungsstücke in die Debatten vor Ort einbringen können, die deutlich machen: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss zunächst erkämpft werden.

### 2.2. Demokratie etablieren

Mit der Veränderung der Staatsform ist der wichtige institutionelle Rahmen für die Demokratie geschaffen. Im Praktischen sind aber viele neue Institutionen und Regelungen zu etablieren und Übergangsprozesse zu managen. Der Fokus auf Übergang und Wandel – oft auch als Transformationsprozesse bezeichnet – verdeutlicht die Parallelität von Altem und Neuem im Übergang von Autokratie oder Diktatur zur Demokratie.

### *Aufbruch in die Weimarer Republik*

In vielen deutschen Kommunen gibt es Erinnerungsorte, die das Thema demokratische Verfassung in der Weimarer Republik aufgreifen.

Dazu zählen zum einen Orte, die historisch mit der Entwicklung und Verabschiedung der Verfassung verbunden sind. Teilweise sind diese in der breiteren Bevölkerung nicht bekannt, weil die Revolutionsereignisse dafür sorgten, dass Ausweichquartiere für die Unterzeichnung gefunden werden mussten. Friedrich Ebert unterschrieb am 11. August 1919 im thüringischen Schwarzburg die Weimarer Verfassung. Schwarzburg ist damit natürlich ein wichtiger Ort der deutschen Demokratiegeschichte.[22] Zugleich zeigt sich an diesem Beispiel, dass aktuelle Erinnerungsorte nicht immer authentische Orte sind. Bekannt ist, dass Reichspräsident Friedrich Ebert in einem Hotel in Schwarzburg seine Signatur unter das Dokument setzte. Letztlich kann nicht genau ermittelt werden, ob dies im Hotel Weißer Hirsch oder im Hotel Schwarzburg geschah.[23]

Zum anderen findet eine demokratiegeschichtliche Erinnerung auch an Orten statt, mit denen die Lebenswege von Personen verknüpft sind, die sich um die Verfassung verdient gemacht haben. Dies geschieht häufig auch mit einem Stück Lokalstolz, der betont, dass „große Geschichte" ihren Ausgang in kleineren Ortschaften nahm.

Eine Gedenktafel in Töging ehrt Wilhelm Hoegner als „Vater der Bayerischen Verfassung". Zugleich findet sich aber auf der Tafel auch ein Stück lokale Selbstironie wieder, denn sie führt das Hoegner-Zitat auf, der Töging als „Dorf mit einem halben Dutzend Bauernhöfen, zwei Wirtshäusern, einigen Häuslern und einer alten Taufkirche" bezeichnet hatte.[24] Wilhelm Hoegner lebte nur vier Jahre in Töging – als 14- bis 18-Jähriger, dessen Vater am Bahnhof eingesetzt war. Trotzdem wird an ihn erinnert. Dieses Beispiel eines temporären Wohnorts verdeutlicht die Möglichkeit, dass an vielen Orten der Bundesrepublik Demokratiegeschichte Eingang in die lokale Erinnerungskultur finden kann.

Zu einer Erinnerung an die Etablierungsphase der Weimarer Republik gehören auch die engagierten Parlamentarierinnen, die das Frauenwahlrecht erkämpften und politische Verantwortung übernahmen. Marie Juchacz hielt am 19. Februar 1919 als erste Abgeordnete eine Rede im Reichstag. Sie gehörte zu den Gründerinnen und Gründern der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und war bis 1933 erste Vorsitzende. Aufgrund ihrer politischen Bedeutung findet sie auch Eingang in kommunale Erinnerungskulturen, wenn es keine Verknüpfung ihres Lebenswegs mit dem einzelnen Ort gibt. Einige Beispiele auf lokaler Ebene sind ein Denkmal am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg[25], die Benennung eines Seniorenzentrums in Erzhausen oder eines Zentrums der AWO nach ihr in Augsburg.[26] Indem die AWO ihre höchste Auszeichnung nach Marie Juchacz benannt hat, findet eine Rückkopplung der

Namensgeberin an die Wohnorte durch die Preisträgerinnen und Preisträger statt.[27]

Ein direkter Ortsbezug zeigt sich bei der Würdigung von Marie Kettmann aus der heutigen Doppelstadt Dessau-Roßlau. Die Sozialdemokratin zog 1919 als erste Frau in den Landtag von Anhalt ein.[28] Wo früher das Behördenhaus stand, erinnert heute eine Tafel im Stadtpark an das regional bedeutsame Ereignis der Demokratiegeschichte.

Zum Bereich der Institutionengeschichte gehört, dass eine Vielzahl von Organisationen zu Beginn der Weimarer Republik neu gegründet wurden, zum Teil auch mit sozialpolitischen und bildungspolitischen Ansätzen im Zusammenhang mit der Etablierung der neuen Staatsform. Neben der schon erwähnten AWO sollte in diesem Zusammenhang auch die Etablierung von Volkshochschulen genannt werden: „In der Zeit der Weimarer Republik hatten die Volkshochschulen vor allem den Auftrag der Demokratieerzählung." Das Jubiläum „100 Jahre Volkshochschule", das vielerorts gefeiert wird, gehört ebenfalls zu einer kommunalen demokratiegeschichtlichen Erinnerungskultur.[29]

***Parteineugründungen nach 1945***

Für den Neuaufbau des demokratischen Gemeinwesens spielt die Wieder- oder Neugründung von Parteien eine wichtige Rolle.

Anlässlich des 75. Jahrestags der Gründung der CDU hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Publikation herausgegeben, die Erinnerungsorte der Christlichen Demokratie in Deutschland vorstellt.[30] Darunter befindet sich auch das Theater am Schiffbauerdamm in Berlin, wo am 22. Juli 1945 die Gründungsversammlung der Partei stattfand.

Zuweilen hat kommunale Erinnerungskultur durchaus etwas mit lokalen Eitelkeiten zu tun. Diese können aber produktiv zu einem Ansporn werden, weitere Orte oder Ereignisse der Demokratiegeschichte einem breiteren Kreis vorzustellen. So reagierte der Kölner Express auf die Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung und wies darauf hin, dass bereits am 17. Juni 1945 im damaligen Kolpinghaus in Köln die Christlich-Demokratische Partei als überkonfessionelle Partei gegründet wurde, die später in der CDU aufging. An dieses Ereignis erinnert eine Gedenktafel.[31]

Die Rangeleien um die Attribute „erster", „größer", „bedeutender" gibt es auch bei Erinnerungsorten der Demokratiegeschichte. Letztlich zeigt die Geschichte der demokratischen Parteien und ihrer Untergliederungen, dass es immer auch lokaler Organisationseinheiten bedarf. Diese können zu Bezugspunkten kommunaler Erinnerungskultur werden.

### *Demokratische Umgestaltung im Osten Deutschlands*

Auf einer eher generellen Ebene hat das Thema „Deutsche Einheit" Eingang in die kommunale Erinnerungskultur gefunden. Ein sehr anschauliches Beispiel ist das „Wachsende Denkmal für die deutsche Einheit" in Ulm: „Das Denkmal besteht aus drei jeweils zehn Meter voneinander entfernt stehenden Bäumen, die die Eckpunkte eines gleichseitigen Dreiecks bilden. Auch die Auswahl und Anordnung der Bäume ist symbolhaft. Im Westen steht eine Buche, die die Bundesrepublik darstellt; im Osten vertritt eine Kiefer die DDR und der dritte Baum ist eine Eiche als Zeichen der Wiedervereinigung."[32] Diese Denkmalsform, die perspektivisch in den unterschiedlichsten Kommunen Deutschlands entstehen könnte, betont das Prozesshafte des langsamen Zusammenwachsens von Ost und West.

Der politische Übergang von einem System ins andere wird im Denkmal „Runder Tisch" in Schwerin aufgegriffen. Exemplarisch stehen die Runden Tische, die im Dezember 1989 in der DDR eingerichtet wurden, für die Zwischenphase und das Machtvakuum, das sich aus dem Machtverlust der SED ergab und in das sich die Bürgerbewegung konstruktiv einbrachte.[33]

Auch das Haus der Demokratie in Leipzig ist ein Erinnerungsort der Demokratiegeschichte. Am 2. Januar 1990 wurde das Gebäude offiziell von der SED an die drei neuen „Hauptmieter", das Neue Forum, die SPD und den Demokratischen Aufbruch übergeben. Das Gebäude erinnert an den Aufbruch in die Demokratie wie mittlerweile auch den Versuch, Demokratie zu gestalten und weiterzuentwickeln: „Heute ist das Haus der Demokratie vorwiegend Sitz von Vereinen, die nach der Wende entstanden sind. Für sie ist das Haus mehr als nur günstiger Büroraum. Die räumliche Nähe zu anderen Vereinen und Verbänden ermöglicht eine Zusammenarbeit mit kurzen Wegen. Besucher können sich mit unterschiedlichen Anliegen an verschiedene Adressen im gleichen Haus wenden."[34]

Dieses Beispiel zeigt auch, dass eine trennscharfe Abgrenzung nicht möglich ist. Denn wann ist Demokratie etabliert? Wann wird sie gelebt? Zugleich lohnt es sich, vielleicht noch stärker einen Fokus auf den Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu richten, als es bislang der Fall ist. Umwandlungsprozesse müssen vorangetrieben werden. Die Demokratisierung eines Landes ist auch ein Prozess von „Trial and Error", bei dem die Beteiligten nach guten und gesellschaftsverträglichen Wegen suchen – und zuweilen nicht finden. Manche Entscheidungen, die getroffen wurden, waren erfolgreich, andere Entscheidungen würden aus heutiger Perspektive noch einmal überdacht werden. Debatten, die hierzu – auch international – geführt werden, werden künftig noch stärker Niederschlag in der kommunalen Erinnerungskultur finden.

## 2.3. Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln

Die Rahmenbedingungen in einer Demokratie unterscheiden sich fundamental von denen in einem autoritären Regime oder einer Diktatur. In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt es grundlegende Mechanismen zur Beachtung folgender Prinzipien: Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung; Volkssouveränität; Gewaltenteilung; Verantwortlichkeit der Regierung; Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; Unabhängigkeit der Gerichte; Mehrparteienprinzip; Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition.[35] Die Verfassungsnorm bedeutet aber nicht, dass alle diese Prinzipien in Reinform verwirklicht werden. Demokratiegeschichte kann nachzeichnen, dass Demokratie gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden muss. In der deutschen Geschichte bietet sich an, für diese Aspekte die Weimarer Republik, die Bundesrepublik Deutschland sowie Gesamtdeutschland seit 1990 zu betrachten.

Selbstverständlich gab es in der DDR demokratisches Engagement Einzelner oder von Gruppen für das Gemeinwohl. Menschen versuchten, demokratische Prinzipien zu leben. Dies geschah aber unter den Rahmenbedingungen einer Diktatur. Statt Demokratie zu gestalten und zu leben, muss wohl eher von einer Sehnsucht nach Demokratie, von der Suche nach Nischen und der Verwirklichung von Ansätzen gesprochen werden. Manche Menschen, die Demokratie leben wollten, zogen sich zurück, manche versuchten nicht aufzufallen. Wieder andere entschieden sich, für ihre Überzeugungen zu kämpfen. Damit gelangte demokratisches Engagement in den Fokus von Überwachung und Repression.

Insgesamt liegt ein relativ großer erinnerungskultureller Fundus an Beispielen und Erfahrungen aus dem Leben in einer Demokratie vor. Auf der Bundesebene gibt es dazu beispielsweise die Politikergedenkstiftungen des Bundes, die sich unter anderem dem Leben und Schaffen von Friedrich Ebert, Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Willy Brandt und Helmut Schmidt zuwenden.[36] Auf kommunaler Ebene kann die Erinnerungskultur noch deutlich vertieft und erweitert werden.

### *Repräsentantinnen und Repräsentanten der Demokratie*

Personengeschichtliche Erinnerung erfolgt auch durch kommunale Bezüge, sei es durch Geburts- und Wohnorte oder durch Wirkungsstätten. „Repräsentative Demokratie: Das Volk vertreten" lautet ein Kapitel in der 2018 erschienenen Handreichung „Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte".[37]

Die Schwierigkeit ist, dass lokale Gedenkzeichen, etwa die Namen von Schildern, Plaketten, Straßen, Gebäuden oder Plätzen oft etwas „blutleer" sind. So lautet die Inschrift des 2016 umbenannten Platzes im Berliner Ortsteil Lankwitz:

„Hanna Renate Laurien, geb. 15.04.1928 gest. 12.03.2010, deutsche Politikerin. 1976 – 1981 Ministerin in Rheinland-Pfalz. 1981 – 1989 Schulsenatorin in Berlin und 1991 – 1995 Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin".[38]

Eine solche formale Aufzählung von Lebensdaten und Positionen ist ein erster Schritt, reicht jedoch kaum aus, um zu einem tieferen Nachdenken über die Demokratie anzuregen.

Der Blog „Demokratiegeschichten" von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. versucht deshalb, exemplarisch und interaktiv zu arbeiten und damit bestehende Erinnerungsformate zu ergänzen. So heißt es dort zum Hanna-Renata-Laurien-Platz in Berlin-Lankwitz:

„Wenn ich am Hanna-Renata-Laurien-Platz vorbeifahre, freue ich mich. Nicht weil der Platz, der zwischen dem S-Bahnhof und dem Rathaus Lankwitz liegt, besonders schön und einladend wäre. Sondern weil er an eine Politikerin erinnert, die vieles verkörperte, was mir auch heute in der Politik wichtig ist. […] Hanna-Renata Laurien interessierte sich wirklich für das Individuum. Sie hatte starke Prinzipien und einen starken Glauben, das Engagement galt aber stets auch den einzelnen Menschen. Als Schulleiterin sorgte sie 1967 dafür, dass eine schwangere Schülerin entgegen damals geltenden Gesetzen zum Abitur zugelassen wurde. Als Berliner Schulsenatorin in den Achtzigerjahren kümmerte sie sich um Schüler, die von Schulen verwiesen werden sollte und davon bedroht waren, ohne Schulabschluss dazustehen. „Hanna-Granata", wie sie wegen ihrer Resolutheit auch genannt wurde, konnte wahrlich für die Sache streiten. Doch maßgeblich waren Respekt für das Gegenüber und das Prinzip der Meinungsfreiheit. Sie zitierte gerne und oft Voltaire: ‚Ich werde Ihre Meinung bis an mein Lebensende bekämpfen, aber ich werde mich mit allen Kräften dafür einsetzen, dass Sie sie haben und aussprechen dürfen.'

Nicht zuletzt empfinde ich am Hanna-Renata-Laurien-Platz auch Dankbarkeit für die Mitgründerin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Von 1993 bis 2007 war sie stellvertretende Vorsitzende des Vereins. Bei mir löst das Straßenschild, das an die 2010 verstorbene Politikerin erinnert, etwas aus. Noch mehr würde ich mich aber freuen, wenn auch viele andere etwas Positives mit dem Namen Hanna-Renata Laurien verbinden."[39]

Dass diese Konkretisierung hilfreich ist, um Demokratiegeschichte greifbarer zu machen, zeigt ein Eintrag aus der Kommentarfunktion:

„Lieber Schreiber des Artikels, ein Ziel haben Sie schon erreicht, ich verbinde jetzt mit dem Namen Hanna-Renata-Laurien etwas wirklich Positives und Starkes … Eine Frau, die ohne Wenn und Aber für ihre Überzeugungen eintritt, danach handelt.

Das macht doch Glaubwürdigkeit aus, die wir in unserer Gesellschaft so oft vermissen … Wem können wir denn heute noch trauen? Im privaten Umfeld ja, aber öffentlichen Institutionen? Ein Skandal jagt den nächsten in der Politik, der Kirche, der Finanzwelt, der Autoindustrie ... Wie schön, dass es diese positiven Vorbilder gibt, auch in der Politik, und wirklich ein großartiges Vermächtnis für den Verein."

***Kommunale Amts- und Funktionsträgerinnen und -träger***

Weiter verbreitet ist die kommunale Erinnerung an Amts- und Funktionsträgerinnen und -träger der Demokratie. Gerade für die Generationen, die die ersten Nachkriegsjahrzehnte geprägt haben, zeigt sich, dass sich die Bewertung von Persönlichkeiten – und damit auch die Erinnerung an diese –wandelt und niemals abgeschlossen ist.

Seit dem Jahr 2000 gibt es in Kassel eine „Karl-Branner-Brücke", die sich auf den 1997 verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt bezieht. Der Nachruf des hessischen Ministerpräsidenten würdigte „dessen offene Art, mit Menschen umzugehen, seinen Sinn für soziale Gerechtigkeit, seine Toleranz und die besonderen Verdienste beim sozialen Wohnungsbau"[40]. Karl Branner, zwischen 1954 und 1957 Dezernent für Wirtschaft und Verkehr, 1957 bis 1963 Bürgermeister, 1963 bis 1975 Oberbürgermeister von Kassel, war schon direkt nach dem Ausscheiden aus dem Amt zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden. Er setzte sich in seinen Funktionen für den Wiederaufbau der vom Krieg schwer gezeichneten Stadt ein. In seine Amtszeit fällt auch die Gründung der Gesamthochschule Kassel im Jahr 1970.

2013 setzte in Kassel eine Debatte darüber ein, welche Rolle die drei sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Jahre 1945 bis 1975 in der Zeit des Nationalsozialismus gespielt hatten, darunter Karl Branner.[41] Eine Expertise kam zu einem zwiespältigen Urteil: „Zwar war der Ex-OB kein Kriegsverbrecher und hat sich auch nicht an jüdischem Eigentum bereichert. Aber er trat schon am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, später in andere NS-Organisationen. Seine Dissertation im Fach Wirtschaftswissenschaften enthält judenfeindliche Passagen. Andererseits wurde er als Soldat wegen Ungehorsam und Wehrkraftzersetzung zu einigen Monaten Haft verurteilt, in der Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien engagierte er sich in antifaschistischen Arbeitsgruppen und trat der SPD bei. Branner, so das Urteil der Historiker, war ein ziemlich typischer opportunistischer Deutscher jener Zeit. 1933 habe er sich aus Eigennutz dem NS-System zugewandt, nach dem Krieg „sein Heil im Sozialismus erkannt", heißt es in der Schrift mit dem Titel „Vergangenheiten".[42]

Der Kasseler Stadtrat reagierte auf diese Studie, indem er mit knapper Mehrheit den 1999 nach Branner benannten Flügel des Rathauses umbenannte. Die Brücke über die Fulda sollte dagegen wegen der unstreitigen Verdienste des

Oberbürgermeisters ihren Namen behalten und lediglich um eine erklärende Tafel ergänzt werden.[43] Beendet ist die Diskussion jedoch nicht. Es mehren sich Stimmen, die Brücke nach dem 2019 ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke umbenennen zu wollen.[44]

***Kommunales Engagement***

Das Ausmaß kommunal- und gesellschaftspolitischen wie auch gesellschaftlichen Engagements insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland ist enorm. So gibt es allein in den Kreistagen der Republik über 24.000 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger – alle auf ehrenamtlicher Basis.[45] So lohnt es sich, einen demokratiegeschichtlichen Blick auf dieses Segment zu werfen, auf Handelnde wie auch auf Organisationen.

Da in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht überwiegend an die Staatsangehörigkeit gebunden ist, sind Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den meisten Fällen von wesentlichen Mitwirkungsmöglichkeiten der Demokratie ausgeschlossen. In den 1970er Jahren wurden auf kommunaler Ebene „Ausländerbeiräte" ins Leben gerufen, die die Aufgabe haben, in den Gemeinden die Interessen ausländischer Einwohner zu vertreten. Sie sollen auch die Organe der Gemeinde in allen Angelegenheiten beraten, die ausländische Einwohner betreffen. Später wurden die Gremien auch in Integrationsräte, Integrationsbeiräte oder Migrationsräte umbenannt.

In der kommunalen Erinnerungskultur ist diese Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen noch nicht in der Form gesonderter Erinnerungsorte oder -zeichen angekommen. Wohl aber gibt es temporäre Formen der Erinnerung, wie beispielsweise Jubiläumsveranstaltungen. Da 1971 die ersten Ausländerbeiräte gebildet wurden, gibt es mittlerweile eine große Anzahl an Kommunen, die an deren Gründung vor 40 oder 30 Jahren erinnern.

In Nürnberg veranstalteten die Beteiligten 2013 nicht nur auf eine Podiumsdiskussion, sondern zeigten auch den Film „Ein Fremder ist nicht immer ein Fremder – 40 Jahre vom Ausländerbeirat zum Integrationsrat".[46] Die Tendenz solcher Veranstaltung ist meist ähnlich: Zum einen wird eine Erfolgsgeschichte der Gründer erzählt und deutlich gemacht, dass es Fortschritte gab. Die Nürnberger Integrationsrats-Vorsitzende Diana Liberova sagt: „Die Gesellschaft hat sich verändert, und wir führen heute Gespräche, die vor 40 Jahren nicht denkbar gewesen wären." Zugleich wird deutlich kritisiert, dass viele Zuwanderinnen und Zuwanderer noch immer vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

***Protest***

Der Philosoph Dieter Thomä identifiziert in seinem Plädoyer, die Bedeutung von Individuen für die Stärkung der Demokratie hervorzuheben, „Helden der Übererfüllung" und „Helden der Überwindung". Es gibt Menschen, die in ihrem Engagement und Einsatz weit über die Pflicht hinaus gehen, Thomä bezeichnet sie als „Helden der Übererfüllung". Sie leisten mehr als das Geforderte: „Dabei verlassen sie sich darauf, dass die Werte, die sie verteidigen, gut und richtig sind. Im Einsatz für eine demokratische Ordnung, deren Werte gesetzt und gegeben sind, liegt ihre Größe. In ihrer Verteidigungshaltung steht ihnen die Idee fern, die Ordnung selbst auf den Prüfstand zu stellen und etwa zu fordern, sie möge sich weiterentwickeln oder verändern."[47]

„Helden der Überwindung" geht es dagegen nicht darum, das Soll zu Überbieten. Sie verrücken Maßstäbe, stellen das infrage, was pflichtgemäß gilt, überschreiten den Status quo. „Als Provokateure lassen sie sich von ihren eigenen Überzeugungen leiten, verlassen den bestehenden Konsens und werben um Unterstützung für ihre neue, große Sache. Sie fordern die Zeitgenossen heraus, ihr Selbstverständnis zu verändern. Dabei treffen sie einerseits auf solche, die ihre Grundsätze starr und hart verteidigen, andererseits auf solche, die umdenken. Die einen halten Helden der Überwindung für Verbrecher, die anderen für Wohltäter. Tatsächlich stellt sich erst im Laufe dieser großen Überwindung heraus, ob die große Sache, für die sich die Helden starkmachen, in die Irre oder ins Freie führt."[48]

Unlängst ist ein Buch erschienen, dass Berlin als „Stadt der Revolte" beschreibt und hier in einer subjektiven Auswahl 56 historisch bedeutsame Orte – Wohnungen, Häuser, Straßen und Plätze – lokalisiert und vorstellt. Der Zeitraum bezieht sich auf die 1960er bis 1990er Jahre.[49] Beispielsweise werden der erste Kinderladen, das besetzte Georg-von-Rauch-Haus, das Audimax der Technischen Universität oder auch das SO36 in kurzen Beiträgen beschrieben.

Bei aller Faszination für auf- und widerständiges Verhalten konstatieren die Autoren, dass die moralische Berechtigung einer Revolte von ihren Ideen, Forderungen und Methoden abhängig ist. Sie wollen Erinnerungsorte an Rebellionen vorstellen, „die aus einer humanistischen, linken Richtung gekommen sind. Aber auch diese können inhuman enden."[50] Damit ist eine Schwachstelle Protestierender deutlich markiert: eine Notstandsrhetorik, die rechtfertigt, dass „man die Demokratie durch eine Rebellion außer Kraft [setzt] und quasi in Notwehr sein Programm exekutier[t]."[51]

So kann das Gebäude des früheren Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen in Berlin, wo Andreas Baader am 14. Mai 1970 mit Waffengewalt aus der Haft befreit wurde, wohl als Erinnerungsort von Revolten bezeichnet werden.[52] Es ist aber definitiv kein Ort der Demokratiegeschichte.

Ein Beispiel für sich wandelnde Zeitkontexte ist die sogenannte Anti-AKW-Bewegung. Spätestens mit dem Beschluss zum Ausstieg aus der Kernkraft nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 ist eine Position der Protestbewegung in der breiten Bevölkerung wie auch bei der Bundesregierung angekommen. Kontroversen in der Bewertung der Protestgeschichte kreisen nunmehr weniger um die Inhalte als um die gewählten Mittel, die sich im Laufe der Zeit aber auch gewandelt haben.

Ein Erinnerungsort hierzu ist das „gelbe X" im Wendland.[53] Es entstand als Protestsymbol gegen die Lagerung von Atommüll in Gorleben. Das ursprüngliche Plakat von 1985 mit dem gelben X, auf dem auch ein Straßenblockade zu sehen war, wurde von der Staatsanwaltschaft als Protestaufruf bewertet und beschlagnahmt. Daraufhin wirkte ein Aktionskünstler am Plakat mit, das auf diese Weise unter die Kunstfreiheit fiel und nicht mehr verboten werden konnte.

Im heutigen Straßenbild im Wendland ist das „gelbe X" nicht zu übersehen, gekreuzte gelbe Balken finden sich in vielen Vorgärten und auf Feldern.[54] Es ist zum einen – in der Terminologie vieler Engagierter – ein „Widerstandssymbol":

„Seit 40 Jahren währt unser Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben. Erst war es die Idee eines ‚Nuklearen Entsorgungszentrums', es folgten Tiefbohrungen, gegen die wir uns wehrten. Dann rollten immer wieder Atommülltransporte, zehntausende Menschen stellten sich gemeinsam mit uns quer. Heute ist Gorleben ein dicker, schwarzer Fleck auf der ‚weißen Landkarte' für die bundesweite Suche nach einem Endlagerstandort […] Seit mehr als vier Jahrzehnten wehren wir uns als soziale Bewegung argumentativ und fantasievoll gegen eine Politik, die nur Kapitalinteressen dient und die Grundrechte der Bürger mit Füßen tritt.

Gorleben ist weltweit ein Synonym für Gegenwehr und die entschlossene Einforderung demokratisch verbriefter Rechte. Der Widerstand gegen Gorleben hat Geschichte geschrieben, das Endlagerprojekt ist aber trotz vieler Teilerfolge noch längst nicht Geschichte. Wir bleiben hochmotiviert, dies zu ändern!"[55]

Zum anderen ist das „gelbe X" aber auch ein Erinnerungszeichen dafür, dass der Protest gegen den Atommüll die Bevölkerung des Wendlands verändert hat, ein Zeichen des Zusammenhalts: „Die Künstler und die Akademiker und die Landwirte, sie hatten sich plötzlich doch was zu erzählen. Weil sie im Protest vereint waren."[56] Ein verbindendes Element ist mehr und mehr die „kulturelle Landpartie". Zwischen Himmelfahrt und Pfingstmontag öffnen Künstler jedes Jahr ihre Werkstätten und Ateliers, das größte selbstorganisierte Kulturfestival Deutschlands. Man kann dies auch als Fortsetzung des Protests und Engagements mit anderen Mitteln interpretieren. Zugleich enthält das „gelbe X" ein nostalgisches Element der Erinnerung an einen Kampf, der letztlich gewonnen wurde, nun aber vorbei ist: „Wer in diesen Tagen gemütlich durchs Wendland radelt, taucht rasch ein in eine bunt schillernde

Welt voll kreativer Überraschungen für Groß und Klein. Zwischen Kitsch und Kunst, Kultur und Widerstand."[57]

Die Weiterentwicklung der Demokratie erfolgt nicht nur, aber auch durch Kritik und Protest. Ein demokratiegeschichtlicher Zugang kann hierbei die Anwendung von Gewalt nicht akzeptieren. Wohl aber gibt es einen Korridor, der nicht einheitlich bewertet wird, namentlich der sogenannte „zivile Ungehorsam". Besonders die kommunale Erinnerungskultur tut sich mit solchen Ambivalenzen schwer. Vielleicht sollte deshalb zunächst nicht konfrontativ um das unmittelbare Aufstellen von Erinnerungszeichen gekämpft, sondern die inhaltliche Auseinandersetzung über Dinge geführt werden, zu denen es konträre Meinungen gibt.

### 2.4. Demokratie verteidigen, Demokratie verlieren

Dass die Staatsform Demokratie auf ewig Bestand hat und fortgeführt wird, ist kein Naturgesetz. Demokratie kann auch verloren gehen.

Gemeinhin verbinden wir den Tod von Demokratien mit Waffengewalt. Dies trifft für die Zeit des Kalten Kriegs auch zu, wo Staatsstreiche für annähernd drei Viertel der Zusammenbrüche von Demokratien verantwortlich waren: Argentinien, Brasilien, Dominikanische Republik, Ghana, Griechenland, Guatemala, Nigeria, Pakistan, Peru, Thailand, Türkei, Uruguay. 2013 gab es einen Militärputsch in Ägypten, 2014 in Thailand.[58]

Daneben gibt es aber noch eine andere Art des Zusammenbruchs: „Demokratien können nicht nur von Militärs, sondern auch von ihren gewählten Führern zu Fall gebracht werden, von Präsidenten oder Ministerpräsidenten, die eben jenen Prozess aushöhlen, der sie an die Macht gebracht hat. Manche dieser Führer reißen die Demokratie rasch ein, wie Hitler es 1933 nach dem Reichstagsbrand getan hat. Häufiger indes erodieren die Demokratien langsam und in kaum merklichen Schritten."[59]

#### *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*

Zur deutschen Demokratiegeschichte gehören das Etablieren, das Ausgestalten wie auch das Verlieren der Weimarer Republik. Eine Erinnerung an den Niedergangs der Republik sollte auch enthalten, dass es Kräfte gab, die weiterhin für ihre Werte eintraten und sich dem Verfall entgegenstemmten.

Die wohl wichtigste Organisation, die sich der offensiven Verteidigung der Weimarer Republik verschrieben hatte, war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer. Das Reichsbanner wurde nach den schweren politischen Unruhen des Jahres 1923 als parteiübergreifende Organisation zum Schutz der Weimarer Republik gegründet. Sozialdemokraten, Mitglieder der

Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und des Zentrums engagierten sich hier für die Festigung der Republik und für die Achtung der Verfassung.[60] Als Gegenreaktion auf die Zunahme der republikfeindlichen Stimmung und das antirepublikanische Bündnis Harzburger Front wurde im Dezember 1931 zudem das republikanische Abwehrbündnis Eiserne Front gegründet.[61] Ziel der neuen Organisation, zu der sich das Reichsbanner, die SPD, zwei Dachverbände der SPD-nahen Gewerkschaften und der SPD-nahe Arbeiter-Turn- und Sportbund zusammengeschlossen hatten, war die „Erhaltung und Erfüllung der Verfassung von Weimar". Dabei ging es auch darum, sich gegen die „Sturmabteilungen" (SA) der NSDAP zu wehren, die politische Versammlungen überfielen und republiktreue Kräfte einschüchtern und demoralisieren wollten:

„Das Reichsbanner versucht, sich gegen die Brutalität der SA ab 1930 mit neuen Eliteeinheiten zu wehren. Diese Schutzformationen (Schufo) erhalten eine paramilitärische Ausbildung, aber keine Waffen. Die Zahl der Schufo-Männer wächst bis Frühjahr 1931 auf fast 250.000 an. Da der Staat seine Schutzfunktion nicht mehr ausüben kann, schirmen sie Versammlungen gegen nationalsozialistische Übergriffe ab, begleiten prominente Redner über Land und bewachen Partei- und Gewerkschaftseinrichtungen."[62]

Die kommunale Erinnerungskultur an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steckt noch in den Anfängen. Auch durch die Unterstützung des Projekts „Demokratische Massenorganisation in der Weimarer Republik" an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand[63] ist zu erwarten, dass sich hier in den nächsten Jahren einiges ändert.

In einem bundesweiten Wettbewerb entwarfen Studentinnen der Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle Erinnerungszeichen an das Wirken des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.[64] In Delmenhorst wurde unlängst eine Flagge des Reichsbanners dem Stadtmuseum als Dauerleihgabe übergeben. 2021 soll diese in einer Dauerausstellung gezeigt werden. Die Flagge ist auch Zeugnis des Überdauerns demokratischer Ideen in Delmenhorst zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie wurde „in einem Kanister versteckt, der wurde zugelötet und im Garten eines Genossen, gleich neben dem Kaninchenstall, gelagert."[65]

### *Aushöhlung der Demokratie, Opfer von rassistisch und politisch motivierten Gewalttaten*

Die amerikanischen Autoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt beschreiben ausführlich die Gefahr, dass gewählte Politiker demokratische Institutionen systematisch aushöhlen: „Gewählte Autokraten halten eine demokratische Fassade aufrecht, während sie die demokratische Substanz auflösen."[66]

Für eine solche Entwicklung gibt es – glücklicherweise – in der bundesrepubli-

kanischen Demokratiegeschichte (noch) keine Entsprechungen, sodass es auch keine kommunale Erinnerungskultur daran geben kann. Levitsky und Ziblatt verweisen aber auf Einfallstore für antidemokratische Bestrebungen: „Ohne robuste Normen können die verfassungsmäßige Gewaltenteilung und Kontrolle nicht als das Bollwerk der Demokratie dienen, wie wir uns das vorstellen […] Die Schwächung unserer demokratischen Normen wurzelt in einer extremen Polarisierung, die sich über politische Meinungsverschiedenheiten hinaus zu einem existentiellen Konflikt über Rasse und Kultur ausgeweitet hat."[67]

Auch in bestehenden Demokratien geschehen Dinge, die dem Geist der Verfassung diametral entgegenstehen: Menschen, die Täter einer bestimmten „anderen" Gruppe zuordnen, werden hier nicht nur in Gedanken abgewertet oder auf der Straße diskriminiert – sie werden umgebracht. Laut einer Langzeitrecherche des Tagesspiegels und Zeit-Online wurden seit der Wiedervereinigung mindestens 187 Menschen von rechtsmotivierten Gewalttätern getötet.[68]

Die Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland muss aufgreifen, dass Menschen in einer Demokratie zu Opfern politischer und rassistischer Gewalt wurden. Dabei geht es zum einen darum, Angehörige in ihrer Trauer zu unterstützen; darum, den Opfern im Gedenken ihre Individualität zurückzugeben, die ihnen genommen wurde, indem Täter ihnen die Lebensberechtigung durch die Zuordnung zu einer Gruppe absprachen. Erinnerungsorte dienen zugleich als Mahnzeichen, die deutlich machen, dass es Staat und Gesellschaft nicht vermocht haben, die Täter von ihren Gewalttaten abzuhalten und die Menschenwürde der Opfer zu schützen.

Amadeu Antonio Kiowa stammte aus Angola und war als Vertragsarbeiter in Eberswalde beschäftigt. Am 25. November 1990 wurde er Opfer eines rassistischen Überfalls: Er wurde von einer Gruppe Skinheads und weiteren Jugendlichen brutal zusammengeschlagen. Nach elf Tagen im Koma erlag er den Folgen des Angriffs.

Wenn kommunale Erinnerungskultur solche eklatanten Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart thematisiert, sind kontroversen Diskussionen, Konflikte und Widerständen absehbar. In Eberswalde war beispielsweise die Stadt zunächst nicht bereit, sich an den Kosten einer Gedenktafel zu beteiligen.[69] Schon kurz nach deren Aufstellen wurde sie 1994 mit SS-Runen beschmiert.[70] Seitdem ist die Gedenktafel unzählige Male mit rechtsextremistischer Propaganda und Symbolen überzogen worden. Der Weg zu kommunaler Erinnerung an Amadeu Antonio Kiowa in Eberswalde ist steinig. Eine Erinnerung an seine Ermordung findet mittlerweile auch im bundesweiten Kontext statt. Seit 1998 leitet die Amadeu Antonio Stiftung daraus eine Aufgabe ab: „Aufmerksamkeit für engagierte Menschen vor Ort zu schaffen und das Thema Rechtsextremismus dauerhaft auf die Tagesordnung zu bringen."[71]

In einer deutschen Kommune wurde auch das Schicksal von Bahide Arslan aufgegriffen. Die 51-Jährige wurde zusammen mit der zehnjährigen Yeliz und der 14-jährigen Ayse Yilmaz am 23. November 1992 Opfer eines fremdenfeindlichen Anschlags. Seit 1997 gibt es zum Gedenken an sie und ihre Angehörigen einen „Bahide-Arslan-Platz". Dieser befindet sich allerdings nicht in Mölln, dem Ort des Verbrechens, sondern in der Landeshauptstadt Kiel.[72]

Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke vor seinem Wohnhaus im nordhessischen Wolfhagen ermordet. Seit Herbst 2020 trägt nun die örtliche Gesamtschule seinen Namen. Auf einer Gedenktafel wird Lübcke mit dem Satz „es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten" zitiert.[73] Die Schule bezieht sich bei der Namensgebung ausdrücklich auf die demokratische Haltung und das demokratische Engagement von Walter Lübcke: „Er stand ein für weltoffenes und menschenfreundliches Denken und Handeln. Auch im Zusammenhang der vielen Geflüchteten, die ab 2015 nach Deutschland und in den Landkreis Kassel kamen und kommen, verteidigte er öffentlich diese Haltung und engagierte sich für Menschen, die auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind. Am 2. Juni 2019 wurde Walter Lübcke vor seinem Wohnhaus in Wolfhagen-Istha durch einen rechtsextremistischen Anschlag ermordet. Heute kann festgestellt werden, dass sein überzeugtes Handeln und das uneingeschränkte Engagement für Demokratie, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit ursächlich für seine Ermordung waren."[74]

In der Kasseler Umgebung gibt es weitere Erinnerungszeichen. So soll der Vorplatz vor dem Rathaus und dem Bürgerhaus in Lohfelden in Walter-Lübcke-Platz umbenennt werden.[75] Schon 2019 gab es eine symbolstarke Aktion, als im Baumhain des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge im Park Schönefeld in Kassel ein Ginko-Baum gepflanzt wurde. Gingko-Bäumen wird eine heilende Wirkung gegen das Vergessen zugeschrieben. Die jährlich in Kassel neu eingesetzten Bäume stehen aber auch für die Hoffnung auf Frieden.[76]

Morde aus politischen Gründen gab es in der Bundesrepublik Deutschland auch durch Linksterrorismus. 34 Menschen fielen dem Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) zum Opfer.[77] Zu ihnen gehören Menschen, die gezielt umgebracht wurden, weil die RAF sie als Repräsentanten des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik eliminieren wollte; zu ihnen gehören auch Polizisten, Fahrer und Soldaten. Für die bekannteren Repräsentanten gibt es in einigen Kommunen Erinnerungsorte.[78]

So stellte die Stadt Karlsruhe zum Gedenken an Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der 1977 zusammen mit zwei Begleitern erschossen wurde, einen dreieckigen Granitstein auf einen Rasen. An dem Mahnmal legt die Stadt jedes Jahr zu Bubacks Todestag am 7. April einen Kranz nieder.

Die Dresdner Bank stiftete einen Brunnen, der im hessischen Oberursel vor dem Rathaus an den erschossenen Bankier Jürgen Ponto erinnert.

Geschichtliche Beispiele von Demokratien, die aufgelöst und von autoritären Systemen oder Diktaturen ersetzt wurden, gibt es viele. Zudem gibt es auch in der Gegenwart viele Beispiele, die zeigen, dass Demokratie und Menschenrechte gefährdet sind.

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt beschreiben das Sterben von Demokratien und leiten daraus einen Handlungsauftrag ab: „Die Demokratie retten."[79] Kommunale Erinnerung an das Scheitern von Demokratien kann ebenfalls dazu beitragen, dass Menschen sich aufgefordert fühlen, sich zu engagieren. – Und dies kann dazu beitragen, dass der Untergang von Demokratie verhindert wird.

## 3. Ausblick

Erinnerungskultur ist kein Selbstzweck. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sollte immer auch Anregungen geben, wie sich Menschen in Gegenwart und Zukunft verhalten können. In Schulbürokratie-Deutsch resultiert aus der Beschäftigung mit Geschichte „die Fähigkeit, die geschichtliche Dimension der menschlichen Existenz und der Kultur zu erkennen und zu begreifen. Indem der Geschichtsunterricht vergangene Ereignisse und Strukturen aufzeigt und sie auf die Bedingungen ihres Werdens und Wirkens zurückführt, macht er modellhaft Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Handelns deutlich und verweist auch auf in der Vergangenheit nicht realisierte Handlungsalternativen."[80]

Aus der Beschäftigung mit Geschichte kann die Einsicht hervorgehen: Es gibt Alternativen zum „Jetzt und Hier". Dies ist eine wichtige Erkenntnis, aus der eine innere Freiheit resultieren kann. Anstelle des Fatalismus „Man kann doch nichts machen" kann das Gefühl von Wirkungsmächtigkeit befeuert werden. Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass Menschen ihre Lebensverhältnisse verändern und gestalten können. Dies kann ein Antrieb für Engagement sein.

Der historische Fokus auf Demokratieentwicklung verdeutlicht, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Demokratie ist keine lineare Erfolgsgeschichte, sondern stets Entwicklung. Veränderung ist sowohl im Negativen als auch im Positiven möglich. Dafür gibt es Beispiele aus der Geschichte wie auch aus der Gegenwart.

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte kann helfen, sich aktuellen Herausforderungen bewusster zu stellen. Dabei fällt dem Stichwort Handlungsoptionen eine Schlüsselfunktion zu. Geschichte wiederholt sich nicht. Und eine Eins-zu-Eins-Übernahme von Vorangegangenem scheint kaum geeignet, eine Lösung für Gegen-

wärtiges zu sein. Demokratiegeschichte kann aber zeigen, dass es zu verschiedenen Zeiten ganz unterschiedliche Ansätze und Optionen gab. Dies im Hinterkopf zu haben, könnte auch im Vorfeld heutiger Entscheidungen hilfreich sein. So kann Demokratiegeschichte beim Abwägen und Bedenken unterstützen, ohne dem Einzelnen die Bürde der Entscheidung abzunehmen. „Alternativlos" sind Entscheidungen nie. Ob die Bereitschaft zum Kompromiss oder das klare Durchfechten der eigenen Überzeugung der jeweils zielführende Ansatz für gegenwärtige politische Fragen ist, kann nicht generell, sondern nur im Einzelfall hinterfragt werden. Auf jeden Fall muss die getroffene Entscheidung kommuniziert und begründet werden. Viele Beispiele aus der Demokratiegeschichte zeigen, dass es unterschiedliche Phasen der Demokratieentwicklung gibt und damit auch ein breites Spektrum an Handlungsoptionen.

In deutschen Kommunen gibt es – wie gezeigt werden konnte – eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte, die vielleicht manchmal nicht in diesem Zusammenhang gesehen werden. Es lohnt sich, diese kommunale Perspektive der Erinnerungskultur weiterzuentwickeln. Denn durch die Verankerung vor Ort gibt es starke Bezüge zur Lebenswelt der Einwohnerinnen und Einwohner.

„Indem das Prozesshafte der Demokratie herausgestellt wird, kann deutlich werden: Es gibt Möglichkeiten, sich einzubringen, an der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung teilzuhaben. Partizipation ist aber nicht einfach da. Sie muss ebenfalls erprobt, entwickelt, etabliert und manchmal auch erkämpft werden. Partizipation ist ein wesentliches Element von Integration. Dieses dynamische Element ist Dreh- und Angelpunkt politischen Engagements und gilt unabhängig von der Herkunft."[81]

In diesem Sinne sind die Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in Kommunen auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland.

---

1 Vgl. Gerhard Himmelmann, Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, 4. Auflage, Schwalbach/Taunus 2016, S. 37.

2 Vgl. dazu auch Michael Parak, Einführung: Demokratiegeschichte in bewegten Zeiten, in: Michael Parak, Ruth Wunnicke (Hrsg.), Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus, Berlin 2019, S. 6-17, hier S. 6, https://www.gegenvergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Rechtspolulismus_Demokratiegeschichte_2019.pdf [Abruf 04.12.2020].

3 Vgl. Thomas Hertfelder, Erfolgsgeschichte Bundesrepublik. Aufstieg und Krise einer Meistererzählung, Stuttgart 2020, S. 46-57.

4 Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München 2012, S. 22-23.

5 Gewehrkugel, verschossen aus einem badischen Infanteriegewehr, Landesstelle für Museumsbetreuung des Lands Baden Württemberg, Objekt des Monats Juni 2008, https://www.landesstelle.de/gewehrkugel-verschossen-aus-einem-badischen-infanteriegewehr/ [23.11.2020].
6 Geschichte wird lebendig. Heckergruppe bei 15. Staufener Zeitreise Badischer Revolution wird nachgestellt, in: Südkurier Singen vom 28. September 2018, S. 26, https://bib-voebb.genios.de/document/SK__509cca173ebce6de781ebe2dff61c97d69d8e01e [23.11.2020].
7 Vgl. Clemens Rehm, Erinnerung an Gustav Struve zwischen Aktualität und Notwnedigkeit, in: Clemens Rehm, Annette R. Hofmann (Hrsg.), Gustav Struve. Turner, Demokrat, Emigrant, Ubstadt-Weiher 2020, S. 5-8, hier S. 5.
8 Vgl. Dennis Riffel, Wie Rechtspopulist*innen Demokratiegeschichte vereinnahmen. Eine Bestandsaufnahme, in: Michael Parak, Ruth Wunnicke (Hrsg.), Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus, Berlin 2019, S. 46-59, https://www.gegenvergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Rechtspolulismus_Demokratiegeschichte_2019.pdf [06.12.2020].
9 Vgl. Pressemeldung „Meißen ehrt Louise Otto-Peters" vom 27. März 2019, homepage: Stadt Meißen, https://www.stadt-meissen.de/12115.html [4.12.2020].
10 Das Projekt, homepage: Frauenorte Sachsen, https://www.frauenorte-sachsen.de/ [04.12.2020].
11 Namensgeberin, homepage: Getrud-Bäumer-Berufskolleg Duisburg, https://www.gbbk.de/index.php/namensgeberin.html [04.12.2020].
12 Vgl. Artikel Gustav Garbe, homepage: SPD Geschichtswerkstatt, https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Gustav_Garbe [04.12.2020].
13 André Wilkens, Es soll wieder eine Gustav-Garbe-Brücke geben!, Presseinformation der SPD-Ratsfraktion Kiel vom 15. Dezember 2015, zitiert bei: Artikel Gustav Garbe, homepage: SPD Geschichtswerkstatt, https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Gustav_Garbe [04.12.2020].
14 Vgl. Erinnerung an Gustav Garbe. Gustav-Garbe-Brücke. Erinnerung an den Matrosenaufstand, homepage: Stadt Kiel, https://www.kiel.de/de/kultur_freizeit/kiel_erkunden/kulturspuren/KulturSpuren_Matrosenaufstand/gustav_garbe_bruecke.php [04.12.2020].
15 Julie Salinger Stolperstein Dresden, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Julie_Salinger_Stolperstein_Dresden.JPG [04.12.2020].
16 Vgl. Julie Salinger (1863-1942). Biografie des Monats Juli, homepage: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, https://www.isgv.de/aktuelles/details/Biografie-des-Monats-Juli-2018 [4.12.2020].
17 Vgl. Wikipedia-Artikel Matthias Domaschk, https://de.wikipedia.org/wiki/Matthias_Domaschk [05.12.2020].
18 Vgl. Anna Kaminsky/Lena Ens, Orte des Erinnerns an die Friedliche Revolution und Deutsche Einheit, Berlin 2020, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/publikationen/orte-des-erinnerns-die-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit [4.12.2020].
19 Platz hat neuen Namen, in Sächsische Zeitung Görlitz vom 5. Oktober 2020, S. 8, https://bib-voebb.genios.de/document/SZO__e01eff91f1eeb6f1d998877f2fda121261bacc1b [23.11.2020].
20 Vgl. Sebastian Beutler, Görlitz hat einen neuen Stadtnamen, in: Sächsische Zeitung Görlitz vom 29. Juni 2020, S. 7, https://bib-voebb.genios.de/document/SZO__832e950d177a72a3803796740de5cc48d96b86c5 [23.11.2020].
21 Nelson-Mandela Schule Hamburg-Kirchdorf, Unser Schulname, https://www.nelson-mandela-schule-kirchdorf.de/unsere-schule/unser-schulname/ [23.11.2020].
22 Vgl. Schloss Schwarzburg ist Demokratie-Ort, in: Ostthüringer Zeitung Saalfeld vom 23. November 2020, S. 1, https://bib-voebb.genios.de/document/OTZ__45634db93013f602f2951a2fd471c48ea745aed4 [24.11.2020].
23 Vgl. Andreas Förster, Hirsch gegen Burg. Zwei Thüringer Hotels streiten, wo Friedrich Ebert vor 100 Jahren die Weimarer Verfassung unterschrieben, in: Berliner Zeitung vom 12. August 2019 S. 28, https://bib-voebb.genios.de/document/BEZE__7ae703b21817d3247b09a0566b0f804e82796538 [24.11.2020].
24 Wilhelm-Hoegner-Gedenktafel enthüllt. Am Töginger Bahnhof. Der „Vater der Bayerischen Verfassung" hat in seiner Kindheit hier gewohnt, in: Passauer Neue Presse vom 25. September 2019, Seite 21, https://bib-voebb.genios.de/document/PNP__984a8edd99717f164b8f50fa2ff2793385239a0a [24.11.2020].
25 Vgl. Ein Denkmal für Marie Juchacz. AWO 100 Jahre. 100 Geschichten, https://www.awo-100-geschichten.de/ein-denkmal-fuer-marie-juchacz [24.11.2020].
26 Vgl. Marie Juchacz, [online] https://de.wikipedia.org/wiki/Marie_Juchacz [24.11.2020].

27 Vgl. Marie-Juchacz-Plakette, [online] https://de.wikipedia.org/wiki/Marie-Juchacz-Plakette [24.11.2020].
28 Vgl. FrauenOrte. Gedenktafel erinnert an das Wahlrecht. 1919 zog mit Sozialdemokratin erstmals eine Frau in Landtag. Mitteldeutsche Zeitung vom 14. Dezember 2001 Ausgabe: Dessau, https://bib-voebb.genios.de/document/MZ__21d468cf812faf45baafbf7a2f6d2ffe036f2ed5 [24.11.2020]; Silvia Bürkmann, Vor 90 Jahren entdecken Frauen die Politik für sich. GEDENKEN. Mit Marie Kettmann zog 1919 erstmals ein Frau in den Landtag Anhalt, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 10. Oktober 2008, Lokales Dessau, https://bib-voebb.genios.de/document/MZ__efc17c105f64623bcd75bba6849a0e52ea4dc90f [24.11.2020].
29 Vgl. „Die Erziehung zu geistiger Selbsttätigkeit". 100 Jahre Volkshochschule: Die Bildungseinrichtung für Erwachsene wurde in Bad Oeynhausen am 21. Mai 1919 gegründet. Seit 2011 blickt Bad Oeynhausen gemeinsam mit Minden in die Zukunft. Festakt am 28. Mai, in: Neue Westfälische – Löhner Nachrichten vom 3. Mai 2019, Seite 24 , https://bib-voebb.genios.de/document/NEUW__53fb4e71ae27aee2e59ed34fd5f794cdc8e36617 [24.11.2020].
30 Vgl. Michael Borchard, Judith Michel (Hrsg.), Erinnerungsorte der Christlichen Demokratie in Deutschland, St. Augustin 2020, https://www.kas.de/documents/259803/7581390/Erinnerungsorte+der+Christlichen+Demokratie+in+Deutschland.pdf/20d83fd9-d55b-0afd-3ef3-79e24938a59e?version=1.1&t=1584376303822 [04.12.2020].
31 Vgl. Ayhan Demirci: „… leider unvermeidlich". CDU streicht Köln aus Geschichte: Ärger um Jubiläumsbuch, in: Express vom 2. Mai 2020, https://www.express.de/koeln/----leider-unvermeidlich--cdu-streicht-koeln-aus-geschichte--aerger-um-jubilaeumsbuch-36715160?cb=1607092217312 [04.12. 2020].
32 Anna Kaminsky/Lena Ens, Orte des Erinnerns an die Friedliche Revolution und Deutsche Einheit, Berlin 2020, S. 33, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/publikationen/orte-des-erinnerns-die-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit [04.12.2020].
33 Vgl. Ebd., S. 184.
34 Jochen Lässig, Jüngere Geschichte des Hauses der Demokratie Leipzig, homepage: Haus der Demokratie Leipzig, https://www.hddl.de/de-de/geschichte2.htm [04.12.2020].
35 Vgl. dazu Artikel „Freiheitlich demokratische Grundordnung", in: Eckart Thurich, pocket politik. Demokratie in Deutschland. überarb. Neuaufl. Bonn 2011, https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16414/freiheitliche-demokratische-grundordnung.
36 Vgl. Politikergedenkstiftungen, homepage: Staatsministerin für Kultur und Medien, https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/aufarbeitung-und-gedenken/politikergedenkstiftungen [04.12.2020].
37 Vgl. Annalena Baasch, Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte, Berlin 2018, S. 27-36, https://www.gegenvergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/GVFD_Spurensuche_2018.pdf [05.12.2020].
38 Ehrung für „Hanna Granata": Platz vor dem Rathaus Lankwitz erhielt Namen von Hanna-Renate Laurien, in: StadtrandNachrichten vom 15. April 2016, siehe: https://www.stadtrand-nachrichten.de/ein-platz-fuer-hanna-granata/ [04.12.2020].
39 Michael Parak, Hanna-Renata-Laurien-Platz, in: homepage: Blog Demokratiegeschichten, https://www.demokratiegeschichten.de/hanna-renata-laurien-platz/ [04.12.2020]
40 Vgl. Hessen-Nachrichten, in: Frankfurter Neue Presse vom 19. Oktober 1997, https://bib-voebb.genios.de/document/FNP__ea6e169f6e15cddcbf50ca69031983047d75639a [02.12.2020].
41 Vgl. Biografie unter der Lupe. Stadt will Marburger Historiker beauftragen, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Oktober 2013. Deutschlandausgabe S. 7, https://bib-vvoebb.genios.de/document/FR__fe994508de91e0d2e866afebc52a00b20d06914e [02.12.2020].
42 Vom Nazi zum Sozi. Historiker klären NS-Vergangenheit von Kassels Ex-OB Branner, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Mai 2015, S. 5, https://bib-vvoebb.genios.de/document/FR__fe994508de91e0d2e866afebc52a00b20d06914e [02.12.2020].
43 Vgl. Joachim F. Tornau, Brücke heißt weiter nach Rathauschef. NS-Vergangenheit: Kasseler Stadtparlament entscheidet über den Umgang mit Nachkriegs-Obs, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Juli 2015, Deutschlandausgabe/Hessen, S. 6, https://bib-voebb.genios.de/document/FR__4543de81d8f642295c2959221025ea48e714e8e8 [02.12.2020].
44 Vgl. „Kassel ist eine weltoffene Stadt". Montagsinterview: Historiker Krause-Vilmar über das NS-Erbe und Neonazis, in: Hessische Niedersächsische Allgemeine, Kassel Mitte vom 8. Juli 2019, S. 2, https://bib-voebb.genios.de/document/HNA__9e3a6d3158c0e0c8485cf24cd4bd62d1af344cd5 [02.12.2020].

45 Vgl. 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Tabellenanhang mit Kreisdaten, hrsg vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2020, S. 19-23, https://www.bmfsfj.de/blob/160356/1b603ceee4775a09830d3cab00d7a67b/4--atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-tabellenanhang-kreisdaten-data.pdf [04.12.2020].
46 Vgl. Vom Rand in die Mitte der Gesellschaft. Interkulturelle Wochen feiern Jubiläum, in: Nürnberger Zeitung vom 11. September 2013, S. 10, https://bib-voebb.genios.de/document/NZ__cd24752b3a75260673794ca3c6bd531c5522554f [03.12.2020].
47 Dieter Thomä, Warum Demokratien Helden brauchen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Heroismus, Berlin 2019, S. 152.
48 Ebd., S. 142-143.
49 Vgl. Michael Sontheimer/Peter Wensierski, Berlin. Stadt der Revolte. Berlin 2018.
50 Ebd., S. 15.
51 Judith Leister, Gibt es ein Comeback des Helden? Heroismus in postheroischen Zeiten, in: Deutschlandfunk vom 8. März 2020, https://www.deutschlandfunk.de/heroismus-in-postheroischen-zeiten-gibt-es-ein-comeback-des.1184.de.html?dram:article_id=469568 [04.12.2020].
52 „Natürlich kann geschossen werden". Die Befreiung von Andreas Baader; Miquelstraße 83, in: Michael Sontheimer/Peter Wensierski, Berlin. Stadt der Revolte, Berlin 2018, S. 146-149.
53 Vgl. Das gelbe X. Symbol des Widerstands, in: Christine Izeki, Gerald Roemer, 111 Orte im Wendland, die man gesehen haben muss, Köln 2000, S. 75-76.
54 Ingrid Lowin/Werner Lowin, Auf den Spuren des gelben X. Fotos von gestern und heute für morgen, Lüchow 2019, https://www.bi-luechow-dannenberg.de/produkt/fotobuch-auf-den-spuren-des-x/
55 Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: Über uns, https://www.bi-luechow-dannenberg.de/kontakt/ [03.12.2020].
56 Andreas Austilat, Generation X. Wie Protest das Wendland geformt hat, in: Tagesspiegel vom 18. August 2020, https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-protest-das-wendland-geformt-hat-generation-x/26073642.html [03.12.2020].
57 Gisela Jaschik, „Auf andere Art politisch als eine Demonstration". Kulturelle Landpartie im Wendland, in: Deutschlandfunk vom 20. Mai 2018, https://www.deutschlandfunk.de/kulturelle-landpartie-im-wendland-auf-andere-art-politisch.1242.de.html?dram:article_id=418355 [03.12.2020].
58 Vgl. Steven Levitsky, Daniel Ziblatt, Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018, S. 11.
59 Ebd., S. 11.
60 Vgl. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund aktiver Demokraten e. V., Einführung, https://reichsbanner-geschichte.de/reichsbanner-geschichte/themen/thema/Themen/show/einfuehrung/ [26.11.2020].
61 Vgl. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund aktiver Demokraten e. V., Die Eiserne Front, https://reichsbanner-geschichte.de/reichsbanner-geschichte/themen/thema/Themen/show/die-eiserne-front/ [26.11.2020].
62 Vgl. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund aktiver Demokraten e. V., Gewalt gegen das Reichsbanner, https://reichsbanner-geschichte.de/reichsbanner-geschichte/themen/thema/Themen/show/gewalt-gegen-das-reichsbanner/ [26.11.2020].
63 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Mitarbeiter_innen, siehe https://www.gdw-berlin.de/gedenkstaette/mitarbeiter-innen/ [26.11.2020].
64 Vgl. Burg-Studentinnen gewinnen Wettbewerb der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, https://www.burg-halle.de/hochschule/auszeichnungen/a/burg-studentinnen-gewinnen-wettbewerb-der-stiftung-gedenkstaette-deutscher-widerstand/ [26.11.2020].
65 Vgl. Gerwin Müller, SPD-Tradition und Stadtgeschichte. Fahnen für das Museum, in: Weser-Kurier vom 23. September 2020, siehe: https://www.weser-kurier.de/region/delmenhorster-kurier_artikel,-spdtradition-und-stadtgeschichte-_arid,1935375.html [26.11.2020].
66 Steven Levitsky, Daniel Ziblatt, Wie Demokratien sterben, München 2018, S. 14.
67 Ebd., S. 16; 18.
68 Vgl. Frank Jansen, Heike Kleffner, Johannes Radke, Toralf Staud, Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung in: Tagesspiegel vom 30. September 2020, https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html [26.11.2020].

69 Vgl. Todestag von Amadeu Antonio, in: Taz-Berlin vom 6. Dezember1993, S. 22, https://bib-voebb.genios.de/document/TAZ__548f940905be62a90769a7862f772eb05cbacb9e [01.12.2020].
70 Vgl. Gedenktafel für Antonio geschändet, in: Tagesspiegel vom 20. April 1994, https://bib-voebb.genios.de/document/TSP__5d448c5b7c3252384de471a3a52c0a90dbd198bb [01.12.2020].
71 Amadeu Antonio Stiftung, Die Amadeu Antonio Stiftung stellt sich vor, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/ueber-uns/ [01.12.2020].
72 Vgl. „Das kann man nicht vergessen". Mölln fünf Jahre nach Morden, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 22. November 1997, https://bib-voebb.genios.de/document/MZ__f7d3768138b46341a42330d5d82876561be3dcff [01.12.2020].
73 Signal für das ganze Land. Wolfhagener Gesamtschule trägt Namen von Walter Lübcke, in: Hessische Niedersächsische Zeitung, Kassel-Mittel vom 26. September 2020, S. 13, https://bib-voebb.genios.de/document/HNA__b38fd43c3b34902f50c8bbfe93478817f7648476.
74 Walter-Lübcke-Schule Wolfhagen, Leitbild, https://walter-luebcke-schule.de/leitbild/ [26.11.2020].
75 Vgl. Lohfelden ehrt Walter Lübcke. Vorplatz des Bürgerhauses wird umbenannt, in: Hessische Niedersächsische Allgemeine, Kassel-Mitte vom 29. September 2020, S. 13, https://bib-voebb.genios.de/document/HNA__f857c70fe0818ac9ca0c421357c942662bc1a33e [26.11.2020].
76 Vgl. Ginkgobaum für Walter Lübcke in Kassel gepflanzt, in: Melsunger Allgemeine vom 5. August 2019, S. 7, https://bib-voebb.genios.de/document/MLAG__1e08f46c223441d5fb0f04de9235652447285e68 [26.11.2020]; Ernst Klein, Für einen aufrechten Demokraten. Gedenken an Walter Lübcke, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie Nr. 101, September 2019, S. 18-19, https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_101-2019_web.pdf [26.11.2020].
77 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Die Opfer der RAF. Dossier Geschichte der RAF, https://bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-raf/49305/die-opfer-der-raf [05.12.2020].
78 Vgl. RAF noch gegenwärtig. Mahnmale und Gedenktafel vom 4. September 2007, https://www.n-tv.de/politik/dossier/RAF-noch-gegenwaertig-article230232.html [05.12.2020].
79 Vgl. Steven Levitsky, Daniel Ziblatt, Wie Demokratien sterben, München 2018, S. 239ff.
80 Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Geschichte, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1.6.1979 i. d. F. vom 10. Feburar 2005, https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1989/1989_12_01-EPA-Geschichte.pdf [5.12.2020].
81 Michael Parak, Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, in: Michael Parak (Hrsg.), Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung. Berlin 2018, S. 5-12, hier S. 9, https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/GVFD_Demokratiegeschichte_2018.pdf [05.12.2020].

# STÄDTISCHE DEMOKRATIEGESCHICHTE GANZ PRAKTISCH. DAS FORMAT LOKALE SPURENSUCHE

ANNALENA BAASCH und DENNIS RIFFEL

„Grabe, wo du stehst“[1] ist seit fast 40 Jahren das Motto von Geschichtswerkstätten und lokalen Geschichtsvereinen, die sich mit den Menschen, Orten und Traditionen, die ihre lokale Geschichte prägten, befassen. Geschichte wird buchstäblich vor der Haustür gesucht und gefunden. Zwar war und ist dabei eher weniger ein Spaten im Einsatz, jedoch werden mit vielfältigen Methoden Hinterlassenschaften der Vergangenheit wieder ans Tageslicht gebracht.[2]

Die Idee dahinter ist, dass Geschichte mehr ist als Nationalgeschichte und die Geschichte von „großen Männern“ und ihren politischen Entscheidungen.[3] Geschichte hat vor Ort, vor unserer Haustür stattgefunden. Nur, weil Lokalgeschichte auf einer „niedrigeren“ Ebene stattfand, macht sie das nicht weniger wichtig. Vielmehr trifft das Gegenteil zu: Historische Ereignisse auf lokaler Ebene haben unsere Heimatorte, Nachbarschaften, Gemeinden und Familien nachhaltig geprägt.

**Der Heimvorteil der Ortsgeschichte**

Es muss also nicht immer die Entscheidung eines Bundeskanzlers oder Ereignisse in der fernen Hauptstadt sein: Die Geschichte meiner Lieblingskneipe, in der jahrelang ein Arbeiterverein tagte oder der Entschluss meiner Tante, die erste Frauenfußballmannschaft im Ort zu gründen, können ebenso spannend und relevant sein. Allerdings sind diese Geschichten gefühlt nicht so weit weg wie beispielsweise die Geschichte des Reichstages (wenn man nicht gerade in Berlin ist) oder die von Konrad Adenauer (wenn man nicht gerade in Bonn wohnt). Pädagogisch gesprochen: Die lokale Spurensuche stellt einen Bezug zum Lebensraum der Suchenden her.

Ein weiterer Vorteil der Suche nach Geschichte vor Ort ist, dass erste Ansprechpersonen schnell gefunden sind, nämlich Familienangehörige, Freund*innen und Nachbar*innen sowie lokale Archive und Vereine. Oft können Treffen und Gespräche unkompliziert organisiert werden, weil schon Kontakte bestehen oder schnell geknüpft werden können. Viele Menschen freuen sich über das Interesse an ihrem Stadtteil oder ihrem Verein. Durch das Nachfragen werden ihre Geschichten wertgeschätzt, Netzwerke schnell aufgebaut. Ganz nebenbei lernen die Spurensuchenden, Verantwortung für ihren Lernprozess zu übernehmen und ihre Ergebnisse auszuwerten.[4]

Lokale Spurensuchende haben gegenüber professionellen Historiker*innen in weit entfernten Städten eindeutig einen Heimvorteil. Sie besitzen oft eine Expertise und ein Wissen über ihre Heimat oder ihre Familie, das sich andere Menschen nur in jahrelanger Kleinstarbeit erarbeiten könnten.

**Geschichte von allen für alle**

Geschichte, so die Idee, die sich in den 1980er Jahren ausbreitete, soll durch lokale Spurensuchen allen Menschen zugänglich werden. Es sollen nicht nur Akademiker*innen sein, die Geschichte erforschen und diskutieren. Oder, anders betrachtet: Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, Geschichte zu erforschen, erzählen und gestalten. Es ging und geht um eine Art von Geschichtsbemächtigung. Die Lokale Spurensuche ermöglicht es den Forschenden, ihr direktes Umfeld, die „zwei Quadratkilometer Erfahrungsraum, in denen sich trotz gestiegener Mobilität das tägliche Leben der meisten Menschen abspielt",[5] einzubeziehen und neu wahrzunehmen.

Ähnliche Formulierungen fallen heute unter den Begriff „Empowerment".[6] Auch die selbstbestimmte, gemeinschaftliche und demokratische Arbeit an einem Geschichtsprojekt kann eine Form von Empowerment sein. Denn die Teilung von Aufgaben, das Aushandeln von Kompromissen und Abstimmen von weiteren Schritten – die Gestaltung des Projektverlaufs – ist mindestens ebenso wichtig wie das Ergebnis, das am Ende des Projektes steht.

**Spurensuche – ein bewährtes Format**

Historische Spurensuchen sind, wie schon festgestellt, kein völlig neues, sondern ein bewährtes Format lokal- und stadtgeschichtlicher Geschichtsaneignung. So gibt es eines der populärsten Spurensuche-Projekte, den „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten", schon seit 1973. Unabhängig vom Thema besteht der typische Ablauf einer Spurensuche aus vier Phasen. Zunächst geht es darum, **Thema und Fragestellung** zu entwickeln, dann steigt man in die tiefergehende **Recherche** ein. Immer wieder findet eine **Auswertung und Deutung** des zusammengetragenen Materials statt, das schließlich in einer **Präsentation** der städtischen Öffentlichkeit gezeigt wird.[7]

**Erinnerungskultur prägen**

Während des gesamten Verlaufs einer Spurensuche wirkt das Projekt im Stadtraum. Besonders aber durch die öffentliche Präsentation des Projektergebnisses, z. B. in einer Ausstellung, einer Broschüre, einer Internetseite oder einem Erinnerungszeichen wird die lokale Erinnerungskultur erweitert und geprägt. Dies stößt allerdings nicht

immer auf die positive Resonanz der lokalen Bevölkerung oder der städtischen Behörden. Gerade bei Projekten zur NS-Geschichte zeigte sich häufig, dass die Spurensucher*innen, z. B. die Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., häufig hartnäckig um den Zugang zu Archiven und um die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse ringen mussten. Mit der Zeit aber änderte sich in nicht wenigen Fällen die Einstellung der Menschen vor Ort und auch derjenigen, die Verantwortung in der Stadt hatten. Kooperationen mit Stadtverwaltungen und dem Heimatmuseum wurden in vielen Fällen nach und nach möglich, Zeitzeug*innen zu öffentlichen Empfängen im Rathaus eingeladen, ein Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum konnte mit städtischen Geldern finanziert werden.[8]

**Demokratiegeschichte etablieren**

Seit mehreren Jahren arbeitet Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. daran, Demokratiegeschichte neben NS- und DDR-Geschichte als dritte Säule der Geschichtsarbeit im Verein zu etablieren.[9] Dabei stellte der ehemalige Vereinsvorsitzende, der Historiker Bernd Faulenbach, sowohl für die Arbeit des Vereins als auch für die Erinnerungskultur insgesamt klar, wie sich das Verhältnis von Demokratie- zu Diktaturgeschichte einordnen lässt: „In der deutschen Erinnerungskultur tun wir gut daran, weder Diktaturgeschichte noch Demokratiegeschichte voneinander zu isolieren, sondern sie jeweils in Kontexte einzuordnen und Zusammenhänge zu beleuchten. Demokratiegeschichte, Diktaturgeschichte und die Geschichte der Menschheitsverbrechen sollten nicht als konkurrierende, sondern einander ergänzende Komponenten der Erinnerungsarbeit verstanden werden."[10] In diesem Sinn sprach schon Joachim Gauck im März 2012 in seiner Antrittsrede zu seinem Amt als Bundespräsident davon, dass er keinen Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur, wohl aber eine „Paradigmenergänzung" der Erinnerungskultur durch Demokratiegeschichte möchte.[11]

Da Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. seit langer Zeit gute Erfahrungen mit Projekten lokaler Spurensuche bei der Aufarbeitung von NS- und DDR-Geschichte sowie bei der Wiederentdeckung von Spuren jüdischer Geschichte in Deutschland gesammelt hat, lag es nahe, das Format der Spurensuche auch auf den Bereich der Demokratiegeschichte auszuweiten.[12]

**Spurensuche ermöglichen**

Genau das ist mit der 2018 herausgegebenen Handreichung „Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte"[13] geschehen. Der Wunsch war es, dass potenzielle Spurensuchende mithilfe des Arbeitshefts auf Ideen kommen, wo und wie sie ihren Zugang zur Demokratiegeschichte finden können. Statt Fachaufsätzen

finden sich in der Handreichung neben thematischen Einführungen viele Fragen und Platz für eigene Gedanken. Dazu kommen Hinweise zu Suchwegen und Vorschläge für Methoden zur Informationsgewinnung und -präsentation. Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung, an deren Ende ein fertiges Projekt steht, bietet die „Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte" nicht. Aber wir sind überzeugt, dass unser Arbeitsheft eine Hilfeleistung darstellt, die viele Anregungen liefert und den Weg zu einer erfolgreichen Spurensuche nach Demokratiegeschichte wesentlich erleichtert. Gerade auf lokaler Ebene bieten sich viele Möglichkeiten, Demokratie zu entdecken und in die Öffentlichkeit zu transportieren: Was trugen Ehrenamtliche zu einer lebendigen Demokratie bei? Nach wem ist die Straße vor meiner Haustür benannt? Was passierte in der Hinterstube unserer Stammkneipe? Warum feiern wir eigentlich ein Stadtfest? Nach wem sind Straßen und Plätze benannt? Wem ist das Denkmal auf dem Marktplatz gewidmet? Was steht auf der Gedenktafel am Rathaus?

**Personen, Orte und Jubiläen**

Personen, Orte und Jubiläen: Das sind die drei Themenblöcke, die in der Handreichung in mehreren Unterkapiteln angesprochen werden. Ersichtlich wird dadurch, dass sich Demokratie niemals nur in der Ferne, sondern ganz besonders in den Gemeinden und im alltäglichen Miteinander abgespielt hat. Für viele Spurensuchende und für viele unserer Mitglieder ist der Blick zurück Motivation dafür, sich auch heute für Demokratie einzusetzen. Welcher Weg wäre also besser geeignet, das Interesse für und an Demokratie zu fördern, als der, die Geschichte der Demokratie zu ergründen? Die lokale Spurensuche zur Demokratiegeschichte kann ein Weg sein, demokratische Traditionen zurückzuverfolgen und den Blick dafür zu öffnen, was wir uns heute von der Demokratie erhoffen und wünschen. Und auch dafür, was Menschen vor uns für Demokratie getan haben und was wir heute tun können.[14]

**Zusammenarbeit gestalten**

Ein erfolgreich abgeschlossenes Projekt, am besten noch mit einer Präsentation in und Anerkennung durch die Öffentlichkeit, ist ohne Frage ein Abschluss, wie man ihn jeder Spurensuche wünschen würde. Doch bis das Ergebnis steht, vergehen Wochen, Monate, manchmal auch Jahre, in denen Spurensucher*innen zusammenarbeiten. Die Herausforderung besteht darin, diese Zusammenarbeit so zu gestalten, dass alle den Arbeitsprozess – und letztlich auch das Ergebnis – mittragen können. Das beginnt bereits bei der Findung eines Themas, um nur ein Beispiel zu nennen. Denn in vielen Fällen werden Mitglieder einer Projektgruppe unterschiedliche Dinge haben, die sie interessieren oder sich für Dinge unterschiedliche stark interessieren.

Was nur natürlich ist, denn jede*r hat andere Geschichten, die sie oder er erzählen möchte. Es liegt an der Gruppe, ein Thema zu finden, zu dem alle etwas beisteuern. Somit übernehmen die Teilnehmenden Verantwortung für ihren Lernprozess.[15]

**Demokratisch über Demokratie forschen**

Wer Demokratie in seiner lokalen Umgebung erforscht, sollte auch eine demokratische Methode wählen. Wer Projekte oder Veranstaltungen zur Demokratiegeschichte durchführt, sollte auch seine Methoden und Formate demokratisch gestalten. Das Miteinander, z. B. das Entscheiden des Themas oder die Verteilung von Aufgaben im Projekt ist mindestens ebenso wichtig wie das Endergebnis. Nur wenn ein Team funktioniert und miteinander kommuniziert, kann am Ende etwas stehen, womit man zufrieden ist. Übrigens kann auch gemeinsam scheitern eine demokratische Erfahrung sein.[16]

**Demokratie – ein nicht abgeschlossenes Projekt**

Ein spannender Aspekt ist außerdem, dass Demokratie nicht abgeschlossen ist, sondern sich noch in der Entwicklung befindet.[17] Das stellt uns einerseits vor die Herausforderung zu überlegen, wie man an etwas erinnert, was noch gar nicht vorbei ist. Andererseits hat es den Vorteil, dass wirklich jeder mitreden kann. Egal wie kurz oder lang wir in Deutschland leben: Jede und jeder von uns hat Erfahrungen mit Demokratie gemacht. Und das ist mehr, als alle paar Jahre zur Wahl zu gehen. Das sind Erfahrungen, die wir beim Leben von und in einer Demokratie machen. In der Schule oder Ausbildung, in der Arbeit, beim Besuch auf der Behörde, im Sportverein, in der Familie ... Wir diskutieren, streiten, schließen Kompromisse: Demokratie ist Lebensform, sie basiert auf Zivilgesellschaft und ist nicht nur eine Staatsangelegenheit.[18] Wir alle haben Erfahrungen mit Demokratie gemacht, wir alle können mitreden. Demokratie ist kein Thema, in das wir uns monatelang einlesen müssen, um ein Verständnis davon zu entwickeln.

**Komplex und vielschichtig**

Was uns nicht dazu verleiten sollte, die Komplexität von Demokratie zu verkennen. Zur Demokratie gehört, dass ihre Protagonist*innen ambivalent sind und handeln, dass sie Fehler machen und nicht immer nach ihren Überzeugungen handeln (können). Diese Ambivalenzen anzusprechen, kann und muss Bestandteil eines Demokratiegeschichtsprojekts sein. Egal, ob es sich mit den großen oder unbekannten Protagonist*innen beschäftigt. Klar ist, dass alle Menschen unterschiedliche Erfahrungen mit Demokratie machen. Also nicht nur positive, sondern auch negative Erfahrungen. Zu letzteren gehören beispielsweise Erfahrungen mit (insti-

tutionellem) Rassismus. Und auch in der Schule oder auf der Arbeit werden längst nicht alle Beschlüsse ausdiskutiert, wir bewegen uns nicht in einer hierarchiefreien Gesellschaft. Doch gerade diese Ambivalenz gehört zur Demokratie(geschichte) dazu und deshalb kann und muss sie thematisiert werden. Die perfekte Demokratie gibt es ebenso wenig wie fehlerlose Demokrat*innen.[19]

Zu erkennen, dass Demokratie nie fehlerfrei war, führt die Spurensuchenden auch dazu, gegenwärtige Verhältnisse zu reflektieren. Wie wir über die Demokratie der Vergangenheit und ihre Werte denken, sagt mindestens ebenso viel darüber aus, wie wir heute Demokratie begreifen und leben. Optimalerweise hilft die Arbeit an einer Lokalen Spurensuche zur Demokratiegeschichte also dabei, sich darüber klar zu werden, wie man Demokratie in Gegenwart und Zukunft gestalten möchte.

---

1 Sven Lindquist, Grabe wo du stehst. Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte. Aus dem Schwedischen übersetzt und herausgegeben von Manfred Dammeyer, Bonn 1989.

2 Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel, Ruth Wunnicke, Einleitung, in: Annalena Baasch: Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte. Eine Handreichung, Berlin 2018. S. 4-7, hier: S. 4, siehe: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_98-2018_web.pdf [06.12.2020]

3 Annalena Baasch, Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte. Masterarbeit im Studiengang Public History, FU Berlin (unveröffentlicht), S. 7.

4 Annalena Baasch, Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte, in: Lernen aus der Geschichte, siehe: Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte | lernen-aus-der-geschichte.de (lernen-aus-der-geschichte.de) [04.12.2020].

5 Dennis Riffel, Ruth Wunnicke, Michael Parak, Einführung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft. 46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung, Bonn 2012., S. 9, siehe: file://vsdc1/RedirectedFolders/driffel/Downloads/Blick_ins_Buch_Migrationsgesellschaft_Geiss.pdf [11.12.2020].

6 H.-Günter Heiden, Hintergrund, Inhalte und Bedeutung des Empowerment-Konzepts. Vortrag auf dem Curriculum-Workshop der Stiftung LEBENSNERV am 09.12.2005, siehe: Stiftung LEBENSNERV, FORUM PSYCHOSOMATIK 2/06, Editorial [11.12.2020].

7 Körber-Stiftung (Hrsg.), Arbeitsblätter zur historischen Projektarbeit. Leitfaden für Schülerinnen und Schüler, siehe: Arbeitsblätter zur historischen Projektarbeit - Körber-Stiftung (koerber-stiftung.de) [04.12.2020].

8 Als ein herausragendes Beispiel seien die jahrelangen Bemühungen der Regionalen Arbeitsgruppe Böblingen-Herrenberg-Tübingen um die Aufarbeitung und Erinnerung an ein KZ-Außenlager in der Gemeinde Hailfingen/Tailfingen genannt: Volker Mall, Harald Roth, Das KZ-Außenlager auf dem Nachtjägerflugplatz Hailfingen/Tailfingen, S. 32-34, siehe: gedenkbuch.indb (kz-gedenkstaette-hailfingen-tailfingen.de)[15.12.2020].

9 Dennis Riffel, Wie erinnern wir Demokratie?, in: Clemens Rehm, Annette R. Hofmann (Hrsg.), Gustav Struve. Turner, Demokrat, Emigrant, Ubstadt-Weiher 2020, S. 10.

10 Bernd Faulenbach, Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland, in: Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung. Hrsg. Von Michael Parak, Berlin 2018, S. 43-47., hier: S. 44.

11 Rede von Bundespräsident Gauck nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten am 23. März 2012. http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/03/120323-Vereidigung-des-Bundespraesidenten.html [06.12.2020].

12 Annalena Baasch, Michael Parak, Dennis Riffel, Ruth Wunnicke, Einleitung, in: Annalena Baasch: Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte. Eine Handreichung. Berlin 2018, S. 6-7, siehe: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_98-2018_web.pdf [06.12.2020].

13 Annalena Baasch, Lokale Spurensuche im Themenfeld Demokratiegeschichte. Eine Handreichung, Berlin 2018, siehe: https://www.gegenvergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/GVFD_Spurensuche_2018.pdf [05.12.2020].

14 Annalena Baasch, Auf der Spurensuche nach Demokratie, in: Zeitschrift Gegen Vergessen – Für Demokratie, Heft 98/2018, S. 18-19, siehe: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_98-2018_web.pdf [06.12.2020].

15 Annalena Baasch, Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte. Masterarbeit im Studiengang Public History, FU Berlin (unveröffentlicht), S. 38-39.

16 Annalena Baasch, Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte, in: Lernen aus der Geschichte, siehe: Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte | lernen-aus-der-geschichte.de (lernen-aus-der-geschichte.de) [04.12.2020].

17 Martin Sabrow, Die Last des Guten, Versuch über die Schwierigkeiten des Demokratiegedächtnisses, in: Thomas Hertfelder, Ulrich Lappenküper, Jürgen Lillteicher (Hrsg.), Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 328.

18 John Dewey, Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Aus dem Amerikanischen von Erich Hylla, Herausgegeben und mit einem Nachwort von Jürgen Oelkers, Weinheim, Basel 32000, S. 120 f. Siehe auch: Michael Parak, Dennis Riffel, Das Grundgesetz leben. Demokratiegeschichte in der politischen Bildungsarbeit, in: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Nr. 3 (2019), S. 53.

19 Annalena Baasch, Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte, in: Lernen aus der Geschichte, siehe: Potenziale der lokalen Spurensuche im Themenbereich Demokratiegeschichte | lernen-aus-der-geschichte.de (lernen-aus-der-geschichte.de) [04.12.2020].

# DEMOKRATIE GESCHICHTE HALLE

# WIE ENTSTEHT DAS GEDÄCHTNIS EINER STADT?

ALEIDA ASSMANN

**Halle am 9. Oktober 2020**
Es fällt schwer, am heutigen Tage vom Modus des Gedenkens zu einer Tagung und einem wissenschaftlichen Austausch im Festsaal der Leopoldina umzuschalten. Sie, liebe Hallenserinnenund Hallenser, waren auf dem Marktplatz, als die Glocken läuteten. Viele haben die bewegenden Reden in der Ulrichskirche gehört. Mit dem Gewicht von Schmerz und Trauer, aber auch mit Scham und Zorn gedenken wir heute nicht nur der grauenhaften Tat vor einem Jahr, sondern machen uns auch Gedanken darüber, was das Ereignis bedeutet und wie wir es in eine bessere Zukunft mitnehmen können. Denn eines ist heute schon klar: Der Anschlag hat die Stadt Halle für immer verändert. Auch die Stadt wurde mit diesem Terrorakt im Innersten getroffen – und sie ist nun damit beschäftigt, darauf zu reagieren und ihr eigenes Gedächtnis für diesen Angriff auf jüdisches Leben in ihrer Mitte aufzubauen.

Damit sind wir schon bei den Fragen, die ich heute mit Ihnen in einem etwas allgemeineren Rahmen besprechen möchte. Wie entsteht das Gedächtnis einer Stadt? Wie bildet es sich heraus und wer bestimmt darüber? Was sind die positiven und negativen Schlüsselereignisse im Bewusstsein der Stadtbürger*innen? Wie geht man mit traumatischen Erinnerungen um? Und was hat die gemeinsame Erinnerung in einer Stadt mit politischer Bildung und Demokratieerziehung zu tun?

Ein Gedächtnis, das eine Gruppe miteinander teilt und zu seiner eigenen Vergewisserung aufbaut, braucht Stützen in Raum und Zeit. Mit anderen Worten: Es braucht konkrete Orte und Anlässe, um sich zu kristallisieren, um als gemeinsamer Bezugspunkt sinnlich konkret und immer wieder präsent zu werden. Ich beginne deshalb meine Überlegungen mit einigen Gedanken zur Erinnerung in der Dimension der Zeit.

**Zeit und Erinnerung**
Hier spielt es eine große Rolle, ob wir uns an ein positives oder negatives Ereignis erinnern. Ein traumatisches Ereignis kehrt pünktlich ein Jahr später mit unverminderter Wucht zurück. Wir können hier von einer psychischen Magie der Daten sprechen: Wunden brechen wieder auf, Gefühle, die mit der Zeit durch andere Probleme in eine unweigerliche Distanz rücken, erhalten mit der jährlichen Wiederkehr eines im Wortsinne einschneidenden Ereignisses ihre unverminderte Wucht plötzlich wieder

zurück. Auch wenn der Anschlag in Halle nicht in der geplanten Form ausgeführt wurde, hat er zwei Todesopfer und Verwundete gefordert sowie 52 traumatisierte Menschen hinterlassen, die sich in der Synagoge aufhielten. Nach einem Jahr erneuert sich der unverminderte Schmerz der Angehörigen der Ermordeten. Unter den Entronnenen in der jüdischen Gemeinde brechen die Gefühle des Schreckens und der Ohnmacht wieder auf. Und in der ganzen Stadt verbreitet sich noch einmal der Schock einer quälenden Heimsuchung und verlangt nach einer Antwort.

Die Stadt Halle hat eine Antwort für diesen ersten Gedenktag des Attentats vorbereitet. Sie heißt „Hallianz". Als Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben Sie sich zusammengetan und eine Reihe neuer Formate entwickelt, um sich in Ihren Gemeinden und Nachbarschaften gemeinsam gegen die Gewalt zur Wehr zu setzen und für die Zukunft Ihrer schönen und weltoffenen Stadt Verantwortung zu übernehmen. Mit einem reichhaltigen Programm setzen Sie sich für Demokratie und Vielfalt ein. Auch unsere Veranstaltung gehört in diesen Rahmen und ich danke den Veranstaltern und besonders Herrn Böhnke dafür, dass Sie mich in Ihr Aktionsprogramm einbezogen haben!

Noch einmal zurück zur Frage nach dem Zusammenhang von Gedächtnis und Zeit. Gedenktage, auch wenn sie von nichts anderem diktiert sind als von der Wiederkehr einer Null, sind weit mehr als ein leerer Ritus, sondern haben Funktionen und erfüllen Bedürfnisse. Sie haben ein kritisches und gemeinschaftsstiftendes Potenzial. Allerdings besteht ein großer Unterschied zwischen positiven Schlüsselereignissen wie dem 9. November 1989 einerseits und negativen Ereignissen wie dem Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 andererseits. Positive Wende-Ereignisse kehren in historischen Jubiläen wieder. Mit ihnen versichert sich eine Gesellschaft der zentralen Schlüsselereignisse und bleibenden Impulse ihrer Geschichte. Sie bilden einen Rahmen für Wir-Inszenierungen, sie bieten Anlässe für persönliche Teilhabe und sie schaffen Anstöße für Debatten und Reflexionen, die das Geschichtsbewusstsein der Gesellschaft aktualisieren und synchronisieren. Die aktuelle politische Konstellation entscheidet dabei, was jeweils aus der Vergangenheit zurückgeholt und wie es interpretiert wird. In dieser Wandelbarkeit unterstreichen Gedenktage und Jubiläen den offenen Deutungshorizont der Geschichte.

Anders wirkt die Wiederkehr eines Datums bei traumatischen Ereignissen. In diesem Fall kommt es bei den unmittelbar Betroffenen zu einer ungebrochenen Wiederholung des Schmerzes. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Halle, Max Pivorozki, sprach von dem Film, der heute Morgen in seinem Kopf noch einmal ablief. Das

Trauma kennt keine Vergangenheit, sondern nur Gegenwart; es bleibt über die Jahre körperlich präsent, als wäre es gestern gewesen. Ob ein solches Ereignis zu einem regelmäßig begangenen Gedenktag wird wie im Falle des 9. November 1938, hängt davon ab, ob ihm eine sinnstiftende Kraft für die Zukunft einer Gruppe zugeschrieben wird. Der Ausbruch antisemitischer Gewalt in Halle geht alle Deutschen etwas an, nicht zuletzt, weil ein Jahr später am Tag des Sukkot-Festes ein Nachahmungstäter vor der Hamburger Synagoge einen jüdischen Studenten mit Kippa brutal angegriffen hat. Die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten ist seit dem vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Alle 24 Minuten, so war heute in den Nachrichten zu hören, geschieht in diesem Land eine rechtsextrem motivierte Straftat. Wir können die Augen nicht mehr davor verschließen, dass sich in unserem Land Hass und Gewalt gegen jüdische Gebäude und Symbole, aber verstärkt und gezielt auch gegen jüdische Menschen richten. Da diese Ereignisse zugleich ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und die deutsche Identität sind, stehen wir alle in der Verantwortung.

**Raum und Erinnerung**

Es ist zu erwarten, dass das Datum des 9. Oktober 2019 in den Annalen sowohl der Nation als auch der Stadt Halle ein fester Bestandteil bleiben wird, denn die an diesem Tag durchlöcherte Synagogentür ist längst zu einem zentralen Symbol im Inventar der „deutschen Erinnerungsorte" (lieux de mémoire) und nun auch zu einem besonderen Denkmal in Halle geworden. Damit gehe ich von Fragen der Erinnerung in der Dimension der Zeit zu Fragen der Erinnerung in der Dimension des Raums über. In einer Stadt erinnert man sich anders als in der Nation. Es war eine wichtige Entdeckung in der Kulturwissenschaft, dass Geschichte nicht nur in der linearen Form eines Narrativs existiert und etwas mit Jahreszahlen zu tun hat, sondern sich gerade auch räumlich niederschlägt und konkretisiert. Bereits Cicero betonte: „Groß ist die Kraft der Erinnerung, die Orten innewohnt." Als Schauplätze eines vergangenen Geschehens halten konkrete historische Orte dieses auf verschiedene Weisen fest. Sie bleiben für den historisch kundigen Blick lesbar und können über Perioden des Vergessens hinweg die historische Imagination und Recherche der Nachgeborenen immer wieder anstoßen. Das hat der Historiker Karl Schlögel betont, als er schrieb: „All unser Wissen von Geschichte haftet an Orten. [...] Wir kommen ohne Bilder von Schauplätzen, an denen sich alles ereignet hat, nicht aus. *History takes place* – Geschichte findet statt."[1] Ich möchte diesen Satz minimal verändern, dann heißt er: „Geschichte findet Stadt." Mit dieser Einsicht stellen sich wichtige neue Fragen: Wie schreibt sich Geschichte in den städtischen Raum ein, wie wird sie in ihm verankert, gelöscht, umkämpft, verändert, erneuert? Und wer entscheidet jeweils über die Zukunft der Vergangenheit?

**Geschichte findet Stadt**

In den Städten findet Geschichte anders statt als auf der Ebene der Nation. Während von der Hauptstadt Berlin, dem Bundestag und dem Schloss Bellevue, aber auch von Museen, Ausstellungen und überlokalen Medien die allgemeinen geschichtspolitischen Impulse zu nationalen Jahres- und Gedenktagen ausgehen, bleibt es in unserer föderalen Demokratie den Städten, ihren Stadträten und Bürger*innen überlassen, in welcher Form sie daran teilnehmen und ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Hier findet die Erinnerungskultur aufgrund politischer, sozialer und kultureller Veränderungen immer wieder anders statt, wobei die eine Stadt meist nicht weiß, was die andere tut. Darüber gibt es nämlich kaum Berichterstattung. Ein oft wiederholtes Unbehagen an der deutschen Erinnerungskultur hat mit ihrer hohen Erwartbarkeit und Gleichförmigkeit zu tun. Man beklagt immer wieder deren Erstarrung und Ritualisierung. Wer so denkt, übersieht jedoch die lokale Vielfalt städtischer Erinnerungskulturen. Diese begann in den 1980er und 1990er Jahren im Westen Deutschlands mit der Spurensuche ausgelöschten jüdischen Lebens und der Einsammlung von Stimmen und Zeugnissen ermordeter jüdischer Bürger*innen und Überlebender sowie der Sicherung und Kennzeichnung ihrer baulichen und materiellen Hinterlassenschaften – von den Resten der Synagogen bis zur Provenienz von Raubkunst und arisiertem Besitz.

Nach der Wende war im Osten viel von Investition und Innovation die Rede. Der Beitritt zur Bundesrepublik führte zu einer dramatischen Veränderung der baulichen Lebenswelt, mit der die DDR-Bewohner aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ohne dass sie diese verlassen mussten. Mit der Rekonstruktion von Gebäuden, die einige Zeit von der Bildfläche verschwunden waren, ist eine neue architektonische Praxis hinzugekommen, durch die sich die Geschichte einer Stadt sichtbar verändert. Daneben setzt sich im Westen und Osten der alltägliche Kampf zwischen Erhalt und Abriss historischer Schichten weiter fort. Neu ist, dass sich an den Debatten um Straßenumbenennungen inzwischen auch die Neubürger*innen beteiligen und mit der Geschichte in einer Stadt ihre eigene Zukunft mitbestimmen.

Geschichte ereignet sich nicht nur auf nationaler und städtischer Ebene, sondern auch gleichzeitig lokal und global. Diese absolut neue Dimension des Raums hat das Attentat in Halle auf eine erschreckende Weise offengelegt. Ein zusätzliches Einfallstor für Radikalisierung und Eskalation ist ja inzwischen die Parallelwelt des Internets geworden, die massiv zur Verrohung der Kommunikation und zur Verherrlichung von Gewalt beiträgt. Das zeigte sich in der globalen Achse zwischen der neuseeländischen Kleinstadt Christchurch, Halle und Hanau! Diese Orte sind durch das Inter-

net verbunden, das längst nicht mehr nur eine Parallelwelt ist, in die man hinein- und aus der man wieder herausgeht. Es ist vielmehr zu einem dunklen und wachsenden Untergrund geworden, der das reale soziale und politische Leben untergräbt. Denn dort hat sich ein riesiges Publikum angesammelt, vor dem sich rechtsradikale Terroristen produzieren. Mit seinen Akten der Gewalt verbreitete der bis an die Zähne bewaffnete Attentäter Schrecken und Grauen in den Straßen von Halle, während er zugleich Tausende von Followern anonymer Communitys bediente, vor denen er als Superheld auftrat und von denen er sich Bewunderung erhoffte. Die eine Hälfte seines Terrors entlud sich damit in der realen Welt vor Ort, die andere Hälfte im global entgrenzten digitalen Raum einer anonymen Zuschauergemeinde.

**Europa im Umbruch**

Im Folgenden komme ich auf Europa im Umbruch zu sprechen, denn um den Anschlag in Halle einzuordnen, muss ich hier etwas ausholen und den Zeithorizont erweitern. In einem Land wie Deutschland, wo sich die Staatsform seit dem Zweiten Kaiserreich fünf Mal radikal geändert hat, gibt es wenig historische Kontinuität, dafür aber viele Wechsel von Erinnern und Vergessen. Was das eine Regime ins Zentrum rückte, wurde vom nächsten ersetzt oder bekämpft und diffamiert. Das macht das Thema Erinnerungskultur in diesem Land so brisant. Deutschland wurde ja nicht 1848 im Vormärz der Paulskirche, sondern erst 1918, nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg eine Demokratie. Diese stand allerdings unter keinem guten Stern, denn in der Weimarer Republik herrschte ein Klima des Hasses und der Verleumdung. Stefan Zweig gehörte bereits während des Ersten Weltkriegs zu den wenigen überzeugten Pazifisten. Aber auch nach dem Ende dieses Krieges traute er dem Frieden nicht. Das Klima der unmittelbaren Nachkriegszeit hat er folgendermaßen beschrieben: „Das Bedürfnis nach politischer Spannung, nach kollektivem Hass ist bei unserer Generation weiterhin latent geblieben. Es hat sich nur vom äußeren Landesfeind umgeschaltet in andere Richtungen, Hass von System zu System, von Partei zu Partei, von Klasse zu Klasse, von Rasse zu Rasse – aber im Wesentlichen sind seine Formen dieselben geblieben: das Bedürfnis, sich als Gruppe feindselig gegen andere Gruppen zu ereifern, beherrscht noch heute Europa, und man muss an jene alte Sage denken, wo nach der Schlacht noch die Schatten der Toten in den Lüften weiter miteinander kämpfen.“[2]

Stefan Zweig, der sich 1942 im brasilianischen Exil das Leben nahm, hat die Entstehung des neuen Europas nicht mehr erlebt. Die Welt musste erst durch Zwei Weltkriege und den Holocaust aus den Angeln gehoben werden, ehe sich eine allgemeine Bereitschaft zum Frieden einstellte. Die EU hat wichtige Lehren aus dieser Ge-

schichte gezogen und ein einmaliges Großprojekt in der Geschichte geschaffen. Ich habe es den „europäischen Traum" genannt. Diese Lehren lassen sich an einer Hand abzählen:

- das Friedensprojekt mit der Verwandlung von Todfeinden in kooperierende Nachbarn,
- der Umbau von Diktaturen in Demokratien,
- eine selbstkritische Erinnerungskultur, die nicht nur auf Stolz und Ehre ausgerichtet ist, sondern auch Verantwortung für eigene Verbrechen übernimmt, und
- die Erneuerung und Umsetzung der Menschenrechte.

Meine These ist, dass die EU mit diesen Prinzipien den nationalistischen Nationen den Stachel gezogen hat. An die Stelle des Typs der nationalistischen Nation mit ihrem auf heroische Männlichkeit gegründeten Kollektivegoismus trat die neue Form der zivilen Nation, die auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Anerkennung von Vielfalt und friedliche Kooperation setzt.

Seit 2015, als die Bilder von der Migrationsbewegung um die Welt gingen, erleben wir jedoch einen tiefen Einbruch in dieser friedlichen Erfolgsgeschichte der EU. Das Modell der zivilen Gesellschaft sieht sich wieder durch das Gegenmodell einer „unzivilen" Gesellschaft infrage gestellt. Dabei kommt es zu Formen des Demokratieabbaus und der Mobilisierung alter Feindbilder. Rechte Parteien unterstützen eine Festung Europa, in der „der Fremde" zum ultimativen Feindbild geworden ist. An diesem Wandel ist auch das Internet beteiligt, in dem Meinungs*freiheit zur* Meinungs*enthemmung* verkommen ist. Demagogen haben Konjunktur. Hassrhetorik mit Shitstorms und Morddrohungen breiten sich aus. Und in Schockstarre erleben wir, wie sich Gewalt in Form von politischen, rassistischen und antisemitischen Anschlägen ausbreitet. Tatsächlich ist die Abschaffung der Demokratie das erklärte Ziel der AfD, wie uns Björn Höcke versichert: „Der Verwesungsgeruch einer absterbenden Demokratie wabert durchs Land. In dieser Lage, liebe Freunde, und das sage ich als staatstreuer Bürger, in dieser Lage ist nicht Ruhe, in dieser Lage sind Mut und Wut, Renitenz und ziviler Ungehorsam die erste Bürgerpflicht. Holen wir uns unser Land zurück!"[3] Wie sich die Bilder gleichen: Dieselben Schatten, von denen Stefan Zweig 1932 sprach, hängen wieder über diesem Land und verdüstern den Zukunftshorizont der EU.

**Thesen zur Demokratieerziehung**

Es reicht aber nicht, nur über Spaltung und Hass zu sprechen, wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir die Demokratie stärken und Gemeinsinn wiederherstellen können. Die Gesellschaft muss sich gerade auf große Herausforderungen wie Einwanderung, Klimaschutz, Wirtschaftskrise und natürlich auch Corona einstellen, aber nir-

genden werden diese tiefgreifenden Veränderungen so konkret spürbar wie auf der Ebene der Städte und Kommunen. Hier wird beides sichtbar: Engagement für Wandel und Integration, aber auch Widerstand, Blockierung und Provokation.

Damit komme ich zurück zu der Frage: Wie entsteht Geschichte in der Stadt? Was bleibt von dem, was dort geschehen ist, in Erinnerung? Wie wird es aktualisiert? Wie kann das Gedächtnis der Stadt Demokratieerziehung, historische Bildung und Gemeinsinn stärken? Ich schließe mit zwei Punkten und einigen Beispielen.

***1. Die Wiederbelebung der Erinnerung an demokratische Traditionen***

Die Städte sind die Bühne der Geschichte, hier hat sie sich ereignet. Die Frage ist aber immer: Welcher Geschichte wird in der Erinnerung Raum und Zeit gegeben? Im militanten Klima nach dem Ersten Weltkrieg wurden Politiker der jungen Demokratie wie Matthias Erzberger (1921) oder Walther Rathenau (1922) zur Zielscheibe von Attentätern. Die Attentäter Rathenaus wurden in der NS-Zeit mit einem großen Denkmal als Helden geehrt. Heute sind Erzberger und Rathenau Namensgeber von Schulen. Im Juni 2019 erlag Walter Lübcke einem Anschlag. Seit diesem Sommer gibt es auch eine Walter-Lübcke-Schule. Hinter jeder Benennung oder Umbenennung steht dabei ein klares Bekenntnis zur Demokratie. „Der Name der Schule ist ein Signal für das ganze Land", sagte Ministerpräsident Bouffier kürzlich bei der Einweihung der Walter-Lübcke-Schule in Wolfhagen.

Die Stadt ist auch heute der Ort, an dem eine vergessene Demokratiegeschichte durch wissenschaftliche Forschung und zivilgesellschaftliche Initiativen wiederentdeckt und gewürdigt wird. In Jena zum Beispiel ist Eduard Rosenthal aus dem Vergessen zurückgeholt worden. Er war zweimaliger Rektor der Universität und ein bedeutender Rechtsgelehrter und Demokrat, der 1920 die Thüringer Verfassung ausgearbeitet hat. Als bürgerlicher Liberaler setzte er sich mit einer Lesehalle und einem Volkshaus für allgemeine Bildung ein, und das mitten im Kaiserreich, als es um Gleichberechtigung schlecht bestellt war. Volkshäuser gibt es auch in Weimar und Halle – sie entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts und sind Teil der SPD-Geschichte. Rosenthal entwickelte auch neue Konzepte der Unternehmensstruktur und ermöglichte Formen der Teilhalbe für alle Mitarbeiter, gerade auch bei großen Firmen wie Zeiss. In der NS-Zeit wurde sein Andenken ausgelöscht, sein Porträt verschwand an der Universität aus der Reihe der Rektoren. Seit 2009 ist die Villa der Familie ein Gedenkort und Kulturzentrum der Stadt Jena. 100 Jahre nach der Thüringer Verfassung ist in diesem Jahr ein „dezentrales Denkmal" für Rosenthal entstanden, das zum ersten Mal über drei Städte reicht und Rosenthals andere Wirkungsorte Weimar und Erfurt mit einbezieht. Wir brauchen

solche Vorbilder, Stammbäume und Orte lokaler Demokratiegeschichte, damit wir wissen, wem wir die Bürgerrechte verdanken, die wir heute genießen. In diesem Land, in dem es keine kontinuierlichen demokratischen Traditionen gibt, festigen die Wiederentdeckung solcher Vordenker und die Erinnerung an sie das Fundament, auf dem wir stehen.

***2. Von der Imagepflege zur historischen Verantwortung***

Im Gedächtnis der Stadt ist es ähnlich wie im Gedächtnis einer einzelnen Person. Man erinnert sich lieber an das, was die eigene Größe und Bedeutung stützt, als an beschämende oder gar traumatische Ereignisse. Das wird deutlich in der Imagepflege von Städten, die verständlicherweise auf ihre touristische, wirtschaftliche und kulturelle Ausstrahlung bedacht sind. München zum Beispiel ist lieber „Weltstadt mit Herz" als die Stadt von „Hitlers Bewegung". Inzwischen zeichnet sich allerdings ab, dass sich diese beiden Perspektiven nicht mehr so eindeutig ausschließen müssen. Das Image einer Stadt schließt die Geschichte zunehmend mit ein. Nach Kassel, Halle und Hanau müssen neue Zeichen gesetzt werden, gerade auch aus Stadt-Image-Gründen. Denn wir stehen heute am Scheideweg der offenen Gesellschaft: 20 Jahre nach den ersten Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds und fast zehn Jahre nach dem Selbstmord der Täter und ihrer Enttarnung lebt der NSU 2.0 in Drohschreiben aus digitalen Chat-Gruppen deutscher Beamter weiter, andere horten massenhaft Munition und Terroristen setzen das Morden am helllichten Tag fort.

Angesichts der Zunahme dieser Bedrohung für Zugewanderte und religiöse Minderheiten entstehen gerade neue Formen eines lebendigen Gedenkens, bei dem die Städte als Akteure auftreten und sich zu Aktionen zusammenschließen. Zum Beispiel diejenigen, die durch die Mordserie des NSU getroffen wurden, darauf zunächst mit ihren eigenen ernstgemeinten, aber oft unbeholfenen Denkmalsetzungen reagierten und wiederum mit Vandalismus zu kämpfen hatten. Sie vernetzen sich jetzt und legen ihre Geschichten zusammen, um gemeinsam für Solidarität mit den Angegriffenen sowie für gleiche Rechte und Partizipation aller Bürger*innen einzutreten. Dabei mobilisieren sie neben zivilgesellschaftlichen Akteuren auch Künstler*innen und Kulturschaffende und kooperieren mit Theatern, Konzerten und öffentlichen Veranstaltungen.

**Fazit**

Ich komme zum Schluss. Die Geschichte der Nation ist abstrakt. Sie steht irgendwann im Geschichtsbuch und wird in der Schule gelernt. Die Geschichte der Stadt ist dagegen vielstimmig. Sie befindet sich immer in einem Prozess und wird von den Menschen gemacht und entschieden, die dort leben. James Baldwin hat einmal geschrieben:

„Geschichte – was niemand zu wissen scheint – ist nicht nur etwas zum Lesen. Und sie bezieht sich auch nicht vordringlich auf die Vergangenheit. Im Gegenteil: Die große Kraft der Geschichte rührt von der Tatsache her, dass wir sie in uns tragen." Ja, was tragen wir von der Geschichte in uns? Halle ist eine gezeichnete Stadt. Die Wunde, die der Anschlag auf die Synagoge hinterlassen hat, und die beiden Todesopfer, die er forderte, sind ein starker Impuls für ein aktives Bekenntnis zum Rechtsstaat, in dem die Verherrlichung von Gewalt und Nationalsozialismus keinen Platz haben. Während die kapitalistischen Länder viel Geld und Ideen in eine ausgefeilte Werbung für ihre Waren stecken, sind sie eher einsilbig, wenn es um die Verteidigung ihrer politischen Grundsätze geht. Lebendige Bekenntnisse zur Demokratie entstehen im politischen Kampf immer dort, wo sie mit Füßen getreten wird, wie gegenwärtig auf den Straßen von Minsk. „Für ein offenes Land für freie Menschen" stand auf einem Plakat im Vorfeld der Friedlichen Revolution vor 30 Jahren. Mit ihrer Freundin Gesine Oltmanns hielt es Katrin Hattenhauer im September 1989 in Leipzig in die Höhe und wurde dafür kurz vor der Wende noch mit einem Monat Haft bestraft.[4] Im vergangenen Jahr gab es in deutschen Städten eine Plakataktion in Schwarz-Rot-Gold-Optik, die an dieses Motto anschloss. Vielleicht haben Sie einige der Anzeigen gesehen: „Wir leben Vielfalt nach dem Prinzip der Gleichheit." Oder: „ Wir sind Liebe. Das bleibt. Und ein Land, das dazulernt." Oder: „Wir glauben an die Freiheit. Und an die Freiheit des Glaubens." Darunter folgte jedesmal: „Wir sind Rechtsstaat". – Wir, das sind alle Bürger*innen dieses Landes, haben heute allen Grund, dieses Bekenntnis zu erneuern und den Typ der zivilen Nation in Europa zu stärken. Die Städte sind dafür eine wichtige Plattform. Nein, wir lassen uns unser Land nicht wegnehmen. Wir sind Rechtsstaat – noch sind wir Rechtsstaat!

1 Karl Schlögel, Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, München, Wien 2003, S. 70.

2 Stefan Zweig, Die moralische Entgiftung Europas (1932), in: Ders.: Zeiten und Schicksale. Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1902-1941. Gesammelte Werke in Einzelbänden, hrsg. von Knut Beck, Frankfurt am Main 1990, S. 40-56, hier S. 41-42.

3 Björn Höcke, Weimar und Heute. Dokumentarfilm, ausgestrahlt am 9. März 2020. Timecode: 11.40-12.07; in der ARD-Mediathek abrufbar, siehe: https://www.ardmediathek.de/ard/video/reportage-und-dokumentation/geschichte-im-ersten-weimar-und-heute/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3JlcG9ydGFnZSBfIGRva3VtZW50YXRpb24gaW0gZXJzdGVuL2ZhNmI4MDRmLWI4NDUtNGQ2My1hMzMyLTFiY2QxYzJlNTg1Nw/ [27.12.2020].

4 Am 1. Oktober 2015 empfing Katrin Hattenhauer von Bundespräsident Joachim Gauck das Bundesverdienstkreuz.

# DER HALLESCHE VOLKSPARK UND SEINE DEMOKRATIEGESCHICHTE

RÜDIGER FIKENTSCHER

Im halleschen Volkspark spiegelt sich die deutsche Geschichte eines ganzen Jahrhunderts, aber keineswegs nur Bau-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte, sondern auch Demokratiegeschichte. Diese reicht von der Gründung 1906 bis in die Gegenwart mit einer Unterbrechung von 1933 bis 1989.

Der Kampf für die Demokratie stand zu Beginn. Denn seit dem Fall des *Sozialistengesetzes* 1890 hatten SPD und Gewerkschaften einen starken Zulauf. Doch im kaiserlichen Deutschland, so auch in Halle, wurde der Arbeiterbewegung die Nutzung von Sälen und Versammlungsräumen immer wieder verweigert. Deshalb planten die halleschen Sozialdemokraten den Bau eines eigenen Veranstaltungshauses und ließen gemeinsam mit Gewerkschaftern den „Volkspark" errichten, den „Palast für Arbeiter". Nach zehn Monaten Bauzeit wurde er am 13. Juli 1907 feierlich eröffnet. 3.000 Menschen fanden im Saal Platz und weitere 1.000 in der Restauration. Der zugehörige Terrassengarten konnte 3.800 Menschen aufnehmen.

Sogleich wurde der Volkspark zum politischen, geistigen und kulturellen Zentrum des halleschen Proletariats. Das Geld brachten die Arbeiter über Anteilscheine und durch die sprichwörtlichen „Arbeitergroschen" über den gut geführten Betrieb auf. In der Festzeitung zur Einweihungsfeier lesen wir:
„Der Volkspark soll dazu dienen, der Außenwelt zu zeigen, dass die halleschen Arbeiter allenthalben auf eigenen Füßen zu stehen vermögen, dass sie durch Zusammenschluss ihrer wirtschaftlichen Kraft großes, mustergültiges zu erreichen wissen. Jeder Arbeiter soll und darf den Volkspark als sein Heim betrachten."

Im Ersten Weltkrieg diente der Volkspark als Lazarett, während der Novemberrevolution 1918 als Sitz des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates. In den 1920er Jahren fanden darin schwerste politische Auseinandersetzungen statt. Hier kam es 1920 zur Abspaltung der USPD, wurde 1924 der kommunistische Rote Frontkämpferbund gegründet und kamen am 13. März 1925 zehn Menschen ums Leben, als beim Auftakt des Präsidentschaftswahlkampfes von Ernst Thälmann die Polizei in die Menge schoss. Einer der Toten war der Hornist Fritz Weineck, der in der DDR zum „Kleinen Trompeter" stilisiert wurde.

Dann kamen die langen Jahre ohne Demokratie im Lande, als folglich auch keine öffentlichen Orte mehr dafür zur Verfügung standen. Denn bereits 1933 enteigneten die Nationalsozialisten die SPD-eigene Volkspark GmbH. Das Haus wurde in „Reichshof" umbenannt, war Versammlungs- und Veranstaltungslokal der NSDAP und im Zweiten Weltkrieg Musterungsstelle für den Militärdienst und Unterkunft für Zwangsarbeiter.

Nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 wurde der Volkspark „Volkseigentum" und in der DDR als politischer, gesellschaftlicher und kultureller Versammlungsort genutzt. Viele Hallenserinnen und Hallenser erinnern sich noch gern an die dortigen Veranstaltungen. Doch ein Ort der Demokratie konnte er nicht sein.

Dann kam das Jahr 1989, und mitten in der Friedlichen Revolution wurde der Volkspark als erster Saal in Halle wieder zu einem Ort der Demokratie. Der damalige OB Eckhard Pratsch hatte unter dem Eindruck einer Bürgerversammlung mit über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 15. Oktober in der Pauluskirche zugesagt, sich öffentlich einer Diskussion stellen zu wollen. Diese fand am 26. Oktober 1989 im großen Saal des Volksparks statt. An diesem Abend strömten 5.000 bis 10.000 Hallenserinnen und Hallenser zum Volkspark. Es zeigte sich, dass der Volkspark trotz seiner etwas abgelegen erscheinenden Lage tief im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger der Stadt verwurzelt war. Nur ein geringer Teil schaffte es in den großen Saal und in das Haus, die Mehrheit musste vor dem Gebäude bleiben. Eindrucksvolle Fotos zeigen das. Die Menschen standen dicht gedrängt im Park und bis zu den Straßenbahnschienen. Die Stimmung war optimistisch bis euphorisch, denn sie wussten, dass es ihr Sieg war. So etwas hatte es in Halle während der ganzen DDR-Zeit nicht gegeben. Man war auf den großen Andrang eingestellt und hatte Lautsprecher im Freien aufgestellt, wodurch alle die Diskussion verfolgen konnten. Frank Eigenfeld, einer der Mitbegründer des Neuen Forums, schreibt dazu:
„Nach einer kurzen Vorstellung der Podiumsteilnehmer übernahmen die im Saal befindlichen Leute das Wort. Nicht ängstlich oder zögerlich – nein, mit lauter Stimme, kräftig und sicher sprachen sie und äußerten ihre Meinung zur politischen Situation im Lande und in der Stadt, unterstützt durch viele zustimmende Rufe. Endlich freie Meinungsäußerung! Manche Details waren vielleicht nicht so wichtig, die Podiumsteilnehmer konnten auch nicht immer etwas dazu sagen – entscheidend aber war, dass man aussprechen konnte, was man dachte – erstmalig und öffentlich. Man traute sich, und man tat es. Das Volk von Halle hatte seine Stimme wiedergefunden, und das im Volkspark – einen besseren Ort hätte es nicht geben können. Es war wie

eine innere Befreiung. Zum Glück gibt es Tonaufnahmen von diesem Abend – man spürt die Stimmung, wenn man die Aufzeichnungen anhört. Brisant war die Mitteilung von Arbeitern aus BUNA, dass die Parteileitung des Bezirkes Halle für den 30. Oktober eine Gegendemonstration unter dem Motto ‚Rote Fahnen gegen weiße Kerzen' plante. Im tausendstimmigen Pfeifkonzert drinnen wie draußen konnten sie nur noch den Rückzug antreten und das Vorhaben leugnen. Es wurde ein langer Abend, aber niemand verließ seinen Platz, und jeder verfolgte das Geschehen mit ungebrochenem Interesse: Trotz der Emotionen und aller aufeinanderprallenden Gegensätze verlief der Abend friedlich und trug wesentlich dazu bei, auch Ängste (wohl auf beiden Seiten) abzubauen. Diese erste Diskussion im Volkspark war ein Meilenstein auf dem Weg zur Demokratie. Es war ein historischer Tag, auf den die Hallenserinnen und Hallenser stolz sein können." So weit Frank Eigenfeld.

Die Revolution führte zur Freiheit und die Freiheit zur Demokratie und eine demokratische Entscheidung schließlich zur Einheit Deutschlands. Doch die Möglichkeiten das Volksparks konnten längere Zeit nicht in diesem Sinne genutzt werden. Organisatorische Unklarheiten, bauliche Mängel und unklare Eigentumsverhältnisse, auf die hier nicht eingegangen werden soll, ließen vieles nicht zu.

Schließlich wurde der Volkspark 1998 der SPD als ihr Eigentum zurückgegeben und teilsaniert. Seit dem Jahr 2000 wird er von der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt. 2009 verkaufte ihn die SPD-eigene Konzentration GmbH für einen symbolischen Preis an den Volkspark Halle e. V. Seitdem wird er schrittweise zu einem Ort der Kultur, Bildung und Begegnung saniert, der allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Halle offensteht.

Der hallesche Volkspark ist tief im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verwurzelt. Deswegen wird sein baulicher Niedergang und seine eingeschränkte Nutzbarkeit selbst in der Umgebung von Halle bedauert. Mit Freude nehmen die Menschen die Nachricht auf, dass dieser Vorgang endlich umgekehrt werden soll. Immer wieder wurde und wird die Frage gestellt, wie es mit diesem Ort, an dem so viele Erinnerungen hängen, weiter geht, wann man endlich wieder an frühere gute Erlebnisse anknüpfen kann, an die Jahrzehnte mit den vielen Tanzveranstaltungen, an Theater, Musik und Ausstellungen, aber auch an den Herbst 1989 und ungezählte Begegnungen.

Und in der Tat, der Volkspark wird nicht im Stich gelassen. Er soll wieder zu einem Haus für die Bevölkerung der Stadt und ihrer Umgebung werden, in dem mit heu-

tigen Bedürfnissen und Möglichkeiten an seine 100-jährige Tradition angeknüpft wird. Das jedenfalls ist das Ziel des Vereins Volkspark Halle e. V. Er möchte diese gemeinnützige Aufgabe mit Unterstützung öffentlicher und privater Hilfe in überschaubarer Zeit erfüllen und das Haus schrittweise der Bürgerschaft wieder zur vielfältigen Nutzung zur Verfügung stellen. Inzwischen gibt es ermutigende Teilerfolge. Umfangreiche Arbeiten zum Brand- und Lärmschutz haben begonnen, die Pläne zur weiteren Instandsetzung sind weit gediehen und haben gute Aussichten auf baldigen Erfolg. Sogar ein moderner Kindergarten wird für junges Leben in der alten Umgebung sorgen, denn viele Hilfen stehen auch für solche neuen Aufgaben in Aussicht. Der Verein begnügt sich keineswegs damit, die weitere sehr erfolgreiche Nutzung der schönen Räume für Ausstellungen der Kunsthochschule Burg Giebichenstein zu sichern und kleinere Treffen zu ermöglichen, sondern auch der große Saal wird wieder bedeutende Veranstaltungen erleben, alles begleitet von einer dauerhaft leistungsfähigen Gastronomie. Selbstverständlich wird sich damit das gesamte Erscheinungsbild deutlich verbessern, ohne dass der während eines ganzen Jahrhunderts gewachsene besondere Reiz des Volksparks verloren geht.

Im Zentrum gegenwärtiger Bemühungen steht auch die Frage, welche Interessengruppen hier ihre Heimat finden könnten. Durch Initiativtreffen eines breiten Spektrums verschiedener Akteure einschließlich Jugendlicher wird ausgelotet, welche Räume mit welchen Möglichkeiten einer immer größeren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können, damit auch dem ständigen Auftrag zur Entwicklung der Demokratie Rechnung getragen wird. Jedenfalls ist der Volkspark auf einem guten Weg, nicht nur ein Ort der Kultur und der Bildung zu werden, sondern auch ein Zentrum für bürgerschaftliches Engagement und demokratische Entwicklungen. Das kann gelingen, weil der Volkspark im Bewusstsein der Bevölkerung noch immer auch in diesem Sinne verankert ist.

# DIE KOMMUNE HALLE/SAALE IM 19. JAHRHUNDERT – ORTE DER ERINNERUNG DEMOKRATISCHER ENTWICKLUNG

WOLFGANG D. HERZFELD, AHRENSBURG

*„Die Geschichte der Nation ist abstrakt. Sie steht irgendwann im Geschichtsbuch und wird in der Schule gelernt. Die Geschichte der Stadt ist dagegen vielstimmig. Sie befindet sich immer in einem Prozess und wird gemacht und entschieden von den Menschen, die dort leben." (Aleida Assmann)*

In diesem Jahr 2020 ist es nun 150 Jahre her, dass sich Ludwig Herzfeld nach Jahren im schlesischen Sprottau mit seiner großen Familie in Halle an der Saale niederließ. Hier sollte er 30 Jahre politisch wirken und 1911 zu Grabe getragen werden.

Einige Monate nach seiner Ankunft, im Juli 1870, brach der Deutsch-Französische Krieg aus, an dem auch zwei seiner Söhne teilnahmen. In dessen Verlauf wurde im Schloss zu Versailles am 18. Januar des darauffolgenden Jahres der Preußische König Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser ausgerufen, womit der Gründungsakt des neuen Deutschen Reiches vollzogen war.

Wir finden im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland zwei Ebenen demokratischer Entwicklung. Auf Reichsebene kam sie im strukturellen Aufbau des Staates zum Ausdruck, aber auch im allgemeinen und geheimen Wahlrecht (für Männer) sowie in der Entwicklung der politischen Parteien und ihrer gesetzgebenden Rolle im Reichstag.[1] Zum anderen ist auf kommunaler Ebene in Preußen seit 1808, also bereits vor 1848, eine demokratische Entwicklung zu verzeichnen.[2]

Das Deutsche Reich sollte zum Teil die Kulisse für Ludwig Herzfelds parteipolitische Tätigkeit bieten, seine kommunalpolitische spielte sich auf der Bühne des Gerichts- oder des Sitzungssaals der Stadtverordnetenversammlung von Halle ab. Max Webers Bemerkung, Politik sei das Bohren von dicken Brettern, kennzeichnet besonders auch Ludwig Herzfelds kommunalpolitische Bemühungen.

Wenden wir uns zunächst seiner Person zu. Am 12. September 1819 kam Ludwig Herzfeld als Kind jüdischer Eltern im schlesischen Guhrau zur Welt, der Vater war Schnittwarenhändler. Seine Schulzeit war durch viele Entbehrungen geprägt. Dank seiner hohen Intelligenz konnte er 1837 an der damaligen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin das Studium der Rechtswissenschaft aufnehmen. Die Taufe im Jahre 1838 sollte es später Ludwig Herzfeld ermöglichen, in den preußischen Justizdienst einzutreten. So legte er knapp zwei Jahre danach am Berliner Kammergericht sein Erstes

Staatsexamen ab, bestand in Görlitz die Referendarprüfung und beendete 1846 in Berlin erfolgreich seine Ausbildung mit dem Assessorexamen.

Ludwig Herzfeld machte sich schnell einen Namen als Rechtsanwalt und Notar im schlesischen Sprottau. Während dieser Zeit lernte er seine spätere Gattin Marie Clementine Wüsthoff kennen. Aufgrund seiner erfolgreichen Tätigkeit als Anwalt adliger Familien war er in der Lage, im kleinen Mückendorf ein Landhaus zu erwerben und in der bürgerlichen Oberschicht Fuß zu fassen. Wegen seines kommunalpolitischen Wirkens erhielt er in Sprottau die Ehrenbürgerwürde, noch bevor ihm die wesentlich größere Stadt Halle diese Auszeichnung zuteilwerden ließ.

Im Jahr 1870 bewog ihn die Ausbildung der mittlerweile elf Kinder – neun Jungen und zwei Mädchen –, den Wohnsitz der Familie nach Halle zu verlegen. Der ausgezeichnete Ruf der dortigen Universität bekräftigte den Entschluss. 1873 ließ Herzfeld das Haus Martinsberg 4 (jetzt Wilhelm-Külz-Straße) bauen, das bis 1922 im Besitz der Familie blieb.[3]

In Halle hat er nicht nur als liberaler Parteipolitiker, wie wir noch sehen werden, sondern ebenso als Stadtverordneter und Mitglied in wichtigen Ausschüssen gewirkt. Auch die Einrichtung der städtischen Sparkasse geht auf ihn zurück. Als Anerkennung für seine Verdienste wurde er am 23. Oktober 1899, dem Tag seiner Goldenen Hochzeit, zum Ehrenbürger Halles ernannt.

Geistig war er wie viele seiner Zeitgenossen einem handfesten aufklärerischen Liberalismus verpflichtet, was sich unter anderem in seiner politischen Betätigung während der 1848er Revolution zeigt: Er begründete den Demokratischen Verein im schlesischen Sagan und hinterließ verschiedene Verfassungsentwürfe. Auch parteipolitisch setzte er sich für die Liberalen ein, so stand er in Halle dem Wahlverein der Vereinigten Liberalen vor. Die von ihm geleitete Anwaltssozietät, der seine Söhne Albert und Wolfgang angehörten, machte sich einen Namen durch die Verteidigung im halleschen Sozialistenprozess.

Herzfeld galt als willensstarke Persönlichkeit, seine Vitalität behielt er bis ins hohe Alter. Nachdem er sich mit 80 Jahren „zur Ruhe“ gesetzt hatte, begab er sich verstärkt auf Reisen oder nutzte die arbeitsfreie Zeit dafür, sich in seine Lieblingslektüre zu vertiefen, etwa die Werke des britischen Politikers und Historikers Thomas Macauly.

Das Haus am Martinsberg mit dem prächtigen Garten zur Schimmelstraße blieb der Mittelpunkt der unablässig wachsenden Familie. Wegen der zwölf Kinder – 1878 war der jüngste Sohn Reinhold in Halle zur Welt gekommen – und später 34 Enkelkinder, die Ludwig Herzfeld noch erlebte, wurde er in Halle „der Patriarch“ genannt.

Ludwig Herzfeld starb im April 1911 und wurde auf dem Nordfriedhof, wo bereits seine Frau Marie Clementine und deren Mutter ihre letzte Ruhe gefunden hatten, neben seinem früh verstorbenen Sohn Reinhold beigesetzt.

Betrachtet man Ludwig Herzfelds parteipolitische Betätigung, lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass er seiner aufklärerisch-liberalen Grundhaltung von 1848/49 bis 1899, ja bis zu seinem Lebensende treu blieb.[4]

Die Geschichte des parteipolitischen Liberalismus von der Fortschrittspartei bis zur Bildung der Nationalliberalen im Zuge der Konstituierung des Norddeutschen Bundes und des Reiches bis hin zur Abspaltung des linken Flügels unter Eduard Lasker, Max von Forckenbeck und Ludwig Bamberger, der Sezession beziehungsweise der Liberalen Vereinigung (1880)[5] und deren Fusion mit dem Freisinn unter Eugen Richter (1884) kann im Einzelnen hier nicht nachgezeichnet werden. Inhaltliche Ziele waren die deutsche Einheit, die Ausbildung des Verfassungsstaats (konstitutionelle Monarchie), Freihandel, Zurückdrängung des klerikalen Einflusses (Unterstützung der Kulturkampfpolitik Bismarcks), Säkularisierung auf dem Gebiet der Gesetzgebung (Zivilehe) im Reich; staatliche Schulaufsicht, verbunden mit der Verstärkung säkularer Inhalte im Volksschulunterricht („Allgemeine Bestimmungen" unter Kultusmister Adalbert Falk) in Preußen.

Zu Bruchstellen mit der Politik Bismarcks wurden das Sozialistengesetz, die Schutzzollpolitik und der Zeitraum der Bewilligung der Militärausgaben (Septenat). Diese politischen Grundzüge finden wir seit 1870 spiegelbildlich auch auf kommunaler Ebene in Halle. Bei den Diskussionen über organisatorische und inhaltliche Fragen, sei es die Aufstellung von Wahlmännern für die Urwahlen, der Kandidaten zu den Wahlen des Preußischen Abgeordnetenhauses oder des Reichstages, sollten sie nun Spiegelberg, Boretius oder Mayer heißen[6], finden wir Ludwig Herzfeld federführend und meist als Vorsitzenden bei Tagungen der Liberalen, wobei er weitgehend die Linie seines Freundes aus Glogauer Tagen, Max von Forckenbeck, vertritt.

Am Beispiel seiner Haltung zum Abgeordnetenmandat und zum Sozialistengesetz sowie seiner Stellung zur „Liberalen Vereinigung" in Halle soll seine liberale Position aufgezeigt werden. Die Kandidatenaufstellungen für die Stadtverordnetenwahlen im November 1881 waren überschattet vom Streit um eine erneute Kandidatur des Oberlehrers Dr. Richter, der sich, obwohl ihm die Bestätigung durch das Provinzialschulkollegium fehlte, erneut zur Wahl stellen wollte. Ludwig Herzfeld vertrat auf mehreren Veranstaltungen, so auch vor dem liberalen Wahlverein, dezidiert die Abgeordnetenrechte:

„Das Wahlrecht der Bürger darf von keiner Seite Beeinträchtigung erfahren. Durch diese Angelegenheit ist eine Brandfackel in unser bürgerliches Leben hineingeworfen. Wenn diese Sache nicht in dem Sinne ausgetragen wird, dass die Bürgerschaft ihre Rechte wahrt, so ist es nicht ausgeschlossen, dass derselbe Fall später ähnliches Vorgehen ermuntert. Auf die Gefahr hin, dass der Stuhl des Dr. R. im Stadtverordnetensaale immer und immer wieder leer bleibt, ist es dennoch dringend geboten, diesen Herren wieder zu wählen." [7]

Das Hallesche Tageblatt beschrieb eine Versammlung des Wahlvereins der Vereinigten Liberalen vom 5. Juni 1879: „Bei den Berathungen präzisierte Herzfeld seinen Standpunkt gegenüber dem am 23. Mai dem Reichstage zur ersten Berathung vorgelegten Gesetze gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie. Seine Ansicht ging dahin, dass er nicht nur damals, als das Gesetz zur Vorlage kam, sondern auch heute, wo die Situation eine veränderte sei, sich kaum entschließen könne, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Hauptaufgabe liege jedoch nicht am Staate, sondern an sämmtlichen Gegnern der Sozialdemokratie, welche endlich die bisherige Gleichgültigkeit abwerfen und künftig hin nicht nur raisonniren, kritisieren und negiren müßten. Weit entfernt sei er aber, die Bestrebungen der Sozialdemokratie durch polizeiliche Willkür oder nach bloßem polizeilichem Ermessen bekämpft zu sehen. Denn nur allzuschwer sei es zu beurtheilen, wie weit die Grenzen gingen, bis zu welchen ein Vorgehen einer Partei gesetzlich gestattet sei. Wohl wolle er Vorsichtsmaßnahmen anerkennen, aber allenthalben müsse es der richterlichen Entscheidung überlassen bleiben, Strafen, selbst verschärfte, zu verhängen." [8]

Die grundlegende Einstellung in dieser Frage wurde auch deutlich, als er im halleschen Sozialistenprozess die Verteidigung durch seinen Sohn Albert Herzfeld – als Mitglied der Sozietät – übernehmen ließ; der Prozess endete mit Freisprüchen für die Angeklagten.[9]

Ein persönlicher Erfolg dürfte für Ludwig Herzfeld die Organisation des Parteitages der Provinz Sachsen gewesen sein. Nachdem sich die „Liberale Vereinigung" konstituiert hatte, konnte er zum 30. Januar 1881 (im Hotel „Stadt Hamburg") zu einem Parteitag der Provinz Sachsen einladen, auf dem sich führende Berliner Politiker (von Forckenbeck, Kapp, Rickert u. a.) angesagt hatten. Die Vorbesprechungen fanden in seinem Haus Martinsberg 4 statt.

Auf dem Parteitag wurde Ludwig Herzfeld zum Vorsitzenden gewählt. Nach längerer Diskussion über die Länge der zu verabschiedenden Resolution einigte man sich auf folgende Fassung:

„Wir schließen uns im Einverständnis mit der Erklärung der Herren v. Forckenbeck und Genossen vom 31. August dem Streben derselben nach Bildung einer großen liberalen Partei an und sind fest entschlossen, indem wir jede Nachgiebigkeit gegen die heutigen reactionären Bestrebungen für einen verhängnisvollen Fehler halten, der rückläufigen Bewegung auf dem Gebiete der inneren Politik mit allen verfassungsmäßigen Mitteln, insbesondere durch Wahl entschieden liberaler Abgeordneter entgegenzutreten." [10]

Trotz bestehender Gegensätze bestand im Hintergrund die Hoffnung – das wird auch aus der Resolution deutlich –, die Einheit des Liberalismus bewahren oder wie-

derherzustellen zu können, wohl auch im Hinblick auf einen erhofften Thronwechsel, um so auf parteipolitscher Ebene den zukünftigen Monarchen stützen zu können; Max von Forckenbeck bewegte sich im Kreise des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des späteren „Hundert-Tage-Kaisers" Friedrich III.

*Die Städte sind auch heute der Ort, wo eine vergessene Demokratiegeschichte durch wissenschaftliche Forschung und zivilgesellschaftliche Initiativen wiederentdeckt und gewürdigt wird. (Aleida Assmann)*

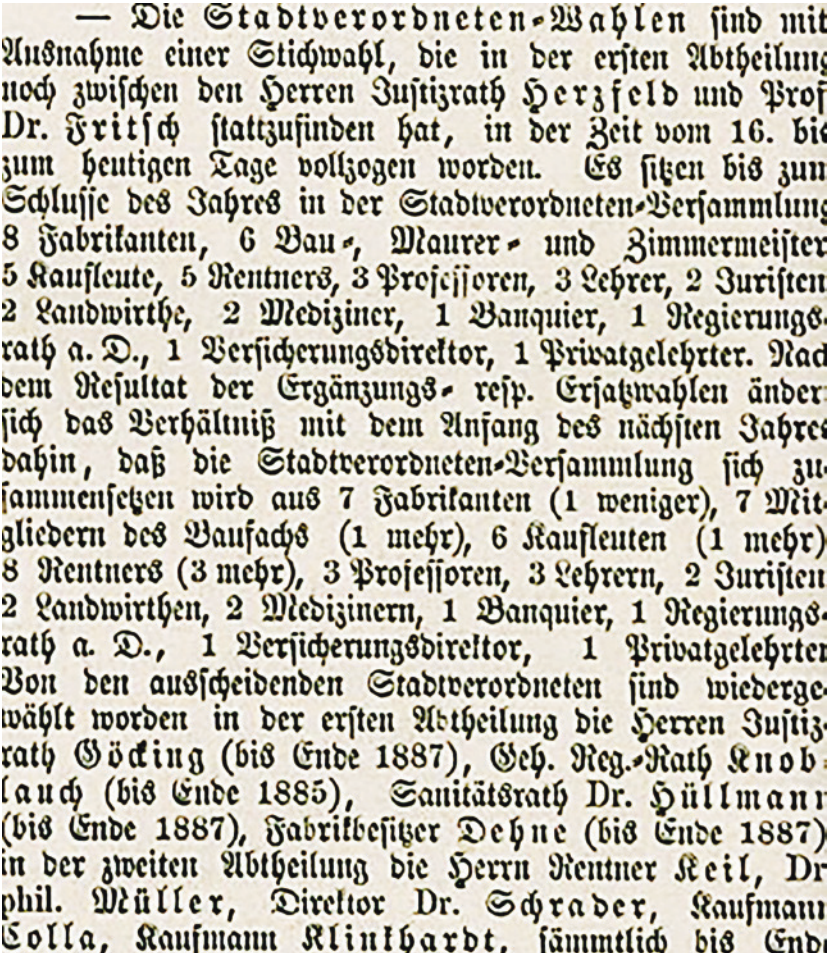
Werfen wir aber nun einen Blick auf die „demokratische" Entwicklung der Kommunen, die während des 19. Jahrhunderts und bis zum Ende des Ersten Weltkriegs weitgehend von den liberalen Kräften getragen wurde.

Durch die Stein'sche Städteordnung von 1808, die in Halle an der Saale, bedingt durch die französische Herrschaft, erst nach 1815 zum Tragen kam,[11] „wurde die Autonomie der Stadtgemeinden gestärkt, der Staatseinfluss beschränkt und die Trennung zwischen beschließenden und ausführenden Organen institutionalisiert".[12] Die gewählte Stadtverordnetenversammlung, überwiegend ehrenamtliche Mitglieder, die „nicht nur eine ständische Gruppe, sondern die gesamte Gemeinde repräsentieren" sollten[13], verfügte über weitreichende Kompetenzen. Zu ihrer vornehmsten Aufgabe gehörte die Wahl des Magistrats. „Dieser war das kollegial organisierte Vollzugsorgan der Stadtverwaltung. An der Spitze stand der Bürgermeister, dessen Wahl wie die der Magistratsmitglieder von der Staatsregierung bestätigt werden musste. Für die verschiedenen Verwaltungsbereiche wurden Kommissionen eingesetzt. Die zentrale Aufgabe der Selbstverwaltung ergab sich aus der Verantwortung für den städtischen Haushalt. […] Trotz dieser Ansätze einer repräsentativen Gemeindeverfassung gab es weiterhin ständische Elemente. So blieb die Trennung unterschiedlicher Gruppen bestehen. Die vollen Rechte waren weiter den (männlichen) selbständigen Besitzbürgern vorbehalten. Zum Erwerb des Bürgerrechtes verpflichtet waren Grundeigentümer und Gewerbetreibende. Grundsätzlich stand das Bürgerrecht aber auch anderen offen. Dazu zählten die städtischen Unterschichten, die im Allgemeinen Landrecht als Schutzverwandte bezeichnet wurden, und die Eximierten." [14]

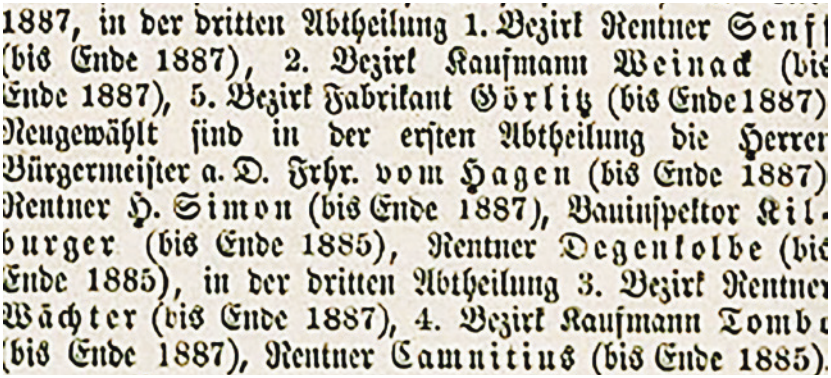
Im Zuge der Restauration nach dem Sieg über Napoleon wurde die Städtereform immer mehr zurückgenommen. Mit den Novellierungen der preußischen Städteordnung von 1831 und, in Folge des Scheiterns der bürgerlichen Revolution von 1848/49, von 1853 wurden die Aufsichtsrechte des Staates gegenüber den Kommunen wieder verstärkt. Das Mitspracherecht der Bürger wurde beschränkt und die Stellung des Magistrats, der nun mehr eigenständige Entscheidungen tref-

fen konnte, gegenüber dem Bürgervorsteherkollegium ausgebaut, jedoch blieb die Stadtverordnetenversammlung oberstes kommunales Gremium, „als deren Vollzugsorgan […] der Magistrat" fungierte.[15]

Zusätzlich wurden die Bürgerrechte auf alle Stadtbewohner ausgedehnt. Das Wahlrecht, von dem Frauen nach wie vor ausgeschlossen waren, blieb einkommensabhängig, allerdings wurde das Dreiklassenwahlrecht verändert: „Alle ‚Einwohner' erhielten nunmehr aktives Wahlrecht (soweit sie Männer waren und einen gewissen Steuersatz entrichteten). Der Unterschied zwischen Bürgern und Schutzverwandten wurde aufgehoben. Der Bürgerbegriff wurde erweitert, Selbständige mit eigenem Hausstand und bestimmtem Steuerbetrag einbezogen."



— Die Stadtverordneten-Wahlen sind mit Ausnahme einer Stichwahl, die in der ersten Abtheilung noch zwischen den Herren Justizrath Herzfeld und Prof Dr. Fritsch stattzufinden hat, in der Zeit vom 16. bis zum heutigen Tage vollzogen worden. Es sitzen bis zum Schlusse des Jahres in der Stadtverordneten-Versammlung 8 Fabrikanten, 6 Bau-, Maurer- und Zimmermeister 5 Kaufleute, 5 Rentners, 3 Professoren, 3 Lehrer, 2 Juristen 2 Landwirthe, 2 Mediziner, 1 Banquier, 1 Regierungsrath a. D., 1 Versicherungsdirektor, 1 Privatgelehrter. Nach dem Resultat der Ergänzungs- resp. Ersatzwahlen ändert sich das Verhältniß mit dem Anfang des nächsten Jahres dahin, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich zusammensetzen wird aus 7 Fabrikanten (1 weniger), 7 Mitgliedern des Baufachs (1 mehr), 6 Kaufleuten (1 mehr) 8 Rentners (3 mehr), 3 Professoren, 3 Lehrern, 2 Juristen 2 Landwirthen, 2 Medizinern, 1 Banquier, 1 Regierungsrath a. D., 1 Versicherungsdirektor, 1 Privatgelehrter Von den ausscheidenden Stadtverordneten sind wiedergewählt worden in der ersten Abtheilung die Herren Justizrath Göcking (bis Ende 1887), Geh. Reg.-Rath Knoblauch (bis Ende 1885), Sanitätsrath Dr. Hüllmann (bis Ende 1887), Fabrikbesitzer Dehne (bis Ende 1887) in der zweiten Abtheilung die Herrn Rentner Keil, Dr phil. Müller, Direktor Dr. Schrader, Kaufmann Colla, Kaufmann Klinkhardt, sämmtlich bis End


1887, in der dritten Abtheilung 1. Bezirk Rentner Senf
(bis Ende 1887), 2. Bezirk Kaufmann Weinack (bis
Ende 1887), 5. Bezirk Fabrikant Görlitz (bis Ende 1887)
Neugewählt sind in der ersten Abtheilung die Herren
Bürgermeister a. D. Frhr. vom Hagen (bis Ende 1887)
Rentner H. Simon (bis Ende 1887), Bauinspektor Kil-
burger (bis Ende 1885), Rentner Degenkolbe (bis
Ende 1885), in der dritten Abtheilung 3. Bezirk Rentner
Wächter (bis Ende 1887), 4. Bezirk Kaufmann Tombt
(bis Ende 1887), Rentner Camnitius (bis Ende 1885).

16

Waren es noch Grundbesitzer-, Mieter- oder Stadtviertelvereine, die ihre unterschiedlichen Interessen formulierten, so gewannen gleichzeitig die Parteien in den Kommunalwahlen an Gewicht, „schließlich, nach 1900, beherrschen sie sie. Dafür spielt der […] Gegensatz zwischen Liberalen und Zentrum die Hauptrolle und dann das Auftreten der Sozialdemokraten, aber auch die liberalen Bürger organisieren sich entlang den konservativ-progressiven Parteischeidungen (auch wenn manchmal hinter dem Parteinamen ‚liberal' noch die alte Vereinsoligarchie steht). Kurz, die Kommunalwahlen werden zunehmend und durchgreifend von den Parteien politisiert, auch wenn es in den Stadtparlamenten noch lange keine festen Fraktionen gibt. Das Zentrum wird mehrheitsfähig, nicht dagegen die Sozialdemokratie – selbst bei gleichem Wahlrecht hatte sie nur beim System der Verhältniswahl Chancen. […] Man muß insgesamt, neben der Politisierung der Kommunalwahlen und der Kommunalpolitik durch die Parteien, den anderen Grundzug festhalten: Die Städte blieben Bastionen des Liberalismus, das ist angesichts der gesamtpolitisch schlechten Lage des Liberalismus, seines geringen Einflusses, seiner fehlenden Gestaltungsmöglichkeit von nicht geringer Bedeutung; hier war auch noch ein Feld öffentlicher Karriere für Liberale gegeben." [17]

Trotz aller Einschränkungen kann die Stadt im 19. Jahrhundert als Ausgangspunkt tiefgreifender Veränderungen im preußischen Staat und seiner Gesellschaft betrachtet werden. Sie wird „Trägerin der Liberalisierung sowie der Demokratisierung und entwickelt sich zu einem Experimentierfeld für das ökonomische, soziale und kulturelle Engagement." [18]

Thomas Nipperdey betont in seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts die Bedeutung der städtischen Kommunen für die Gesamtentwicklung des neuen Deutschen Reiches und umreißt deren Aufgabenbereiche.[19] In Halle an der Saale gehörten die wichtigsten davon zum Tätigkeitsbereich von Ludwig Herzfeld als Stadtverordnetem.

In diesem Zusammenhang sei auf den Beitrag „Bebauung nach Plan" in dem Themenheft „Moderne und Revolution" verwiesen, der den groß angelegten Stadtumbau Halles zu einer modernen Großstadt zwischen Gründerzeit und Erstem Weltkrieg beschreibt.[20] Hier werden die Vertreter des Magistrats gewürdigt. Die Stadtverordnetenversammlung, ohne deren Rat und Zustimmung die vielen Bauprojekte nicht hätten realisiert werden können, wird nicht erwähnt. Sicher wäre die Rolle, die sie bei der Stadtentwicklung spielte, eine Untersuchung wert. Auch der Aspekt der Finanzierung dieser Projekte und die Rolle der Städtischen Sparkasse, in deren Direktorium Ludwig Herzfeld seit 1887 Mitglied war, darf nicht vergessen werden.

Nach ersten vergeblichen Anläufen gelang es Ludwig Herzfeld, im Zuge von Nachwahlen im Dezember 1883 als Stadtverordneter gewählt zu werden. Am 19. März 1884 nahm der neue Stadtrat seine Arbeit auf. Herzfeld wurde von nun an bis zu seinem Ausscheiden 1901 jedes Mal wiedergewählt. Nach seiner Wahl war er seltener als Verteidiger im Gerichtssaal zu erleben.[21] Seine Tätigkeit für die Kommune nahm nun den größten Teil seiner Arbeitskraft in Anspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung bildete zahlreiche Ausschüsse, unter anderem eine Schul-, eine Bahnhofs- und eine Verschönerungskommission. Die beiden wichtigsten Ausschüsse dürften der Bau- und der Finanzausschuss gewesen sein, insbesondere letzterer, denn die meisten Vorhaben waren von zu bewilligenden Geldmitteln abhängig. Weil Ludwig Herzfeld in beiden vertreten war, finden wir ihn bei wichtigen Projekten als Referenten oder Ko-Referenten. Dazu kam, dass sein juristisches Urteil gefragt war, sei es bei Kauf oder Verkauf, Pacht oder Verpachtungen von Liegenschaften oder bei Schadenersatzansprüchen.

Als Mitglied der genannten Ausschüsse war er im Straßenbau präsent – von der Pflasterung bis zur Verbreiterung von Straßen oder der Durchsetzung der Fluchtlinienverordnung. Auch die Umstellung von der Pferdebahn zu einer elektrisch betriebenen Straßenbahn stand auf der Tagesordnung. Bei den entsprechenden Verhandlungen mit der AEG könnten seine alten Kontakte zu Emil Rathenau eine Rolle gespielt haben. Ihre Söhne Albert Herzfeld und Walter Rathenau setzten später diese Verhandlungen fort.

Dazu kamen Projekte der Wasserversorgung, etwa die Installierung von Wassermessgeräten, oder des Wohnungsbaus – der Bau von Arbeiterwohnungen –, die Ludwig Herzfeld als Stadtverordneter von 1883 bis 1901 begleitete. Und nicht zuletzt zeigte er sich immer offen für die Bewilligung von Mitteln für das Bildungswesen, sei es bei der Lehreranstellung oder der Nachbewilligung für einzelne Schulen, angefangen vom Gymnasium über die Höheren Mädchenschulen bis zur Gewerbeschule.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit hatte er aber auch familiäre Verpflichtungen, die sich bald auf die Enkelkinder erstreckten.

Relativ ungetrübt konnte Ludwig Herzfeld seinen 70. Geburtstag am 12. September 1889 im Kreise der Familie begehen. Aus diesem Anlass erreichten ihn nicht nur die Ehrungen der Berufskollegen und der kommunalen Vertreter, ihm wurde auch der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Der krönende Abschluss für seine kommunale Tätigkeit war die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Halle. Am 16. Oktober 1899 wurde sie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, am Tag seiner Goldenen Hochzeit, am 23. Oktober, einen Tag nach seinem 60-jährigen Dienstjubiläum, bekam er die Urkunde überreicht.

*Ein Gedächtnis, das eine Gruppe miteinander teilt und zu seiner eigenen Vergewisserung aufbaut, braucht Stützen in Raum und Zeit. Mit anderen Worten: Es braucht konkrete Orte und Anlässe, um sich zu kristallisieren, um als gemeinsamer Bezugspunkt sinnlich konkret und immer wieder präsent zu werden*. (Aleida Assmann)

Wir haben die Kommunalverfassung als Basis demokratischer Entwicklung angesprochen. In diesem Zusammenhang bieten sich als „Orte der Erinnerung" in Halle an der Saale an: Zum einen das Grundstück Martinsberg 4; das repräsentative dreigeschossige Gebäude, in dem Ludwig Herzfeld mit seiner Familie lebte und das ein Zentrum des parteipolitischen Liberalismus in Halle war, wurde 2006 abgerissen. Erhalten ist dagegen noch das Haus Wilhelm-Külz-Straße 2–3 (jetzt Volksbank Halle), in dessen Räumen sich die Rechtsanwalts- und Notariatspraxis seiner Söhne (Albert und Wolfgang) und Enkel (Heinrich und Friedrich) befanden.

Zum anderen ist auch der Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung ein Erinnerungsort seines kommunalpolitischen Wirkens. Das Alte Rathaus wurde zwar ebenfalls abgerissen, aber sein Wiederaufbau ist im Gespräch.

Eine andere Stelle wäre das Familiengrab auf dem Nordfriedhof mit der „Stele", die an Ludwig Herzfelds kommunale Verdienste und die damit verbundene Ehrenbürgerschaft erinnert.

Derzeit gedenkt die Stadt Halle Ludwig Herzfelds bereits mit einem Straßennamen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Dezember 1990 wurde die Umbenennung eines Teils der Straße „Kinderkombination" in einem Neubauviertel im Süden der Stadt in Ludwig-Herzfeld-Straße beschlossen. Das Stadtmuseum Halle lud 2019 alle Anwohnerinnen und Anwohner der Straße per Flugblatt ein, einen Vortrag des Autors zum 200. Geburtstag von Ludwig Herzfeld (*12. September 1819) zu besuchen. Im Ratshof wird des liberalen Ehrenbürgers in der Galerie aller Ehrenbürger, darunter auch Hans-Dietrich Genscher, gedacht.

1 Ich teile in diesem Punkt nicht Aleida Assmanns Meinung: „Deutschland wurde ja nicht 1848 im Vormärz der Paulskirche, sondern erst 1918 nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg eine Demokratie", dass dem entsprechend das Kaiserreich bar jeder demokratischen Tradition gewesen sei.
2 Auf die Länderebene soll hier nicht weiter eingegangen werden.
3 Ludwig Herzfeld erwarb 1873 das Grundstück Martinsberg 4 und ließ ein repräsentatives Haus darauf errichten, das sowohl zum Mittelpunkt der Familie als auch des parteipolitischen Liberalismus in Halle wurde. Nach 1945 setzte die LDPD die Tradition fort, indem sie in dem Haus, nun Wilhelm-Külz-Straße 4, ihr Domizil aufschlug.
4 Zu Ludwig Herzfelds Verhältnis zum parteipolitischen Liberalismus in der Zeit von 1849-69 liegen kaum Quellen vor. Seit 1849 hatten sich die Liberalen Freiheit und nationale Einheit in Verbindung mit der Vertiefung des Verfassungsgedankens auf ihre Fahnen geschrieben, dazu gehörte die parlamentarische Budgethoheit. Mit dem Sturz des liberalen Ministeriums in Preußen und der Anbahnung des Verfassungskonflikts von 1862 kam es zu einer Annäherung der Altliberalen mit den Demokraten. Es bildete sich die Fraktion „Forckenbeck", aus der die Deutsche Fortschrittspartei entstand. Vermutlich hat sich Ludwig Herzfeld im Fahrwasser seines Freundes Max von Forckenbeck bewegt.
5 Ludwig Bamberger, Die Sezession. Nach dem Buch von 1881 in der Ausgabe von 1897 neu herausgegeben von Hansjörg Walther, Frankfurt am Main 2016.
6 Bei den Reichstagswahlen 1873 unterstützte das Wahlkomitee unter der Federführung von Ludwig Herzfeld den nationalliberalen Kandidaten Alfred Boretius, nach der Sezession unter Forckenbeck wurde der Vertreter der Liberalen Vereinigung Meyer favorisiert. „Heute Nachmittag hielt die *sezessionistische Partei* hier selbst eine Versammlung ab. Der große Saal des hiesigen Schützenhauses war sehr gefüllt. Den Vorsitz führte Herr Justizrath Herzfeld=Halle und führte in seiner Ansprache die genannte Partei ein. Sodann erörterte Herr Dr. *Alexander Meyer=Berlin*, wie der Riß zwischen dem linken und rechten Flügel der Liberalen entstanden sei und legte seinen politischen Standpunkt in kurzen Umrissen dar. Der sezessionistischen Partei traten Herr Kaufmann C. Schulz und Herr Ziegeleibesitzer *R. Freymuth=Cönnern* gegenüber. Beide Redner empfahlen, dem Herrn Prof. Boretius bei der nächsten Wahl treu zu bleiben. Während die Herren Dr. *Richter*=Halle, Justizrath *Herzfeld*=Halle und Gastwirth *Angermann*=Löbejün für Herren Dr. Meyer sprachen. Mit einem Hoch auf unsern Kaiser schloß der Vorsitzende die Versammlung." (Cönnern, 6. November 1878, in: Hallesche Zeitung vom 7. November1878.)
7 Hallesches Tageblatt vom 15. April 1880, No. 88, S. 603.
8 Hallesches Tageblatt vom 8. Juni1879, No. 132, S. 844.
9 Zwar wurde der im Prozess vom 13. Februar 1888 erwirkte Freispruch seinem Vater Ludwig Herzfeld zugeschrieben, aber es ist ziemlich eindeutig, dass die Verteidigung von Rechtsanwalt (Albert) Herzfeld geleitet wurde. Ludwig wird in den Prozessen immer als Justizrat bezeichnet, eine Woche vor Prozessbeginn wurde Wilhelm Liebknecht wegen der Übernahme (3. Verteidiger) bei ihm vorstellig – er lehnte ab. Am Tage des Prozesses finden wir ihn in der Stadtverordnetenversammlung. In jedem Fall lässt sich sagen, dass die Anwaltssozietät Ludwig Herzfeld [& Söhne] die Verteidigung im Sozialistenprozess übernommen hat.
10 Hallesches Tageblatt vom 1. Februar 1881, No. 26, S. 196.
11 Zur kommunalen Entwicklung Halles sei verwiesen auf: C.H. Freiherr vom Hagen, vom: Die Stadt Halle, nach amtlichen Quellen historisch-topographisch-statistisch dargestellt. Zugleich Ergänzung und Fortsetzung der Dreyhaupt'schen Chronik, 2 Bände, Halle 1867-1880 [Hagen].
12 Franzke, Jochen: Modelle städtischer Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Das Beispiel der Stadt Potsdam, in: Büchner, Christiane; Musil, Andreas (Hrsg.): Die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam im Wandel der Zeit. Potsdam. KWI Schriften 5, o. J., siehe online: kwi_schriften05.pdf (uni-potsdam.de) [05.11.2020].
13 „Das neue preußische städtische Wahlrecht war an einen vergleichsweise niedrigen Zensus gebunden. Die Stadtverordneten konnten von allen männlichen Bürgern mit Besitz von Grund und Boden, mit einem Einkommen von mindestens 15 Talern oder gegen eine Gebühr gewählt werden." (Ebd.)
14 Ebd.
15 Ebd., S. 61; „Ihre Bestimmungen über die Stellung und Befugnis der beiden städtischen Behörden gegeneinander im Allgemeinen waren zu unbestimmt und verschwommen. Insbesondere enthielt die Gegenüberstellung der Stadtverordneten-Versammlung, als der beschließenden und kontrollierenden und des Magistrats als der nicht allein ausführenden, sondern zugleich über die Beschlüsse der kontrollierenden Versammlung selbständig beschließende (also gewissermaßen eine kontrollierende über die Kontrolle ausübende Behörde) einen unlöslichen Widerspruch. Mängel, welche, wenn oft unabsichtlich, zu gegenseitiger

Kompetenzüberschreitung und zu Konflikten führen, die in der Regel, um nicht die Entscheidung über die Aufsichtsbehörden anrufen zu müssen, durch schwächliche, das gegenseitige Machtgebiet im Unklaren lassende und präzisierende ausgleichende passi ausgegeben werden." (Hagen)

16 Hallesche Zeitung vom 1. November 1881.

17 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte. 1866-1918. 2 Bände. Band 2: Machtstaat vor der Demokratie. München 1990 [Nipperdey], S. 158.

18 Jörg Bogumil, Lars Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Wiesbaden 2006, S. 15, zitiert nach Franzke, S. 61.

19 „Die Tätigkeit der Städte nun dehnt sich gewaltig aus, entsprechend wachsen ihre Aufgaben. Zuerst übernahmen auch die mittleren Städte das, was die größeren für ihre stetig wachsende Bevölkerung schon seit der Mitte des Jahrhunderts machten: Straßenpflasterung, -reinigung und -beleuchtung; Bereitstellung ausreichender Krankenhäuser – die Städte werden erst jetzt Hauptträger des gewaltig expandierenden Krankenhauswesens, Armenhäuser, Schulen. Dann wird die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, die ‚Stadtsanierung' eine Hauptaufgabe: die Wasserversorgung, die Kanalisation, die Müllabfuhr und -beseitigung, die Einrichtung kommunaler Schlachthöfe, die Lebensmittelkontrolle; die Großstädte fangen auch damit – in der Reichsgründungszeit – an." (Nipperdey, S. 159-160). Dazu kommen später verschiedene Wirtschaftsunternehmen (in Halle etwa die Sparkasse), die Bauplanung bekam ihr besonderes Gewicht, wobei auch die Bauordnung ausgestaltet werden musste, insgesamt ist eine überproportionale kommunale Bautätigkeit zu verzeichnen.

„Schließlich die großen Versorgungsbetriebe der neuzeitlichen Technologien: Gas- und Elektrizitätswerke und -versorgung und die Nahverkehrsunternehmen. Es ist für die deutsche Stadtentwicklung charakteristisch, daß diese Bereiche fast alle – nach privaten oder gemischtwirtschaftlichen Anfängen – von den Kommunen übernommen werden. (Nipperdey, S.160.)

20 Halle 2018 – Moderne und Revolution. Halle 2018, siehe online: themenheft_2018_moderne_und_revolution.pdf (halle.de) [08.11.2020].

21 In den Schwurgerichtsprozessen finden wir Ludwig Herzfeld auch als Geschworenen, hauptsächlich aber als Verteidiger. Gegenstände der Verhandlungen sind Diebstahl, Hehlerei, Betrug, Urkundenfälschung, Unterschlagung, betrügerischer Bankrott und Meineid. Daneben Brandstiftung, gewerbliche Unzucht, Unzucht mit Kindern, schwere Körperverletzung bis hin zum Totschlag. Die Strafen, bei denen zwischen Gefängnis und Zuchthaus unterschieden wurde, sind aus heutiger Sicht relativ hart, wobei die Verurteilten häufig Wiederholungstäter waren. Ludwig Herzfeld plädierte auf mildernde Umstände, denen oft entsprochen wurde. Freisprüche erwirkte er fast durchgehend, wenn Zeugen sich oder einander widersprachen. Man kann fast durchgehend sagen, dass das Gericht im Zweifel für den Angeklagten entschied, eine Haltung, die sich in den Prozessen fortsetzt, in denen Albert Herzfeld die Verteidigung übernahm, etwa im berühmten halleschen Sozialistenprozess von 1888.

# DEMOKRATIE GESCHICHTE BERLIN

# DER DEMOKRATIE-GEDENKORT FRIEDHOF DER MÄRZGEFALLENEN IN BERLIN – KONZEPTION UND PERSPEKTIVEN

DR. SUSANNE KITSCHUN

## 1. Die Entstehung des Friedhofs der Märzgefallenen in der europäischen Revolution 1848

1848/49 erfasste eine revolutionäre Welle Europa: An vielen Orten stürzten liberale Arbeitsleute, Bürger, Handwerker und Angehörige der ärmeren Schichten die alten Regierungen. Sie kämpften für Demokratie, Freiheitsrechte und soziale Gerechtigkeit.

Berlin war neben Paris und Wien die dritte wichtige Revolutionsmetropole.[1] Am 18. März 1848 versammelten sich rund 10.000 Berliner vor dem Schloss, aus Freude über die königlichen Zugeständnisse. Angekündigt waren, wenn auch halbherzig, unter anderem eine Aufhebung der politischen Zensur und die Einberufung des Vereinigten Landtags. Auf dem Platz war auch viel Militär, das trotz Aufforderung durch die Bürger nicht abgezogen wurde. Im Verlauf der Versammlung lösten sich – wohl versehentlich – zwei Schüsse und die Situation eskalierte:

Spontan errichteten viele Berliner*innen Barrikaden und verteidigten sie gegen das anstürmende Militär. Die Kämpfe dauerten die ganze Nacht, erst am Morgen befahl der König den Rückzug der Soldaten. Die Revolution hatte fürs Erste gesiegt. Rund 250 Revolutionäre, darunter auch Frauen, hatten bei den Kämpfen ihr Leben verloren. Bei den Soldaten gab es nur 20 Tote.[2]

Bereits vier Tage später, am 22. März 1848, wurden die gefallenen Barrikadenkämpfer auf dem eigens dafür angelegten Friedhof der Märzgefallenen vor den Toren der Stadt beerdigt. Die Beerdigungsfeierlichkeiten waren – so die Einschätzung des Historikers Manfred Hettling – „ein groß begangenes politisches Fest", „ein Staatsakt von unten".[3]

Außergewöhnlich für die Zeit war, dass auf dem Friedhof Menschen unterschiedlicher Religionsbekenntnisse bestattet wurden: Bei der Beisetzung sprach deshalb neben einem evangelischen und einem katholischen Geistlichen auch ein Rabbiner. Außerdem hielt – ebenfalls ungewöhnlich – der Vorsitzende des demokratischen Clubs, Georg Jung, eine Rede. Verwundete, die erst später ihren Verletzungen aus den Barrikadenkämpfen erlagen, wurden in den nächsten Wochen ebenfalls auf dem Friedhof der Märzgefallenen beerdigt. Insgesamt 255 Tote der Revolution fanden hier ihre letzte Ruhestätte.[4]

## 2. Die Erweiterung für die ersten Toten der Revolution 1918/19

70 Jahre später, als am Ende des Ersten Weltkriegs die Novemberrevolution Berlin erreichte, war der Friedhof der Märzgefallenen bereits ein symbolträchtiger und in der Gesellschaft positiv wie negativ verankerter Ort. Insofern lag es nahe, dass die Vollversammlung der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte beschloss, die gefallenen Revolutionäre auf dem Friedhof der Märzgefallenen zu bestatten.

Insgesamt 29 Tote der Revolution im November und Dezember 1918 wurden unter starker öffentlicher Anteilnahme auf dem Friedhof der Märzgefallenen beigesetzt. Die meisten Opfer der Januar- und Märzkämpfe 1919 sind nicht mehr auf dem Friedhof der Märzgefallenen beerdigt worden (so beschloss es der Magistrat).[5]

## 3. Bedeutendes Kulturdenkmal/Zur denkmalpflegerischen Bedeutung

Der Friedhof der Märzgefallenen wurde von den Revolutionären angelegt. Er ist – und das macht seine Einzigartigkeit aus – sowohl Erzeugnis als auch Zeugnis der Revolution von 1848/49. Laut Denkmalschützer Jörg Haspel war der Friedhof:
*„[…] ein authentisches kulturelles Produkt der Aufständischen, der Zukunft gewidmet zur Erinnerung an die Ziele der geschlagenen Oppositionsbewegung und immer wieder aufs Neue aufgegriffen und verteidigt von denjenigen, denen dieser historische Akt ein wichtiges politisches Vermächtnis war."*[6]

Dies unterscheidet den Friedhof von anderen bedeutenden Erinnerungsorten der Revolution 1848/49 wie etwa der klassizistischen Frankfurter Paulskirche oder dem erst Jahrzehnte später errichteten Wiener Märzobelisken.

## 4. Zur demokratiegeschichtlichen Bedeutung

Von Anfang an gab es auf dem Friedhof der Märzgefallenen immer beides: die private Trauer der Angehörigen sowie Massendemonstrationen und politische Gedenkfeiern für Freiheits- und Menschenrechte. Schon bei der Trauerfeier am 22. März 1848 beschwor der Vorsitzende des Demokratischen Clubs, Georg Jung, eine Art politisches Vermächtnis der gefallenen Revolutionäre:

*„Fort auf ewig, in die Nacht des Vergessens mit allen Scheidemauern der Menschen […] [W]ir, so sprechen die Todten, haben mit unserem Blute euern Bürger- und Freiheitsbrief besiegelt. So vermachen wir […] Allen gleiche Rechte, gleiches Gesetz, gleiches Gericht, gleiche Theilnahme an der Gesetzgebung. Frei mögt ihr reden und schreiben, frei euch vereinigen."*[7]

Der Friedhof der Märzgefallenen war somit der Ort in Berlin, an dem im 19. und frühen 20. Jahrhundert der Revolution 1848/49 und ihrer Opfer gedacht wurde. Später kamen die Erinnerung an die Pariser Commune vom 18. März 1871 und an die Revolution 1918/19 hinzu. Das Gedenken ging vor allem von Mitgliedern der Arbeiterbewegung aus, aber auch von bürgerlichen Demokrat*innen.[8]

## 5. Zur Überformung des Ortes – vom individuellen zum kollektiven Gedenken

Im Verlaufe seiner Geschichte wurde der Friedhof der Märzgefallenen in den verschiedenen politischen Systemen immer wieder umgestaltet. Im März 1848, schon vor der Beerdigung der Barrikadenkämpfer, beschloss die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen auf dem Friedhof. Das Vorhaben scheiterte.

Stattdessen wurde nach der Niederschlagung der Revolution der Zugang zum Friedhof in den 1850er Jahren erschwert, zeitweise sogar die gesamte Anlage mit einem zwei Meter hohen Bretterzaun abgesperrt. Gleichzeitig erlebte das Gegengedenken eine Blüte: 1854 wurde im Berliner Invalidenpark eine bombastische Säule zur Erinnerung an die bei der Revolution gefallenen preußischen Soldaten errichtet.[9]

In der Weimarer Republik wurde der Friedhof gartenarchitektonisch aufgewertet und zu einem Ort offiziellen staatlichen Gedenkens. Es folgte eine Zeit des Verfalls im Nationalsozialismus.

Zum 100. Jahrestag der Revolution wurde der Friedhof tiefgreifend umgestaltet. Diese Umgestaltung wurde vom Berliner Magistrat 1947 noch gemeinsam beauftragt, doch die Umsetzung und Planung der Jubiläumsaktivitäten waren bereits von der drohenden politischen Spaltung Berlins und der damit einhergehenden Systemkonkurrenz überschattet. Die Feiern im März 1948 fanden politisch getrennt statt: CDU, SPD und Liberale auf der einen und die SED auf der anderen Seite.

Die Umformung 1948, bei der das zentrale Gräberfeld zu einer Rasenfläche mit einem Gedenkstein im Zentrum neu gestaltet wurde, war ein wichtiger Schritt vom individuellen Totengedenken zum kollektiven Gedenken. Bei dieser Umgestaltung gingen durch eine Aufschüttung des Geländes rund 13 der Grabzeichen verloren, die 1947 noch erhalten waren. Diese liegen bis heute im Untergrund des Friedhofs, wie bei archäologischen Grabungen nachgewiesen wurde. Die 24 verbliebenen Grabzeichen wurden nach rein ästhetischen Gesichtspunkten neu angeordnet, keines steht mehr am ursprünglichen Ort. Außerdem wurde eine große Plattenfläche angelegt, als Platz für größere Versammlungen.[10]

Zum 40. Jahrestag der Revolution von 1918/19 wurde in der DDR ab 1958 auch der Bereich der Gräber der 1918 beerdigten Toten umgestaltet und entindi-

vidualisiert. Es wäre zu diesem Zeitpunkt nur noch schwer möglich gewesen, die Gräber einzeln zu rekonstruieren. Drei Sarkophagplatten aus Porphyr mit Zitaten des führenden Spartakusmitglieds und KDP-Mitgründers Karl Liebknecht und des damaligen Vorsitzenden des Staatsrats der DDR Walter Ulbricht wurden im vorderen Bereich der drei Gräberreihen angeordnet. 1961 kam abschießend die Plastik „Roter Matrose" von Hans Kies hinzu. Damit lag in der Gestaltung der Friedhofsanlage ebenso wie beim offiziellen Gedenken in der DDR der Schwerpunkt auf der Erinnerung an die Revolution von 1918/19.

Diese Umgestaltung nach den damaligen geschichtspolitischen Zielen der SED ist bis heute erhalten. Zusätzlich gibt es unter der Erde eine weitere Denkmalsschicht, in der die 1948 verschütteten Grabzeichen teilweise an ihrem originalen Ort eingeschlossen sind.[11]

## 6. Ansatz und Konzeption unserer Arbeit

Rund 85 Prozent der 255 auf dem Friedhof beerdigten Toten der Märzrevolution entstammten den besitzlosen Schichten: Es waren Menschen ohne Vermögen und ohne anerkannte politische Stimme, vor allem verarmte Handwerker und Arbeiter, auch einige Frauen. Viele waren sehr jung: Mehr als ein Drittel der gefallenen Märzkämpfer war unter 24 Jahren. In den allermeisten Fällen kennen wir nur ihre Namen, Wohnorte und Berufe.[12]

Gerade weil es sich zum allergrößten Teil um Menschen handelte, die kaum jemand kennt, ist der Friedhof der Märzgefallenen so geeignet für demokratische Traditionspflege. Denn diese Menschen hatten in einem entscheidenden Moment den Mut, sich mit ihrem Leben für Freiheit, Menschenrechte und bessere Lebensbedingungen einzusetzen.

An diese Bedeutung von Einzelnen für das Gelingen von Demokratie knüpfen wir bei unserer historisch-politischen Bildungsarbeit an. Ziel ist es, den Friedhof der Märzgefallenen als positives Identitätsangebot aus der europäischen und deutschen Geschichte zu vermitteln. Dabei geht es immer auch um aktuelle Bezüge: Wie können und wollen Jugendliche sich heute für die Stärkung der Demokratie einsetzen? Wofür würden sie auf die Barrikaden gehen?

Zentral für unsere pädagogische Arbeit ist außerdem ein biografischer Ansatz: In einigen Workshops schlüpfen Jugendliche in die Rollen jener Frauen, Männer und Jugendlichen, die am 18. März das alte System der preußischen Monarchie fast zum Einstürzen brachten. Sie rekonstruieren einzelne Biografien und überlegen gemeinsam, was junge Menschen damals bewegte, sich an der Revolution zu beteiligen.

Aus den wenigen biografischen Informationen, die überliefert sind, lässt sich viel

über die damaligen Lebensbedingungen der Menschen ableiten: So wissen wir beispielsweise vom jüngsten auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestatteten Toten, dem 12-jährigen Carl Ludwig Kühn, dass er in der Linienstraße im sogenannten Scheunenviertel wohnte. Das Scheunenviertel war damals eines der Armenviertel Berlins mit miserablen baulichen und sozialen Verhältnissen. Außerdem ist überliefert, dass Carl Ludwig Kühns Vater Arbeiter war.[13]

## 7. Entwicklungsschritte der Demokratie-Erinnerungsstätte Friedhof der Märzgefallenen

Seit rund 20 Jahren engagiert sich der Paul Singer Verein für den Demokratiegedenkort Friedhof der Märzgefallenen. Paul Singer, der Namensgeber des Vereins, war ein jüdischer Fabrikant, Friedrichshainer Reichstagsabgeordneter und gemeinsam mit August Bebel Vorsitzender der SPD. Zu seinen Lebzeiten setzte er sich auch für eine würdige Gestaltung des Friedhofs der Märzgefallenen und die Stärkung des Gedenkens an die Revolution von 1848/49 ein.

Ab 2009 konnte der Paul Singer Verein mit vielen Partnern und gefördert von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin den Friedhof der Märzgefallenen aus seinem Dornröschenschlaf erwecken: Die denkmalgeschützte Friedhofsanlage wurde instandgesetzt und ein Informationspavillon in einem umgebauten Seecontainer eingerichtet. Eine erste temporäre Ausstellung zur Berliner Märzrevolution in ihrem europäischen und deutschen Kontext sowie zur wechselvollen Geschichte des Ortes entstand. Der Ausstellungsteil zur Berliner Märzrevolution ist bis heute zu sehen. Aktuell werden Arbeit und Erhalt des Gedenkortes durch eine Zuwendung der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa finanziert. Zusätzlich entstanden dank einer weiteren Lottoförderung erste Teile einer neuen dauerhaften Außenausstellung.

Der nächste wichtige Schritt ist der Bau eines Besucherzentrums. Dies ist dringend erforderlich, weil es keine Veranstaltungs- oder Gruppenräume gibt. Alle Aktivitäten sind stark wetterabhängig, wobei erschwerend hinzukommt, dass die beiden Gedenktage in den kühleren Monaten März und November liegen. Infolge der Covid-19-Pandemie musste außerdem der schmale Informationscontainer temporär geschlossen werden.

Erfreulicherweise haben der Deutsche Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus Anfang 2019 jeweils zur Hälfte die Mittel für den Bau eines Besucher- und Informationszentrums zur Verfügung gestellt. Aktuell läuft die Bauvorbereitungsphase. Im Besucherzentrum, das möglichst schon 2023, zum 175. Jahrestag der Märzrevolution eröffnet werden soll, wird Platz für Workshops, Wechselausstellungen und Veranstaltungen sein. Außerdem können Originalexponate gezeigt werden, zum

Beispiel abgeschnittene Kranzschleifen mit demokratischen Botschaften, die die preußische Polizei konfiszierte und ordentlich in den Akten abheftete. Ebenso die Funde einer archäologischen Grabung aus dem Sommer 2019 auf dem Friedhofsgelände, etwa wiederentdeckte Grabzeichen aus dem 19. Jahrhundert, oder Alltagsgegenstände aus früheren Zeiten.

## 8. Die Revolutionen von 1848/49 als verbindende europäische Erfahrung und das Jubiläumsjahr 2023

Die Revolution von 1848/49 ist ein wichtiger Grundstein unserer heutigen Demokratie und ein Schlüsselereignis der europäischen Geschichte. Sie war eine gemeinsame europäische Erfahrung, da damals europaweit viele Menschen fundamental politisiert wurden. Und sie hatte starke Auswirkungen. Sie ist außerdem neben der Revolution von 1989/90 das gesamteuropäische Ereignis der vergangenen 300 Jahre, das nicht im Zusammenhang mit einem Krieg steht.[14]

2023/24 begehen wir den 175. Jahrestag dieser fundamentalpolitischen Erfahrung in Europa. Dieses Jubiläum (oder zumindest Teile der Vorbereitungsphase) fallen in eine Zeit besonderer Herausforderungen:

- Zum einen bringt die Pandemie – wenn auch aus gutem Grund und nur befristet – Einschränkungen von Grundrechten wie der Versammlungs- und Fortbewegungsfreiheit mit sich.
- Zum anderen versuchen Rechtspopulisten in verschiedenen Ländern Europas, Teile der Demokratiegeschichte, besonders auch die Revolution von 1848/49, für ihre politischen Zwecke zu vereinnahmen.[15]

Das Jubiläum bietet die Chance, den historischen Beitrag der Revolution 1848/49 für unsere heutige Demokratie und unseren Rechtsstaat stärker sichtbar zu machen – vor Ort, national, aber auch europaweit. Damit das gelingt, braucht es eine stärkere Vernetzung und das Zusammenführen von Aktivitäten zum Jubiläum.

Wir planen zum Beispiel einen europäischen Kongress zu Potenzialen von Erinnerungsorten und Denkmalen der Revolutionsgeschichte. Wichtig sind außerdem lokale Spurensuchen zum Auffinden und Erschließen regionaler Revolutions- und Demokratietraditionen. Daraus könnte und sollte ein gemeinsamer deutschlandweiter, teils europäischer Veranstaltungsbogen entstehen.
Nicht zuletzt wünschen wir uns für den Friedhof der Märzgefallenen eine neue und dauerhafte Ausstellung zur Revolution 1848 und zur Entstehung des Friedhofs.

## Schluss

„Die europäischen Erinnerungen", schreiben Étienne François und Thomas Serrier, „[…] sind nichts Starres und leben nur durch die vielen Akteure, die sie teilen. Sie formieren sich ständig neu und werden das sein, was wir aus ihnen machen."[16]

Orte der Demokratiegeschichte wie der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin können Bausteine für lokale, nationale und europäische Identitäten und Geschichten sein. Überlassen wir sie nicht den Nationalisten, sondern nutzen wir ihre Potenziale zur Stärkung unserer Demokratie.

---

1 Mike Rapport, 1848, Year of Revolution, London 2008, S. IX-XII. Rüdiger Hachtmann, Der Friedhof der Märzgefallenen als authentischer Ort der Revolution von 1848 und Angebot nationaler Identität, in: Susanne Kitschun, Ralph-Jürgen Lischke: Am Grundstein der Demokratie, Frankfurt a.M. 2012, S. 17-20.

2 Mike Rapport, Revolution in Europa, Darmstadt 2011, S. 87-92.; Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848, Bonn 1997, S. 152-167; zur Vorgeschichte der Berliner Märzrevolution ebd., S. 120f.,126-131,137-152.

3 Hachtmann, Berlin 1848, S. 214f.; Manfred Hettling: Totenkult statt Revolution, 1848 und seine Opfer, Frankfurt a.M. 1998, S. 19-21.

4 Hachtmann, Berlin 1848, S. 216-219.; Hettling, Totenkult, S. 35-41.

5 Protokoll Vollversammlung 10.11.1918, abgedruckt: Gerhard Engel u. a. (Hrsg.), Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, Bd. 1 (Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Rätekongress), Berlin 1995, S. 15. Zur Erweiterung des Friedhofs 1918 vgl. ausführlich: Oliver Gaida, Susanne Kitschun, Die Revolutionsopfer von 1918 auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Biographien und Hintergründe, in: dies., 1918, die Revolution und der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2021.

6 Jörg Haspel, Zum Umgang mit Gedenkorten in der Berliner Denkmalpflege, in: Kitschun/Lischke, Grundstein Demokratie, S. 51f., hier S. 52; ders.: Der Berliner Friedhof der Märzgefallenen, ein national wertvolles Kulturdenkmal, Berlin 2018, S. 2.

7 Trauerrede von Georg Jung, gehalten am 22. März 1848 auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Hachtmann, Berlin 1848, S. 218, zitiert nach Wolff, RC I, S. 325ff.

8 Rüdiger Hachtmann, Revolutionär durchgelüftet. Berlin im Jahre 1848, in: Christoph Hamann, Volker Schröder (Hrsg.), Demokratische Tradition und revolutionärer Geist, Freiburg 2010, S. 28f.; Bernd Braun: Märtyrer der Demokratie?, Das Hambacher Schloss, der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin Friedrichshain und die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, in: Thomas Hertfelder, Ulrich Lappenküper, Jürgen Lillteicher (Hrsg.), Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 250.

9 Hachtmann, Berlin 1848, S. 850-855; Martin Ernerth: Der Friedhof als Gartendenkmal, in: Kitschun/Lischke, Grundstein der Demokratie, S. 32.

10 Amt für Stadtplanung Friedrichshain, Auflistung der Grabzeichen auf dem Friedhof der Märzgefallenen – Opfer von 1848, undatiert, ca. Februar 1947 in: Landesarchiv Berlin (LAB) C Rep. 135-09, Nr. 64, Bl. 13f.; Martin Ernerth, Der Friedhof als Gartendenkmal, in: Kitschun/Lischke, Grundstein der Demokratie, S. 31-34; Die Menschen hinter den ‚Helden'. Individuelles Gedenken auf dem Friedhof der Märzgefallenen, Projekt zur Erforschung der Lage von Grabstellen der Revolutionsopfer von 1848 und 1918 und ihrer Biographien, ag friedhofsmuseum berlin e.V. in Kooperation mit dem Paul Singer Verein, Berlin 2013, S. 8-10.

11 Ernerth, Friedhof als Gartendenkmal, S. 34-36.; Haspel, Gedenkorte in der Berliner Denkmalpflege, S. 51f.; Kitschun, Friedhof der Märzgefallenen, S. 61f.

12 Hachtmann, Berlin 1848, S. 173-182.; ders., Die Revolution von 1848 – eine Jugendrebellion?, in: ders., Susanne Kitschun, Rejane Herwig, 1848. Akteure und Schauplätze der Berliner Revolution, Freiburg 2013, S. 23-26.

13 Vgl. Online-Datenbank zu den auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestatteten Toten: http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/datenbank1848 [05.12.2020].

14 Rapport, 1848, S. 398f.; Heinrich August Winkler, Werte und Mächte, Eine Geschichte der westlichen Welt, München 2019, S. 117; Christian Jansen, Statement beim Abschlusspodium der „Tagung 1848 und Europa – zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus" des Paul Singer Vereins Berlin in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, 14./15. Oktober 2012 in Berlin, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Grünes Gedächtnis, Berlin 2013, S. 38.

15 Dennis Riffel, Wie Rechtspopulist*innen Demokratiegeschichte vereinnahmen – eine Bestandsaufnahme, in: Michael Parak, Ruth Wunnicke (Hrsg.), Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus, Berlin 2019, S. 55-56.

16 Étienne Francois, Thomas Serrier (Hrsg.), Europa, Die Gegenwart unserer Geschichte, Band 1, Lebendige Vergangenheit, Einleitung. Darmstadt 2019, S. 19.

GESCHICHTE

# DEMOKRATIE

# POTSDAM

# ORTE DER POTSDAMER DEMOKRATIEGESCHICHTE ALS ORTE DER ERINNERUNG

TOBIAS BÜLOFF

Im Folgenden werden drei Beispiele von Orten der Potsdamer Demokratiegeschichte vorgestellt. Nach der jeweiligen Darstellung des historischen Ereignisses werden die Formen der Erinnerung reflektiert. Abschließend wird der Frage nachgegangen, wie diese Orte der Demokratiegeschichte zu Orten der politischen Demokratiebildung werden können.

## Die umstrittene Erinnerung: Max Dortu und die 1848er Revolution

In den frühen Morgenstunden des 31. Juli 1849 beendete eine Gewehrsalve auf dem Friedhof in Wiehre bei Freiburg im Breisgau das junge Leben des Max Dortu. Der 23-jährige Potsdamer war, weit weg von seiner Heimatstadt, am 11. Juli 1849 von einem preußischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Die Anklage sprach ihn schuldig wegen Kriegsverrats, da er den Eid, den er einst als Reserve-Unteroffizier dem König von Preußen schwor, gebrochen hatte und seinen eigenen Landsleuten mit Waffengewalt entgegengetreten war.

Nach der rechtsgültigen Bestätigung des Urteils am 30. Juli 1849 wurde tags darauf das Urteil vollstreckt. „Er ging", wie der Stuttgarter Anzeiger am 8. August 1849 seine Leser über die Vollstreckung unterrichtete, „muthig und gefaßt, die linke Hand auf das Herz gelegt, die rechte in die Seite gestemmt, in die Mitte des Quarrees, das die Infanterie gebildet hatte. [...] Das Todesurtheil wurde vorgelesen. Dortu antwortete: Ich sterbe für die Freiheit; schießt gut, Brüder! Er sank sogleich entseelt zusammen. Die Leiche wurde in einen Sarg gethan und beim Eingang des Kirchhofs verscharrt."

Damit war das Leben eines Potsdamers beendet, das 23 Jahre zuvor in der sehr beschaulichen, durch und durch von Militär und Beamtentum geprägten Nebenresidenz der Hohenzollern begonnen hatte.

Maximilian Dortu wurde am 29. Juni 1826 in eine gut bürgerliche Familie Potsdams hineingeboren. Der Vater, Ludwig Wilhelm Dortu, hatte hugenottische Wurzeln und wirkte als Justizrat und Notar in der Residenzstadt. Zudem engagierte er sich als Stadtverordneter politisch in der Stadt. Die Familie Dortu lebte in einem stattlichen

mehrgeschossigen Bürgerhaus barocker Bauzeit mitten in Potsdam und unterhielt einen Weinberg samt Landhaus außerhalb der Stadt in bester Lage.

Max Dortu wuchs in diesen Verhältnissen auf, legte 1844 sein Reifezeugnis in Potsdam ab und begann danach seine Studienzeit. In Berlin schrieb er sich in Staats- und Rechtswissenschaften ein und strebte damit wie sein Vater eine Laufbahn in der staatlichen Verwaltung an. Gleichzeitig verpflichtete er sich zum einjährigen Dienst als verkürzter Wehrzeit in der preußischen Armee. Ein Studienwechsel führte Max Dortu nach Heidelberg, wo er mit der dortigen Burschenschaft Allemannia in Berührung kam. Mit der Abspaltung des radikaldemokratischen Neckarbundes von der Allemannia 1845 trat Max Dortu dieser Vereinigung bei, die zur Verwirklichung ihrer antimonarchistischen Ziele insbesondere die Arbeiter, Handwerker und Bauern gewinnen wollten. In dieser Zeit politisierte er sich.

Nach Beendigung seines Studiums begann er 1848 am Potsdamer Stadtgericht ein Referendariat und unterstützte die revolutionäre Bewegung. Im politischen Verein trat Max Dortu als wortgewaltiger Redner hervor und mobilisierte für die Revolution. In Berlin ging er wortwörtlich am 18. und 19. März 1848 auf die Barrikaden und bezeichnete den Prinzen von Preußen als Kartätschenprinzen in Anspielung auf den von Wilhelm von Preußen befohlenen Einsatz von Truppen zum Niederschlagen – „Niederkartätschen" – der Märzrevolution. Mit seinen Weggefährten demontierte Max Dortu Gleise der Berlin-Potsdamer Eisenbahn zur Verhinderung eines Truppennachschubs nach Berlin. Wegen dieses Sabotageaktes steckbrieflich gesucht, floh der Potsdamer nach Belgien, ging dann nach Frankreich und schloss sich schließlich der badischen Revolutionsarmee an. Im Kampf gegen die deutschen Bundestruppen unter preußischer Führung kam er in preußische Gefangenschaft. Am Todesurteil des kriegsgerichtlichen Verfahrens konnten weder der juristische Einspruch des Vaters vor Ort in Freiburg noch ein Gnadengesuch der Mutter beim preußischen König etwas ändern.

Mit dem Tod Max Dortus war ein neuer Held geboren und eine historische Figur, an der sich seither die Gedenk- und Erinnerungskultur Potsdams reibt. In die tiefe Trauer der Eltern über den Verlust ihres einzigen Kindes und die der engen Weggefährten mischte sich eine tiefe Enttäuschung der für Freiheit und Einigung kämpfenden Männer und Frauen über die mit Waffengewalt niedergeschlagene Revolution. Veröffentliche Erinnerungen an Max Dortu, Briefe und künstlerische Darstellungen der Hinrichtung des Potsdamer Revolutionärs spendeten Trost und Hoffnung für die Familie und Freunde. Für die politischen Weggefährten bedeuteten sie die Verpflichtung, das unvollendete Revolutionswerk in der Zukunft zu verwirklichen. Durch den gewaltsamen Tod wurde Max Dortu damit zu einer langfristigen

Projektionsfläche für politische Ideale und Programme. Aus einem Opfer wurde alsbald ein Held der Revolution.

Den Eltern nutzten diese politischen Indienstnahmen freilich nichts. Vater Ludwig Wilhelm Dortu hatte nicht nur seinen einzigen Sohn verloren; er war zudem mit seinem politischen Wirken gescheitert, zumal er bereits 1848 aus dem Potsdamer Magistrat ausgeschieden war. Die Trauer der Mutter lässt sich nur aus den vergeblichen Gnadengesuchen erahnen. Für das Ehepaar Dortu war das Potsdamer Lebenskapitel beendet. 1850 kehrten sie der Residenzstadt verbittert den Rücken und ließen sich im französischen Toulouse nieder, wo Ludwig Wilhelm Dortu acht Jahre später starb. Seine Witwe setzte im Jahr darauf ihr Testament auf, mit dem sie das Andenken an ihren Sohn bewahren wollte. Als Universalerbin setzte sie die Stadt Potsdam ein und verfügte die Gründung einer Stiftung mit dem Namen „Max-Dortu-Stiftung für arme Potsdamer Handwerksburschen und Gesellen". Der Magistrat sollte das Vermögen verwalten und damit die Einrichtung finanzieren. Außerdem ließ Dortus Mutter für 1.000 Gulden an der Hinrichtungsstätte ihres Sohnes auf dem Wiehre-Kirchhof in Freiburg ein Mausoleum für Max und Ludwig Wilhelm Dortu errichten, in dem sie 1861 selbst beigesetzt wurde. Das Andenken an ihren Sohn sollte erhalten und sozialfürsorglich ausgestaltet werden. Während die Stadt Freiburg die Pflege des Grabes übernahm, lehnte König Wilhelm I. 1864 die Errichtung der wohltätigen Stiftung ab. Ihm, den Max Dortu einst als Kartätschenprinzen beleidigt hatte, lag nichts an einem dauerhaften Gedenken an diesen Potsdamer.

**Die Erinnerung an Max Dortu als „andere Geschichte"**

Mit der Zeit verblichen die Spuren der Familie Dortu in Potsdam; gänzlich verschwanden sie jedoch nie. In der Stadtgeschichtsschreibung war Max Dortu zwar meist nur eine Randnotiz. Erst nach 1945 erwachte die Erinnerung an den Potsdamer Revolutionär mit neuer Kraft. Zum 100. Jahrestag der 1848er Revolution entbrannte im gespaltenen Deutschland geradezu ein ideologischer und politischer Machtkampf um das Erbe der einst gescheiterten Revolution. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und die politischen Verbände in der Sowjetischen Besatzungszone sahen sich als legitime Erben der Barrikadenkämpfer von 1848. Mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Gedenkfeiern versuchten sie politischen Nutzen aus der Erinnerung an das historische Ereignis zu ziehen. Die Bevölkerung sollte auf die Revolution von 1848/49 eingeschworen werden. In Potsdam war eine Ausstellung in den Räumlichkeiten des städtischen Museums zu sehen, die laut dem damaligen Museumsdirektor Heinrich Moll „[…] nicht nur eine historische Übersicht über die

Revolution und die daran knüpfenden Ereignisse in Potsdam geben […, sondern …] den Besucher zugleich veranlassen [sollte], die politischen Schlussfolgerungen aus dem Verlauf und dem Scheitern der Revolution zu ziehen."[1]

Für diese Ausstellung wurde eine farbige Gipsbüste von Max Dortu angefertigt. Fest- und Gedenkveranstaltungen im gesamten Stadtgebiet erinnerten an die Ereignisse von 1848/49. An Max Dortus Geburtshaus wurde am 18. März 1949 eine hochwertige, von einem Potsdamer Künstler gestaltete Gedenktafel feierlich enthüllt, auf der er als „Kämpfer und Opfer für Deutschlands Einheit und Freiheit" geehrt wurde. Anders als vom städtischen Museum in einem Antrag an das Stadtparlament vorgeschlagen, wurde jedoch keine Straße nach Max Dortu benannt. Stattdessen benannte man die am Geburtshaus vorbeiführenden Waisen- in Dortustraße um. Aber eben nur Dortu-, nicht Max-Dortu-Straße. Die Stadt hatte sich in diesen Jahren nicht dazu durchringen können, eine Straße nach einer aus einem bürgerlichen Haushalt stammenden Persönlichkeit zu benennen. Erst 1962 wurde Max Dortu gewürdigt. Seitdem trägt die in seinem Geburtshaus ansässige Schule seinen Namen.

Die Erinnerung an ihn hielten fortan einzelne Fernsehsendungen und Bücher wach. Dennoch geriet der Potsdamer wieder zunehmend in Vergessenheit. Nach 1989 wurde Max Dortu wiederentdeckt und kehrte stärker in das öffentliche Bewusstsein zurück. Politische Verbände und Gruppierungen mit linken Positionen, die sich dem demokratischen Erbe von 1848 verpflichtet fühlten und dessen Tradition pflegten, halten seither die Erinnerung an den Potsdamer Revolutionär durch öffentliche Veranstaltungen wach. Besonders der 1996 gegründete Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam setzt sich für Erinnerung und Gedenken an Max Dortu ein. Er gab im Jahr 2000 eine Biografie über den Revolutionär heraus und versuchte ein Max-Dortu-Denkmal zu initiieren. Das Vorhaben sollte im Preußenjahr 2001 realisiert werden. In den Potsdamer Neuesten Nachrichten wünschte sich 2001 der Vereinsvorsitzende Dr. Jörg Kwapis: „Wir wollen – gerade im Preußenjahr, das ja sehr auf die Hohenzollern fixiert ist – das andere Gesicht der Stadt Potsdam in Erinnerung rufen." Um dieses andere Gesicht Potsdams wird erinnerungskulturell bis in die Gegenwart zum Teil erbittert gestritten und gerungen. Max Dortu wurde dabei regelrecht zu einem Kampfbegriff in politisch-stadtgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Während Jann Jakobs, der von 2002 bis 2018 Potsdams Oberbürgermeister war, konsequent mit dem Gedenken an Max Dortu und den Gedenkenden fremdelte, entdeckte sein Nachfolger Mike Schubert den Potsdamer Revolutionär für sich. In seiner politischen Agenda des Ausgleichs zwischen zunehmend verhärteten Fronten um das stadtgeschichtliche Erbe mit Monarchie und Militär bemüht der Oberbürgermeister gern das Beispiel Max Dortu.

Jenseits dieser zugespitzten städtischen Diskurse, die vielfach in plumpe Dicho-

tomien scheinbar ideologisierter Widersprüche von Barock versus sozialistischer Platte münden und in denen ein Max Dortu posthum zerrieben zu werden scheint, hat sich das Gedenken an den Potsdamer Revolutionär beständig weiterentwickelt. Auf einer Veranstaltung zur städtischen Erinnerungskultur im Jahre 2014 schlug Julius H. Schoeps, der damalige Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums, einen Max-Dortu-Preis vor. Sofort wurde dieser Vorschlag aufgegriffen, fraktionsübergreifend eingebracht und beschlossen. Der Max-Dortu-Preis für Zivilcourage und gelebte Demokratie ist mit 5.000 Euro dotiert und wird seit 2017 alle zwei Jahre an Akteure und Institutionen vergeben, die sich für die Freiheit des Individuums sowie eine demokratisch verfasste Gesellschaft engagieren und dabei auch mutige, unkonventionelle Wege gehen. 2017 erhielt den Preis der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele, 2019 war es die Seenotrettungsinitiative Iuventa – Solidarity at Sea.

Max Dortu kam damit in der breiten Stadtgesellschaft an.

**Die nachgeholte Erinnerung:**
**Die Verhinderung des Kapp-Lüttwitz-Putsches in Potsdam 1920**

Am 16. März 1920 drängten etwa 1.000 Demonstrierende in Richtung des Potsdamer Stadtschlosses. An diesem Tag hatte die Deutsche Volkspartei zu einer Versammlung in das Wirtshaus Sanssouci am Luisenplatz eingeladen. Der Generalmajor und Kommandant der Potsdamer Garnison, Walter von der Hardt, hatte bereits tags zuvor einen Brigadebefehl an seine Truppen erlassen, in dem er härtestes Vorgehen gegen Streiks angeordnet hatte. Die Versammlung wurde nun mit zunehmendem Argwohn beobachtet. Wie kam es zu dieser spannungsvollen Situation?

16 Monate nach Errichtung der demokratischen Republik mit ihrer in Weimar verabschiedeten Verfassung war das Deutsche Reich an den Abgrund eines Bürgerkrieges getrudelt. Infolge der Reduzierung des deutschen Heers auf 100.000 Berufssoldaten nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages wurden ab Sommer 1919 rund 200.000 Soldaten entlassen, in erster Linie Freikorpssoldaten. Nachdem Reichswehrminister Gustav Noske am 29. Februar 1920 die in der Armee hochgeachtete rund 6.000 Mann starke Marinebrigade von Hermann Ehrhardt und das Freikorps Loewenfeld aufgelöst hatte, widersetzte sich Walther von Lüttwitz, General des Reichswehrkommandos I in Berlin, diesen Maßnahmen. Er gehörte als ranghöchster General der „Vorläufigen Reichswehr" zu den entschiedensten Gegnern des Versailler Vertrages. Am 10. März 1920 forderte er von Gustav Noske die Verhinderung der geplanten Auflösung des Freikorps und bestand auf Neuwahlen des Reichstages. Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichs-

wehrminister Gustav Noske wiesen die Forderungen zurück. Von Lüttwitz wurde beurlaubt. Der General wiederum holte zum Gegenschlag aus und putschte gegen die Regierung.

Mit der ihm unterstehenden Marinebrigade Erhardt und der in Potsdam stationierten, durch Bernhard von Hülsen kommandierten Reichswehrbrigade 3 besetzte Walter von Lüttwitz am 13. März 1920 das Berliner Regierungsviertel und ernannte den Politiker Wolfgang Kapp zum Reichskanzler. Doch der Putsch scheiterte bereits nach vier Tagen. Daran hatten der von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern ausgerufene Generalstreik und die Weigerung der Berliner Beamten, die Anordnungen der selbst ernannten Regierung umzusetzen, einen entscheidenden Anteil. In Potsdam stellte sich die Situation in den Tagen des Putsches besonders kritisch dar. In der Garnisonstadt waren Eliteeinheiten wie das Erste Garde-Regiment zu Fuß stationiert. Die Bevölkerung setzte sich neben Militärangehörigen aus Adligen und Beamten zusammen, die Arbeiterschaft war unterrepräsentiert. In dieser Stadt mit ihrem konservativ-reaktionären Milieu fanden die Putschisten breite Unterstützung ihres Vorhabens. Generalmajor Walther von der Hardt untersagte Versammlungen und Kundgebungen über öffentliche Bekanntmachungen. Er drohte mit der Beschlagnahmung verbotener Drucksachen und der Verhaftung der „Zettelverteiler".[2] An wichtigen Orten Potsdams, besondere den Zugängen der Stadt, an den Brücken, dem Bahnhof, dem Telegrafenamt und dem Stadtschloss ließ von der Hardt Wachtruppen Stellung beziehen. Damit sollte auch die für ihr revolutionäres Potenzial berüchtigte Nachbarstadt Nowawes mit ihrer ausgeprägten Arbeiterschaft vom bürgerlichen Potsdam abgeriegelt und ein Übergreifen der Arbeiterproteste verhindert werden. Oberbürgermeister Kurt Vosberg, seit 1906 Erster Bürgermeister[3], folgte mit seiner Verwaltung den Anweisungen der Putschisten.

Dennoch kam es an jenem 16. März 1920 zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Demonstrierenden und Wachtruppen am Potsdamer Stadtschloss. An der Demonstration waren Vertreter von SPD und USPD beteiligt.[4] Die unbewaffnete, recht heterogene Menschenmenge, die sich spontan zu einem Protestzug formierte, bewegte sich in Richtung Stadtschloss. Dort erwartete sie der Kommandeur Oberleutnant Freiherr von Senden. Die Aufforderungen zur Auflösung des Protestzuges mag die johlende und pfeifende Menschenmenge kaum wahrgenommen haben. Auch erfassten sicherlich nicht alle Beteiligten die vom Militär ausgehende Bedrohung. Von Senden ließ auf die Demonstrierenden schießen. Dabei kamen vier Menschen ums Leben, elf wurden verwundet.[5]

Wie im ganzen Reich mussten auch in Potsdam die Putschisten und Sympathisanten des Umsturzversuches keine drastischen Konsequenzen fürchten. In Potsdam wurden

die Verantwortlichen für die Toten des 16. März 1920 nicht zur Rechenschaft gezogen. Auf ihrer Sitzung vom 31. März 1920 gedachten zwar die Stadtverordneten fraktionsübergreifend der Opfer und ihrer Familien. Ein Gedenkstein zu Ehren der Toten wurde allerdings von der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt.[6]

**Erinnerung als „Vielfalt im Gedenken"**

Die Geschehnisse vom März 1920 gerieten im Laufe der Zeit zunehmend in Vergessenheit. In der DDR spielten sie nur in der Stadtgeschichtsschreibung Potsdams eine gewisse Rolle.[7] Dargestellt wurden die Ereignisse seit 1918 als Kampf der Arbeiterschaft gegen Junkertum, Bourgeoise und Militarismus, oft phrasenhaft als „Kräfte" zusammengefasst. Der sozial-ökonomischen Struktur der einstigen Residenz- und Garnisonstadt wurde dies in keiner Weise gerecht. In einer derartig ideologisierten Geschichtsschreibung verschmolz die heterogene Gruppe der Protestierenden des 16. März 1920 zu einer geeint kämpfenden Arbeiterschaft. Einzelschicksale spielten eine untergeordnete oder gar keine Rolle. Fragen nach konkreten Teilnehmenden der Demonstration und der politischen Einstellung der Opfer lassen sich mangels Erkenntnissen nicht beantworten. Lediglich die Namen der Erschossenen sind bekannt. Warum sie sich an dem Protestzug beteiligten, was sie antrieb, wie sie politisch eingestellt waren – all das bleibt bislang trotz intensiver Recherchen ungeklärt.[8]

2015 forderte die Fraktion DIE LINKE unter dem Titel „Vielfalt im Gedenken" eine Gedenktafel zum 100. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches. Fünf Jahre später – mit leichter Verzögerung aufgrund der Corona-Pandemie – wurde am 20. Oktober 2020 die Erinnerung an die Ereignisse vor 100 Jahren mit einer schlichten Informations- und Gedenktafel nachgeholt. Eine Veranstaltung zum Thema sowie eine vom Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung zu den damaligen Ereignissen erinnerten öffentlichkeitswirksam an das Jahr 1920 in Potsdam.

Die Initiatoren der Tafel mögen nun eine eigene identitätsstiftende politische Tradition hergestellt wissen, auch wenn diese bei genauerem Hinsehen eher brüchig und konstruiert wirkt. Den Antrag „Vielfalt im Gedenken" kann man sachlich-nüchtern als pluralistischen Ansatz der städtischen Erinnerungskultur verstehen oder als Kritik an einer als nicht vielfältig aufgefassten städtischen Gedenkpraxis. Unabhängig von solchen Interpretationen vermag die Tafel als öffentliches Erinnerungszeichen den routinierten Gang durch Stadt und Stadtgeschichte aus dem Takt bringen. Vor allem den zahlreichen Touristen auf der Suche nach dem preußischen Erbe

Potsdams mit den markanten Bauwerken von Kurfürsten, Königen und Kaisern ist ein Innehalten an dem kleinen Informationsschild zu wünschen, das an ein Ereignis des Übergangs von der Monarchie zur Demokratie erinnert. In diesem Sinne kann die Tafel sogar den künstlerischen Schriftzug am Gebäude des Brandenburgischen Landtages in Kubatur des Stadtschlosses sinnstiftend ergänzen. An dessen historisch anmutender Fassade glänzt in goldenen Lettern der Schriftzug: „Ceci n'est pas un château." Dies ist kein Schloss. Damit soll gesagt sein: Dieses Gebäude in seiner historischen Rekonstruktion als preußisches Schloss ist kein Gebäude monarchischen Geistes, sondern ein Ort der Demokratie. Und das Schild macht klar, dass diese Demokratie blutig erkämpft werden musste in einer langen Geschichte.

**Die demokratische Erinnerung:**
**Ein Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989**

Am 4. November 1989 versammelten sich auf dem heutigen Potsdamer Luisenplatz, der zu diesem Zeitpunkt Platz der Nationen hieß, mehrere Tausend Menschen. Sie hatten sich der größten Protestdemonstration in der Bezirksstadt gegen den SED-Staat angeschlossen. Am selben Tag fand im nahen Ost-Berlin auf dem Alexanderplatz die landesweit größte Kundgebung im Herbst 1989 statt.

Organisiert von Bürgerrechtlern der ersten Stunde und unterstützt vom Neuen Forum traten die Rednerinnen und Redner auf der gut zweistündigen Kundgebung für Presse- und Versammlungsfreiheit ein und forderten Grundrechte sowie grundlegende Veränderungen in der DDR.

Seit dem Frühherbst 1989, ausgelöst von Reformstau, Unterdrückung von Grundrechten, einer wirtschaftlichen Mangelsituation und schließlich den Fälschungen der Kommunalwahlergebnisse, hatten sich auch in Potsdam mehr und mehr Menschen in Bürgerbewegungen wie dem Neuen Forum engagiert. In den Kirchen der Stadt kamen die Menschen zu regimekritischen Veranstaltungen zusammen. Am 4. Oktober 1989 versammelten sich 3.000 Potsdamerinnen und Potsdamer in der Friedenskirche. Der Protest hatte sich formiert.

Einen Monat später, am 4. November, war in dem Massenprotest auf dem Platz der Nationen unübersehbar, dass die Menschen keine Angst mehr, sondern den Mut hatten, ihr Streben nach Veränderung öffentlich zu zeigen. An diesem 4. November 1989 reihten sich die Potsdamerinnen und Potsdamer in die DDR-weite Protestbewegung ein. Die weitere Entwicklung war damals noch völlig offen, die Überwindung der deutsch-deutschen Grenze unabsehbar und an die deutsche Einheit noch nicht zu denken. Den Potsdamer Demonstrierenden des 4. November ging es vielmehr darum, Veränderungen in der DDR herbeizuführen.

Wie auf den vielen Demonstrationen in der gesamten DDR trugen auch die Potsdamerinnen und Potsdamer Transparente mit kreativen Sprüchen und Forderungen und brachten so ihre Aufbruchsstimmung deutlich zum Ausdruck.

Die Städte in der DDR hatten ihre zeitlich versetzten Höhe- und Fixpunkte in der Revolutionsbewegung von 1989, ehe mit dem Mauerfall am 9. November eine völlig neue Situation eintrat, die den Umbruch in ganz neue Bahnen lenkte.

**Die Erinnerung an den 4. November 1989 als Denkmal**

Die Erinnerung an den friedlichen Umbruch im Osten Europas hat sich in den vergangenen 30 Jahren mehrfach und stark gewandelt. 1989 herrschten Euphorie und ein Gefühl der Befreiung von Unterdrückung und Gängelung vor. Doch bereits in dieser Umbruchphase wurde Kritik am weiteren Verlauf der „Wende" mit dem schnell beschrittenen Weg in die deutsche Einheit laut, wurden mit einem „Dritten Weg" einer demokratisch erneuerten DDR Alternativen diskutiert. Die politischen Tatsachen der deutschen Einheit, die in einem rasanten Tempo geschaffen wurden, beendeten jedoch schnell derartige alternative Vorstellungen eines Weiterbestehens der DDR unter demokratischen Vorzeichen. Geschichtspolitisch betonte der Westen das glückliche Ende des Kalten Krieges und stellte die Friedliche Revolution von 1989 in einen Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Westeuropa war demnach 1945 zur Freiheit befreit worden; 1989 folgte der Osten Europas nach. Diese Sichtweise überlagerte mehrere Jahre die Komplexität der Zäsur von 1989 und verhinderte eine Pluralität der Erinnerung.

Seit der Jahrtausendwende ist ein Wandel in der Erinnerungspolitik des Umbruchjahrs von 1989 auszumachen. Dabei spielt die zunehmende Kritik am Transformationsprozess eine Rolle wie auch eine populistische Vereinnahmung und Instrumentalisierung von 1989 seitens der AfD. Unter den sich in dieser Weise verändernden erinnerungspolitischen Konstellationen ist eine breite öffentliche Debatte zur Umbruchs- und Transformationszeit der DDR mehr als wünschenswert. In Potsdam leistet seit dem 4. November 2020 ein neues Denkmal in Erinnerung an die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 – so der offizielle Titel – einen Beitrag dazu. Eingebracht von einer engagierten Privatperson, die in Westdeutschland aufwuchs und seit einigen Jahren in Potsdam lebt, konnte die Idee für ein solches Denkmal in einem mehrjährigen „Bewerbungs"- und Diskussionsprozess konkretisiert werden. Es bildete sich ein kleiner Kreis von Interessierten, die hartnäckig am Denkmalprojekt festhielten, ohne jedoch eine breite bürgerschaftliche Basis für ihr Anliegen zu erwirken. Auch das Einwerben von Spendengeldern blieb aus. Nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Realisierung des

Denkmals 2018 setzte der Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam das Projekt um, die es zu 100 Prozent finanzierte.

Das Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung besteht aus künstlerisch gestalteten Stahlplatten in Form des Schriftzuges 4.11.1989, die in die Pflasterung des Platzes eingelassen sind. Damit konnte dessen Multifunktionalität etwa als Ausrichtungsort für Feste und Märkte wie den Weihnachtsmarkt gewahrt bleiben. Der Potsdamer Künstler Mikos Meininger nahm in seiner Kunstwerkstadt Fußabdrücke von über 100 Menschen ab, die damals bei der Kundgebung gewesen waren. Zudem sind in den Stahlplatten Forderungen der Transparente wie „SED sagt friedlich ade" eingefügt. Aufgrund ihres phosphoreszierenden Materials leuchten diese Schriftzüge nachts. Das Denkmal, eine handwerklich-künstlerisch hochkomplexe Leistung, strahlt aufgrund des Materials Leichtigkeit aus. Durch eine eigene Webseite wird es ergänzt. Weil die Platten horizontal in den Boden eingebracht wurden, müssen sie entdeckt werden, nicht nur von den Potsdamerinnen und Potsdamern, sondern auch von den zahlreichen Touristen, die den Platz Richtung Sanssouci-Park mit den berühmten Schlössern Friedrichs II. überqueren.

Wie das Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung im Herbst 1989 rezipiert und angenommen wird, welche Erinnerungsformen sich im Zusammenhang mit dieser Installation ausprägen werden, das wird die Zukunft zeigen.

**Orte der Demokratiegeschichte als Orte der Demokratiebildung**

Alle drei vorgestellten Beispiele, so unterschiedlich sie auch sind, erinnern an die lokale Demokratiegeschichte. Sie können als Wegmarken dieser Geschichte gesehen werden, die sich durch zahlreiche weitere Beispiele ergänzen lassen. Fokussierte sich lange Zeit die deutsche Erinnerungskultur auf die Diktaturgeschichte und wurde das nationale Identitätsverständnis aus den Erfahrungen von Diktatur, Gewalt und deren Überwindung gespeist, so erhalten zunehmend auch die positiven Traditionslinien Beachtung. Dabei geht es nicht um eine erinnerungspolitische Konkurrenz. Vielmehr soll das eigene Selbstverständnis über positive Traditionslinien gestärkt werden. An die Wurzeln der Demokratie mit ihren zentralen Werten von Freiheit und Gleichheit zu erinnern wird immer wichtiger, weil rechtspopulistische Bewegungen auf dem Vormarsch sind und die Demokratie damit zunehmend unter Druck gerät.

Die authentischen Orte der Geschichte mit ihren historischen Protagonisten sind die konkreten Ausgangspunkte für die Aneignung und Reflexion der Vergangenheit. Sie tragen erheblich zur städtischen Identifikation bei. Denn Geschichte ereignet sich an Orten, im städtischen Raum. In den Geschichts- und Kulturwissenschaften wird dieser Aspekt häufig als neue, überraschende Erkenntnis aufgefasst. Dabei ist sie

vollkommen banal und basal. Mit dieser Selbstverständlichkeit geht die weitverbreitete, im Alltagswissen verhaftete Vorstellung einher, Orten hafte eine spezifische Bedeutung an. Karl Schlögel nimmt diese Position für die Geisteswissenschaften am Wirkmächtigsten ein.[9] Diese raumbezogene Vorstellung ist jedoch wissenschaftstheoretisch grundsätzlich falsch, methodisch abwegig und bildungspolitisch unbrauchbar. Sie ist falsch, weil Bedeutung den Orten (wie auch den Dingen) nicht eingeschrieben ist, sondern zugeschrieben wird. Bedeutungen der Orte oder Dinge selber lassen sich nicht einfach „lesen", sie „offenbaren" sich auch nicht in einer Lesbarkeit. Die Bedeutungen der Orte, Dinge und Sachverhalte müssen vielmehr oft mühsam erschlossen und dekodiert werden. Dazu gehört gewiss ein genaues Hinschauen, aber eben viel mehr. Notwendig ist ein umfangreiches (Vor-) Wissen zur Entschlüsselung der Räumlichkeiten und Dinge. Dieses Wissen wiederum ist die Grundlage für jegliche bildungspolitische Aufklärungsarbeit. Kaum ein seriöser Geisteswissenschaftler mag all dies anzweifeln, auch Karl Schlögel nicht. Und doch verschleiern die raumbezogenen Metaphern der „Lesbarkeit des Raumes" die Problematik in substanzieller Weise.

Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 entstand in Potsdam wie in vielen anderen Orten eine Erinnerungsarchitektur der Zerschlagung der Revolution. So ließ der preußische König Friedrich Wilhelm IV. ein Tor nahe des Schlossparks Sanssouci in Auftrag geben, das die Architekten Friedrich August Stüler und Ludwig Ferdinand Hesse umsetzten und das die Potsdamer Landschaft bis heute schmückt. Dieses Triumphtor mit reichhaltiger Symbolik trägt die Inschrift: „Zu Ehren des Prinzen von Preußen, Friedrich Wilhelm Ludwig, des Feldherrn, der Führer und Krieger, welche den Aufruhr in der Rheinpfalz und in Baden besiegten. MDCCCXLIX."

Damals sollte das Triumphtor Ausdruck der niedergeschlagenen Revolution von 1848/49 sein. Heute steht es allenfalls für einen überkommenen monarchischen Anspruch. In der Öffentlichkeit wird diese symbolische Bedeutung nicht rezipiert, auch wenn der eine oder andere kundige Stadtführer seine Gruppe darauf hinweist. Das Triumphtor ist insofern als Kommunikat in zeitlich unterschiedlichen Kommunikationen zu begreifen, um dessen Bedeutung zu erfassen. So auch all die anderen Erinnerungszeichen: Die Gedenktafel für Max Dortu, die Tafel in Erinnerung an die Ereignisse des Kapp-Lüttwitz-Putsches, das Denkmal der Potsdamer Demokratiebewegung vom Herbst 1989 – all das sind Zeichen, die es zu entschlüsseln gilt. Sie markieren Orte, die über Kommunikationen ihre Bedeutung erlangen und diskursiv ausgehandelt sowie verhandelt werden. Die Bedeutungszuschreibung an diese Orte und Artefakte erfolgt in höchst unterschiedlicher Weise. Erinnerungskulturelle Praktiken nehmen hierbei eine herausragende Rolle ein. Doch erst eine kritische

Reflexion, eine tiefgreifende Auseinandersetzung und eine Beschäftigung mit den historischen Ereignissen an bestimmten Orten und den damit zusammenhängenden Personen kann aus einem Ort der Demokratiegeschichte einen Ort der Demokratiebildung machen. Was hat es mit diesem Max Dortu hier an dieser Straße auf sich? Warum mussten an diesem oder jenem Ort Menschen sterben? Was ist von den Forderungen des Jahres 1989 geblieben? Und schließlich: Was hat das mit mir zu tun?

Solche Fragen sind der Beginn eines Diskurses um Zeit und Raum in der Stadt, der das Gestern mit dem Heute verbindet und im besten Fall als Richtschnur für das eigene Handeln dient.

---

1 Vgl. Akte zur Gedenkfeier und Ausstellung des städtischen Museums im Marstall über die Revolution 1848, Hausarchiv, ohne Inv.-Nr., Potsdam Museum, 1948.
2 Öffentliche Bekanntmachung, gez. v. d. Hardt, Generalmajor und Garnisonkommandant von Potsdam, 15.03.1920, BLHA, Rep. 2 A, I Pers. 5890, S. 54.
3 Vgl. Kristina Hübener, Stadtentwicklung und Verwaltungspolitik. Potsdams Oberbürgermeister als Gestalter einer kommunalen Leistungsverwaltung zwischen 1850 und 1918/24, in: Büchner, Christiane; Musil, Andreas (Hg.): Die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam im Wandel der Zeit, Potsdam 2010, S.75-96, S. 92 f.
4 Vgl. Sturmszenen im Stadtparlament, in: Potsdamer Zeitung, 01.04.1920.
5 Vgl. Walther von der Hardt, Bericht über den Zusammenstoß am 16.3.20 gegen 9 Uhr abends am Stadtschloß Potsdam, 19.03.1920, Rep. 2A I Pol. 1063, Bl. 53.
6 Vgl. Potsdamer Tageszeitung, 01.04.1920.
7 Vgl. Harald Müller, Geschichte der Stadt Potsdam 1918-33, Potsdam 1970.
8 Die Landeshauptstadt Potsdam beauftragte 2017 einen Historiker zur Untersuchung der Ereignisse. Vgl. Perseke, Christian, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13.-17. März 1920 in Potsdam. Dokumentation im Auftrag des Fachbereichs Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam, Potsdam 2017.
9 Vgl. Karl Schlögel, Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, München 2003.

# AUTORINNEN UND AUTOREN

## ALEIDA ASSMANN

hat an der Universität Konstanz Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaft unterrichtet. Ihr besonderes Forschungsgebiet ist das kulturelle Gedächtnis, ein Begriff, den sie zusammen mit Jan Assmann entwickelt hat. 2018 wurde sie zusammen mit ihrem Mann Jan Assmann mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet.

## ANNALENA BAASCH

hat in Münster Erziehungswissenschaften und Geschichte und danach Public History an der FU Berlin studiert. Seit 2017 arbeitet sie im Fachbereich Geschichte von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Dort ist sie als Projektkoordinatorin Demokratiegeschichte tätig.

## NORBERT BÖHNKE,

geb. 1971 in Bad Aachen, hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte in Gießen, Manchester und Halle (Saale) studiert. U. a. 2001–2009 Vorsitzender der Initiative für Halle und den Saalekreis e. V. (Führungen in Halle und Umland) und zeitweilig Vorsitzender des Kuratoriums Altes Rathaus e. V. (Wiederaufbau des 1945 teilzerstörten, 1950 abgerissenen Alten Rathauses in Halle). Seit 2018 ist er Mitarbeiter für Besucherentwicklung /Erinnerungskultur am Stadtmuseum Halle (Saale).

## TOBIAS BÜLOFF,

geboren 1975 in Halberstadt, hat in Potsdam Geschichte, Geografie und Philosophie studiert und ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Erinnerungskultur im Fachbereich Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam.

## DR. RÜDIGER FIKENTSCHER,

geb. 1941, Dr. med. habil. , Facharzt, bis 1990 Dozent an der Univ.-HNO-Klinik Halle. 1990 Volkskammerabgeordneter, 1990–2002 Landesvorsitzender der SPD, 1995–2006 Vorsitzender des SPD-Bundesparteirates, 1990–2011 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, Vizepräsident 1990–1994 sowie 2002–2011, Fraktionsvorsitzender 1994–2002. 2004–2019 Stadtrat in Halle. Autor und Herausgeber mehrerer Bücher.

## DR. WOLFGANG D. HERZFELD,

geb. 1941, studierte Pädagogik, Geschichte, Philosophie und Theologie. Rektor a.D., Gründer des Gesprächforums für Dialogische Philosophie in Ahrensburg (2001), Publikationen und Forschungsbeiträge zu Franz Rosenzweig sowie zur Kommunal-, Schul-, Familien- und Wissenschaftsgeschichte.

## DR. SUSANNE KITSCHUN,

Historikerin, ist Leiterin des Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Mitglied des Sprecher:innenrates Orte der Demokratiegeschichte; Mitglied im Vorstand von Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.

## DR. MICHAEL PARAK

ist seit 2009 Geschäftsführer des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., studierte Geschichte und Deutsch in Mainz und Leipzig, 1999 Staatsexamen, 2004 Promotion, 1999–2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig, 2005–2009 Kulturreferent beim Schlesischen Museum zu Görlitz, dort Durchführung von Veranstaltungen und Projekte zur Kultur und Geschichte Schlesiens in Deutschland, Polen und Tschechien im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

## DR. DENNIS RIFFEL

ist Fachbereichsleiter Geschichte und Erinnerung in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin, studierte Neuere Geschichte, Neuere Deutsche Literatur und Politikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Berlin. Er promovierte am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin zum Thema „Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966". Seit 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

# WEITERE PUBLIKATIONEN VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e.V.

## DEMOKRATIEGESCHICHTE BLOGGEN

Herausgegeben von Annalena Baasch, Michael Parak und Dennis Riffel
Berlin 2020
ISBN: 978-3-9820589-7-9

## LOKALE SPURENSUCHE IM THEMENFELD DEMOKRATIEGESCHICHTE.

Eine Handreichung von Annalena Baasch unter Mitarbeit von Michael Parak, Dennis Riffel und Ruth Wunnicke.
Neuauflage 2020
ISBN: 978-3-00-060681-6

## VEREINNAHMUNG VON DEMOKRATIEGESCHICHTE DURCH RECHTSPOPULISMUS

Herausgegeben von Michael Parak und Ruth Wunnicke
Berlin, Gegen Vergessen – Für Demokratie und Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2019
ISBN: 978-3-9820589-1-7

## HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN UMGANG MIT RECHTSPOPULISTISCHEN ÄUSSERUNGEN VON BESUCHER*INNEN IN GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTEN

Von Larissa Bothe und Ruth Wunnicke
Berlin 2019
ISBN: 978-3-9820589-3-1

Alle Publikationen können auf folgender Website heruntergeladen werden:
Demokratiegeschichte | Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
(https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratiegeschichte/)

## MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE(N)?

Dann besuchen Sie unseren Blog **https://www.demokratiegeschichten.de**

**DER BLOG demokratiegeschichten.de**

Gefördert durch

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

## NOCH MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE?

Dann auf zur AG ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE,
die seit 2017 besteht und in der Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Gründungsmitglied ist.

Sie ist ein Netzwerk von inzwischen über 50 Organisationen, die sich das Ziel gesetzt haben, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern und darüber demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen.

Mehr Informationen auf: **https://www.demokratie-geschichte.de**

## GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e. V.

verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus sowie die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte. Mehr als 2.000 Mitglieder in 42 regionalen Arbeitsgruppen stellen jährlich über 500 Veranstaltungen auf die Beine.

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

**www.gegen-vergessen.de**

ISBN 978-3-9820589-3-1